

Anträge an den
Bundesparteitag von

DEMOKRATIE IN
BEWEGUNG

am 26. November 2017
in Karlsruhe

Vorläufige Tagesordnung

TOP 1	Begrüßung
TOP 2	Formalia (Bestimmung der Wahlkommission etc.)
TOP 3	Tätigkeitsbericht und Entlastung des Vorstands
TOP 4	Wahl Bundesvorstand
TOP 5	Wahl Bundesschiedsgericht
TOP 6	Wahl Kassenprüfer/innen
TOP 7	Abstimmung über angenommene Initiativen
TOP 8	Änderungsanträge zu Satzung und Ordnungen
TOP 9	Verschiedenes

Antrag GO

Antragsteller: Felix Pahl

Der Bundesparteitag von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG am 26. November 2017 in Karlsruhe möge die Geschäftsordnung des Bundesparteitags am 27. August 2017 in Köln übernehmen, mit folgenden Änderungen in den Absätzen 9c) bis 9f):

- c) Redebeiträge sind in der Regel auf anderthalb Minuten begrenzt. Die Begrenzung kann auf Antrag geändert oder aufgehoben werden.
- d) Vor Abstimmung eines Antrags sind in der Regel ein Redebeitrag für den Antrag, dann zwei Redebeiträge gegen den Antrag und dann ein weiterer Redebeitrag für den Antrag vorgesehen. Die Quotierung gemäß Absatz 9a) wird auf die Redebeiträge für und gegen den Antrag getrennt angewandt. Wünscht nur eine Person für bzw. gegen den Antrag zu sprechen, so kann sie beide Redebeiträge halten. Anschließend kann auf Antrag die Aussprache nach dem gleichen Verfahren erneuert werden.
- e) Die Versammlung kann auf Antrag beschließen, eine von Absatz 9d) abweichende Anzahl oder Abfolge von Redebeiträgen vorzusehen.
- f) Wollen mehr Anwesende ihr Rederecht ausüben, als Redebeiträge zugelassen sind, so können auf jeder der getrennt geführten Redelisten diejenigen einen Redebeitrag halten, die bisher im Laufe des Parteitags die wenigsten Redebeiträge gehalten haben. Unter Redner/innen mit gleicher Anzahl von Redebeiträgen wird per Losverfahren entschieden. Dabei ist sicherzustellen, dass mindestens die/der Antragsteller/in einen Redebeitrag für den Antrag halten kann.

Gelöscht: 3

Gelöscht: <#>Auf Antrag kann die Anzahl der bei einer Aussprache zugelassenen Redebeiträge begrenzt bzw. die Begrenzung aufgehoben werden.¶

Gelöscht: mindestens

Gelöscht: und ein Redebeitrag

Gelöscht: zuzulassen

Gelöscht: haben Mitglieder Vorrang vor Beweger/innen.

Gelöscht: Priorität

Gelöscht: , wobei, unter der Voraussetzung entsprechender Wortmeldungen, abwechselnd von den getrennten Redelisten gelöst wird.¶ Bei Anwendung des Losverfahrens vor der Abstimmung eines Antrags werden Redebeiträge für und gegen den Antrag getrennt abwechselnd gelöst

Begründung:

Die Geschäftsordnung des Bundesparteitags am 27. August 2017 in Köln hat sich im Wesentlichen bewährt. Das Papiertiger-Team schlägt einige Änderungen in Bezug auf die Struktur der Redebeiträge vor. Die Ziele sind dabei, in den Debatten möglichst viele Stimmen zu Wort kommen zu lassen, den Befürworter*innen und Gegner*innen eines Antrags möglichst ähnliche Gelegenheiten zu geben, aufeinander zu reagieren, und die Redebeiträge zu quotieren.

Dazu schlagen wir vor, die bisher in der Regel vorgesehene Redezeitbegrenzung von drei Minuten auf anderthalb Minuten zu halbieren und dafür in der Regel doppelt so viele Redebeiträge zuzulassen, also zwei für und zwei gegen den Antrag. Wenn nur eine Person für bzw. gegen den Antrag sprechen möchte, kann sie beide Redebeiträge halten (und hat damit wie beim letzten Mal 3 Minuten Zeit); aber wenn verschiedene Leute auf derselben Seite der Debatte verschiedene Aspekte einbringen wollen, ist auch das möglich.

Durch diese Aufspaltung der Redebeiträge ist es auch möglich, sie so anzuordnen, dass beide Seiten aufeinander eingehen können: Es soll erst ein Redebeitrag für den Antrag kommen, in dem der Antrag vorgestellt und begründet werden kann, dann zwei Redebeiträge gegen den Antrag, in dem Gegenargumente vorgebracht werden können, und dann ein weiterer Redebeitrag für den Antrag, der auf die Gegenargumente eingehen kann.

Natürlich ist auch das nicht perfekt fair; irgend jemand wird immer das letzte Wort haben. Es ist aber ausgeglichener als zwei einzelne Redebeiträge, bei denen die eine Seite gar keine Gelegenheit hat, auf die Argumente der anderen einzugehen. Wenn weiterer Diskussionsbedarf besteht, kann die Debatte zudem auf Antrag verlängert werden.

Ein weiterer Vorteil der neuen Regelung ergibt sich in Bezug auf die Quotierung. Bei je einem Redebeitrag für und gegen den Antrag kann man kaum festlegen, dass sie von verschiedenen Geschlechtern gehalten werden müssen; die zwei Redebeiträge pro Seite können dagegen normal quotiert werden.

Antrag A1

Antragsteller: Alexander Plitsch

§7 Absatz 1 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (1) DEMOKRATIE IN BEWEGUNG will eine Bundeseinheitliche Partei sein, weswegen wir es anstreben nur eine bundeseinheitliche Satzung zu haben. Zusätzlich zum Bundesverband gliedert sich DEMOKRATIE IN BEWEGUNG in Landesverbände. Die Landesverbände können nach ihren örtlichen Bedürfnissen Untergliederungen schaffen. Innerhalb der staatsrechtlichen Grenzen eines Landes gibt es nur einen Landesverband. Landesverbände sowie weitere Untergliederungen sollen bei Gründung mindestens 3 Mitglieder umfassen. Der Vorstand eines Landesverbandes besteht aus **mindestens 3** Personen, wobei je ein Vorstandsmitglied Vorsitzende/r und eins Schatzmeister/in sein muss.

Alexander Plitsch 8.11.2017 09:24

Gelöscht: bis 5

Begründung:

Die Begrenzung von Landesvorständen auf 5 Mitglieder soll aufgehoben werden, weil schon bald einige der größeren Landesverbände größere Vorstände brauchen könnten.

Antrag A2

Antragsteller: Alexander Plitsch

§9 Absatz 1 der Abstimmungsordnung soll wie folgt geändert werden:

(1) Das Kuratorium besteht aus 100,

Variante a: Abstimmungsberechtigten

Variante b: Parteimitgliedern

Variante c: Abstimmungsberechtigten (jeweils zur Hälfte Parteimitglieder und Bewegter/innen)

, die per Los ausgewählt werden. Ausgeschlossen davon sind die Initiator/innen der Initiative und die Mitglieder des Moderationsteams. Dem Kuratorium wird die Möglichkeit gegeben auf der Abstimmungsplattform in einem geschützten Bereich über den Vorgang, für den sie ausgewählt wurden, abzustimmen.

Begründung:

Zu a) Den Begriff "Unterstützer" verwenden wir nicht mehr. Mit Abstimmungsberechtigten sind Parteimitglieder und Bewegter/innen berücksichtigt.

Zu b) Das Kuratorium hat die Aufgabe, unsere Grundwerte zu schützen und Initiativen in Zweifelsfällen auf die Einhaltung dieser Grundwerte zu prüfen. Da nur Parteimitglieder sich zu Grundsatzprogramm und Ethikkodex bekennen müssen, sollten sie auch das Kuratorium besetzen.

Zu c) Voraussichtlich wird die Zahl der Bewegter/innen deutlich stärker wachsen als die Zahl der Mitglieder. Um dem Anliegen aus Variante b gerecht zu werden und dennoch auch Bewegter/innen im Kuratorium zu berücksichtigen, könnte man das Gremium paritätisch besetzen.

Zum zweiten Satz: Aufgrund ihrer Rolle als Initiator/innen oder Moderator/innen sollten diese Personen nicht im Kuratorium mitentscheiden dürfen.

Alexander Plitsch 9.11.2017 18:02

Gelöscht: Unterstützern

Antrag A3

Antragsteller: Alexander Plitsch

In §10 der Abstimmungsordnung soll ein neuer Absatz 2 eingefügt werden:

- (2) Wenn beschlossene Änderungen an der Abstimmungsordnung eine technische Weiterentwicklung des Plenums erfordern, treten diese Änderungen erst in Kraft, wenn die Entwicklung abgeschlossen ist. Eine Frist für die Entwicklung stimmt der Bundesvorstand mit dem verantwortlichen Technik-Team ab – wenn möglich soll der Entwicklungszeitraum 12 Wochen nicht übersteigen.

Begründung:

Prinzipiell gelten beschlossene Änderungen sofort – dies ist aber im Falle der Plenums-Software nicht immer möglich, da zunächst das Technik-Team gefragt ist und die Plattform entsprechend verändern muss.

Antrag A4

Antragsteller: Benedikt Sequeira Gerardo

§16 Absatz 2 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (2) Diskriminierte Menschen haben Diskriminierungserfahrungen aufgrund von Rassismus, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität. Weitere Diskriminierungsformen können vom Bundesvorstand jederzeit per Beschluss ergänzt werden. Streichen kann der Bundesvorstand hingegen keine der genannten Formen.

§16 Absatz 5 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (5) Vorstände, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierte sollen grundsätzlich mindestens zur Hälfte mit Frauen und zu einem Viertel mit diskriminierten Menschen besetzt werden. Im Vorstand von 7 sollen mindestens 2 Personen mit Diskriminierungserfahrung vertreten sein.

§16 Absatz 7 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (7) Demokratie in Bewegung wird als Arbeitgeberin die Gleichstellung von Männern und Frauen sowie diskriminierte Menschen sicherstellen. Bezahlte Stellen werden auf allen Qualifikationsebenen mindestens zur Hälfte an Frauen und zu einem Viertel an diskriminierte Menschen vergeben. In Bereichen, in denen Frauen oder diskriminierte Menschen nach diesen Zahlen unterrepräsentiert sind, werden sie solange bevorzugt bis das jeweilige Quorum erreicht ist. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit einzelne Bewerber/innen abzulehnen.

§6 Absatz 1 der Wahlordnung soll wie folgt geändert werden:

- (1) Auch Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter, Mandate und Wahlvorschlagslisten werden generell in gesonderten Wahlgängen gewählt, um der Quotenregelung aus §16 der Bundessatzung nachkommen zu können. Dafür wird jeder Platz der Reihe nach geheim gewählt. Dabei gilt, dass der erste Platz einer Frau vorbehalten ist – es folgt immer alternierend ein offener Platz und ein Platz für eine Frau. Frauen können auch auf offenen Plätzen kandidieren. Vor der Wahl von Platz 3 und dann jedem vierten folgend wird des weiteren geschaut, ob die Quote für diskriminierte Menschen erfüllt wurde und wenn dem nicht so ist, ist der Platz einer Person mit Diskriminierungserfahrungen vorbehalten.

§6 Absatz 6 der Wahlordnung soll wie folgt geändert werden:

- (6) Bei Bundesvorstandswahlen sind zunächst die zwei Vorsitzenden und ein/e Schatzmeister/in zu wählen, wobei nur bei den Vorsitzenden die Frauenquote einzuhalten ist. Erst nachdem diese Ämter besetzt wurden, wird der restliche Vorstand nach dem oben beschriebenen Verfahren gewählt. Dabei findet dann die Quotierung für Frauen und diskriminierte Menschen nach dem §16 der Satzung auf den gesamten Vorstand Anwendung. Die Quote für diskriminierte Menschen hat hierbei Vorrang vor der Frauenquote. Finden sich nicht genug Kandidaten/innen für den Vorsitz oder den restlichen Vorstand um nach der Quote zu besetzen, gelten die in Absatz 2, 3 und 4 beschriebenen Aussetzungsverfahren.

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:19

Gelöscht: Minderheiten sind

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:19

Gelöscht: mit

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:19

Gelöscht: ihrer Herkunft oder Hautfarbe

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:19

Gelöscht: diskriminierte Minderheiten

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:32

Gelöscht: Gruppen

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:33

Gelöscht: Minderheiten

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:34

Gelöscht: Personen, die diskriminierten Minderheiten angehören,

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:35

Gelöscht: Personen, die diskriminierten Minderheiten angehören,

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:35

Gelöscht: Personen, die diskriminierten Minderheiten angehören,

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:06

Gelöscht: Gruppen

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:06

Gelöscht: aus diskriminierten Gruppen

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:07

Gelöscht: Gruppen

Benedikt J. Sequeira ..., 9.11.2017 21:07

Gelöscht: Minderheiten

Begründung:

Ziel bzw. erwartete Konsequenzen des Beschlusses:

- Diskriminierung muss nicht zwangsläufig nur gegen Minderheiten gerichtet sein, weswegen die Formulierung “diskriminierte Menschen” sinnvoller wäre.
- “Rassismus” ist ein klarer und eindeutiger Begriff für die Diskriminierung aufgrund von Herkunft und Hautfarbe.

Antrag A5

Antragsteller: Benjamin Kampmann

§9 der Abstimmungsordnung soll wie folgt geändert werden:

§ 9 Kuratorium

- (1) Das Kuratorium besteht aus Personen, die für jeden Fall separat per Los aus der Gesamtheit der Unterstützer/innen ausgewählt werden. Dem Kuratorium wird die Möglichkeit gegeben auf der Abstimmungsplattform in einem geschützten Bereich über den Vorgang, für den sie ausgewählt wurden, abzustimmen. Dort wird Zugriff auf die notwendigen Informationen zum Vorgang gewährt, einschließlich der Begründung des Moderationsteams und der Stellungnahme derer, die das Kuratorium anrufen.
- (2) Im ersten Schritt werden dafür 200 Personen eingeladen. Das Kuratorium hat dann fünf Tage Zeit zu entscheiden. Jedes Mitglied kann der Entscheidung der Moderation zustimmen, dagegen stimmen oder sich enthalten.
- (3) Sollten nach Ablauf der Frist in der Summe weniger als 100 Für- und Gegenstimmen abgegeben worden sein, werden weitere 100 Personen eingeladen und die Frist um fünf Tage verlängert. Bei erneutem Nicht-Erreichen wird dieser Vorgang wiederholt und die Frist ebenso verlängert, aber es braucht keine Mindestbeteiligung mehr, so dass nach spätestens 15 Tagen eine Entscheidung feststeht.
- (4) Damit die Einschätzung der Moderation bestätigt wird, müssen mehr Stimmen der Moderation zustimmen, als Gegenstimmen vorliegen. Enthaltungen werden nicht mitgezählt. Bei Gleichstand gilt die Einschätzung der Moderation als nicht bestätigt.
- (5) Die Entscheidungen des Kuratoriums sind bindend.

Begründung:

In der aktuellen Fassung war weder fest geschrieben, wie das Kuratorium funktioniert, noch wie ausgezählt oder mit Gleichstand umgegangen werden soll oder bis wann das Verfahren abgeschlossen sein sollte. Dieser Antrag differenziert das Verfahren aus, indem er nicht mehr von einem Kuratorium von 100, sondern von mindestens 100 abgegebenen Ja- oder Nein-Stimmen spricht. Dafür werden zunächst 200 Personen ins Kuratorium eingeladen und haben dann 5 Tage Zeit abzustimmen. Kommen dabei keine 100 Stimmen zusammen werden weitere 100 eingeladen und die Frist verlängert. Das Ganze kann danach noch einmal wiederholt werden, aber dann gilt das Ergebnis ohne Mindestabgabe-Menge – dadurch steht immer nach maximal 15 Tagen ein Ergebnis fest.

Darüber hinaus legt der Antrag ein paar Details zu den Dingen fest, die in dem privaten Bereich zur Verfügung stehen müssen, wie auch, dass diese Auswahl für jeden Einzelfall separat statt findet.

Unbekannter Autor 5.11.2017 11:21

Gelöscht: 100 Unterstützern

Antrag A6

Antragsteller: Benjamin Kampmann

§3 Absatz 1 der Schiedsgerichtsordnung soll wie folgt geändert:

(1) Der jeweilige Landes- oder Bundesparteitag wählt drei Parteimitglieder, die nicht Mitglied der jeweiligen Gliederung sein müssen, zu Richtern und zwei zu Ersatzrichtern. Die drei Richter wählen aus ihren Reihen einen Vorsitzenden Richter, der das Schiedsgericht leitet und die Geschäfte führt.

Unbekannter Autor 28.10.2017 20:05

Gelöscht: P

Unbekannter Autor 28.10.2017 20:04

Gelöscht: M

§5 Absatz 5 der Schiedsgerichtsordnung soll wie folgt geändert:

(5) Bei Handlungsunfähigkeit oder Nicht-Bestehen des zuständigen Gerichts verweist das nächsthöhere Gericht den Fall an ein anderes, der Eingangsinstanz gleichrangiges, Schiedsgericht oder kann den Fall selbst behandeln.

Begründung:

In der Praxis haben sich zwei Probleme in der aktuellen Fassung der Schiedsgerichtsordnung ergeben. Dieser Antrag versucht diese wie folgt zu beheben:

1. Aufgrund eines Übertragungsfehlers aus der Vorlage ist die Wahl der Richter/innen auf Mitglieder der jeweiligen Gliederung eingeschränkt, anstatt auf den Kreis aller Parteimitglieder zurückgreifen zu können. Dies schränkt gerade kleinere LVs ein, die dann gar nicht in der Lage sind, ein Schiedsgericht zu gründen. Der erste Teil des Antrags behebt dieses Problem, indem er die Bezeichnung passend ändert und damit bundesweit alle Mitglieder für Wahlen zur Verfügung stehen.

2. So wie die Ordnung aktuell formuliert ist, geht diese davon aus, dass es zumindest mindestens ein Landesschiedsgericht gibt, und weist diesem bestimmte Aufgaben fest zu. In dem vorliegenden Fall war damit das Bundesschiedsgericht, in eigener Auffassung, nicht berechtigt den Fall zu behandeln und verwies diesen, aber das dafür notwendige Gericht bestand nicht. In seiner aktuellen Formulierung darf das Bundesschiedsgericht den Fall dann aber nicht übernehmen. Mit der hier vorgeschlagenen Änderung wird zum einen das Nicht-Bestehen explizit als Grund anerkannt und zum anderen dem Bundesschiedsgericht die Möglichkeit eingeräumt, sollte dies das Problem sein, den Fall nicht nur zu überweisen, sondern auch direkt selbst zu übernehmen.

Antrag A7

Antragsteller: Benjamin Kampmann

§4 der Schiedsgerichtsordnung soll wie folgt geändert werden:

§ 4 – Befangenheit

(1) Richter/innen können sich selbst für befangen erklären und ihre Mitwirkung am Verfahren ablehnen.

(2) Die Verfahrensbeteiligten können beantragen, einzelne Richter/innen wegen der Besorgnis der Befangenheit vom Verfahren auszuschließen. Das Gesuch muss unmittelbar nach Bekanntwerden des Ablehnungsgrundes gestellt werden. Eine nachträgliche Geltendmachung des Ablehnungsgrundes ist nicht mehr möglich.

(3) Der/Die betroffene Richter/in kann schriftlich zu dem Befangenheitsantrag Stellung nehmen.

(4) Über das Ablehnungsgesuch verhandeln die übrigen Richter/innen des Schiedsgerichtes unter Einsatz eines Ersatzrichters. Wird die Befangenheit des Richters festgestellt, scheidet dieser beim weiteren Verfahren aus.

(5) Fällt ein/e Richter/in aufgrund von Befangenheit aus, so tritt für das Verfahren der/die nach der Rangfolge nächste Ersatzrichter/in ein.

Begründung:

Dieser Antrag ist vornehmlich redaktioneller Natur, hat aber auch einen inhaltlichen Aspekt. Zunächst wird die Wortwahl auf die sonst üblichen „Richter/innen“ angepasst um den Unterschied zu den Ersatzrichter/innen klar und deutlich zu machen. Dadurch sollte das Befangenheitsverfahren deutlicher sein.

Die inhaltliche Änderung ist, dass vorher nicht gesagt wurde, was denn passiert, wenn ein/e Richter/in für befangen erklärt wird. Daher fügt dieser Antrag einen Absatz ein, welcher festlegt, dass in diesem Fall dann der/die rangfolgende Ersatzrichter/in für dieses eine Verfahren dessen/ihren Platz einnimmt.

Unbekannter Autor 5.11.2017 21:52

Gelöscht: Mitglieder

Unbekannter Autor 5.11.2017 21:52

Gelöscht: des Schiedsgerichtes

Unbekannter Autor 5.11.2017 21:52

Gelöscht: Mitglieder des
Schiedsgerichtes

Unbekannter Autor 5.11.2017 21:53

Gelöscht: as betroffene Mitglied des
Schiedsgerichtes

Unbekannter Autor 5.11.2017 21:53

Gelöscht: Mitglieder

Antrag A8

Antragsteller: Benjamin Kampmann

§10 Absatz 1 der Wahlordnung soll wie folgt geändert werden:

- (1) Grundsätzlich sind in einem Wahlgang diejenigen gewählt, die mindestens 25% der möglichen Ja-Stimmen auf sich vereinigen. Durch Satzung oder durch Versammlungsbeschluss kann für bestimmte Ämter auch ein höheres Quorum bestimmt werden.

Begründung:

Die aktuelle Fassung hat die Landeswahlleitung während der Bundestagswahl in manchen Ländern angezweifelt. Darüber hinaus hat sie in der Praxis dazu geführt, dass gerade bei kleinen Gruppen dann kein gültiges Ergebnis zustande kam. Daher hier der Vorschlag das „mehr Ja als Nein“ Stimmen durch eine üblichere Rechenvariante zu ersetzen: eine Person muss mindestens 25% der möglichen Ja-Stimmen auf sich vereinen um als gewählt zu gelten. Damit lösen wir das Problem, dass fünf Kandidat/Innen (in einem Wahlzirkel von 7) durch das Vergeben eines Nein die Wahl komplett blockieren können. Bei der Reihenfolge bleibt das Nein aber erhalten und sorgt bei Gleichstand für die Positionierung.

Unbekannter Autor 9.11.2017 16:47

Gelöscht: bei denen die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist als die Zahl der gültigen Nein-Stimmen (relative Mehrheit)

Antrag A9

Antragsteller: Benjamin Kampmann

§3 Absatz 3 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (3) Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Grundsätze, das gemeinsam beschlossene Wahlprogramm und gemeinsam beschlossene Gesetzentwürfe von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG anzuerkennen und zu vertreten und den satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrag welcher in der Finanzordnung geregelt wird, pünktlich zu entrichten.

Unbekannter Autor 5.11.2017 21:17

Gelöscht: werte

§9 Absatz 7 Satz a der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (a) Der Bundesparteitag beschließt über die im Grundsatzprogramm niedergelegten Grundsätze von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG und das Parteiprogramm.

Unbekannter Autor 5.11.2017 21:18

Gelöscht: Grundlinien

Unbekannter Autor 9.11.2017 16:49

Gelöscht: der Politik der DiB Deutschlands

Begründung:

Zum Zeitpunkt der ersten Verfassung der Satzung stand noch nicht fest in welcher Form die Partei ihre Grundpolitik festlegen möchte. Ungünstigerweise hatte dies zur Folge, dass aufgrund dessen in der Satzung von drei unterschiedlichen Dingen die Rede ist, die alle nicht weiter definiert sind: die Grundwerte, die Grundsätze und die „Grundlinie der Politik“.

Beim Gründungsparteitag hat die Partei das Grundsatzprogramm, welches die Grundwerte etwas weiter ausdekliniert und den „Grundkonsens“ der Partei definiert, vorgelegt und verabschiedet. Dieser Änderungsantrag nimmt darauf Bezug in dem es die Nutzung dieser drei Begriffe auf „die Grundsätze“ vereinheitlicht und diese als im „Grundsatzprogramm“ definiert festlegt, über die der Bundesparteitag entscheidet.

Was im ersten Augenblick nur nach einer redaktionellen Änderung aussieht, schreibt hier aber dem als „Grundsatzprogramm“ bekannten Dokument einen höheren Stellenwert zu, als es bisher hatte. So ist damit der Ort an dem die Grundwerte zu definieren sind, dessen Missachtung auch den Ausschluss von Mitgliedern zur Folge haben kann. Auch wenn dies in der Praxis wohl bisher so verstanden wurde, so ist dies vor diesem Antrag formal nicht definiert (gewesen). Dieser Antrag verstärkt damit nochmal die Bedeutung der Grundwerte der Partei.

Antrag A10

Antragsteller: Colin Greb

§1 Absatz 3 der Abstimmungsordnung soll wie folgt geändert werden:

- (3) Das starten von Initiativen oder durchführen von Abstimmungen findet auf der Abstimmungsplattform statt. [Zur Abstimmungsplattform gehören der „Marktplatz der Ideen“ und das „Plenum“.](#)

Begründung:

Für den voranstehenden Paragraphen ist es besser die Plattformen zu benennen, da sonst nicht klar die Zuständigkeit aller Moderationsteams legitimiert ist und auch einige weitere Paragraphen missverstanden werden können.

Antrag A11

Antragsteller: Colin Greb

§16 Absatz 6 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (6) Bei der Aufstellung von Wahlbewerbern/innen für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften ist auf einen mindestens hälftigen Frauenanteil in der Fraktion bzw. in der Abgeordnetengruppe hinzuwirken. Bei Wahlvorschlagslisten sind der erste und dann mindestens jeder zweite Listenplatz in Folge Frauen vorbehalten, wenn durch die Wahl eines Mannes auf dem nächsten Listenplatz die Frauenquote < 50% betragen würde. Unter den ersten drei und dann in Schritten von jeweils vier ist je ein Listenplatz Personen mit Diskriminierungserfahrung vorbehalten, wenn durch die Wahl einer Person ohne Diskriminierungserfahrung auf dem nächsten Listenplatz die Vielfaltsquote < 25% betragen würde. Das genaue Verfahren regelt die Wahlordnung. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit der Versammlung, einzelne Bewerber/innen abzulehnen. Reine Frauenlisten sind möglich.

Begründung:

Vielfaltsgruppen werden besser abgebildet als durch Platzhalter für die jeweiligen Gruppen. Wenn Platz 1 - 5 von Frauen besetzt werden, von welchen 2 vielfältig sind, ist es nicht gleich ein Bruch, oder das Aussetzen von Regeln, wenn Platz 6 - 9 an Männer vergeben werden. Möglicher Effekt ist, dass Frauen auch ohne schlechtes Gewissen gerade Plätze (nicht-Frauen-Plätze) besetzen. Mit dem Wachstum der Partei werden sich vielleicht 6-7 Frauen pro LV für Listen finden, die sehr kompetent die ersten Plätze belegen und später dann nicht im gleichen Zuge weitere Frauen auf Plätze gedrängt werden, um genau an einem "ungeraden Platz" eine Quote zu erfüllen. Es ist einfach flexibler und garantiert besser unsere Quoten, unabhängig von der Anzahl an in Parlamente einziehenden Personen =)

Diskussion dazu kann [HIER](<https://marktplatz.bewegung.jetzt/t/diskussion-aenderung-16-vielfaltsfoerderung/9902>) gestartet werden!

Antrag A12

Antragsteller: Drakon Mavromatis

In §8 der Satzung soll ein neuer Absatz 10 eingefügt werden:

(10) Rechte, Pflichten und Aufgaben von Vorständen und Gremien:

- (a) Beschlüsse von Vorständen und Gremien werden in für Mitglieder offenen, 2 Wochen im Voraus angekündigten Vorstandssitzungen, unter Angabe ihrer Beantragung oder der entsprechenden Thematik als Tagesordnungspunkte, gefällt, begründet, protokolliert und (unterzeichnet von dem/der Protokollant/in und der/dem Sitzungsleiter/in) innerhalb von 10 Tagen allen Parteimitgliedern zugänglich gemacht. [Aus Praktikabilitätsgründen darf die Beteiligung der Mitglieder in den offenen Vorstandssitzungen über LV-Delegierte wahrgenommen werden. Diese haben entsprechende Informationspflicht gegenüber den Mitgliedern.]
- (b) Diese Beschlüsse können von 1/10 aller Parteimitglieder beanstandet werden innerhalb eines Monats (31 Tage) nach Bekanntmachung. Beschlüsse können erst nach dieser einmonatigen Frist in Kraft treten. [Aus Praktikabilitätsgründen darf die Beanstandung von Beschlüssen auch über die LV-Delegierten vorgenommen werden.]
- (c) Kurzfristiger (vor Vergehen der einmonatigen Beanstandungsfrist) in Kraft zu tretende Entscheidungen von Vorständen und Gremien bedürfen einer unmittelbaren nachgewiesenen Vor-Unterstützung durch 1/3 aller Parteimitglieder, die vorläufigen Charakter besitzt. [Aus Praktikabilitätsgründen darf die Vor-Unterstützung von kurzfristig und vorläufig in Kraft zu tretenden Beschlüssen auch durch die LV-Delegierten vorgenommen werden.]
- (d) Beanstandete Beschlüsse von Vorständen und Gremien müssen von den Parteimitgliedern – bei einer Mindestwahlbeteiligung von über 50% – mit absoluter Mehrheit der an den entsprechenden Abstimmungen teilnehmenden Mitglieder bestätigt werden (ähnlich Urabstimmung).

Antrag A13

Antragsteller: Drakon Mavromatis

In §8 der Satzung soll ein neuer Absatz 10 eingefügt werden:

(10) Der Bundesvorstand kann Beiräte berufen, die Empfehlungen zu konkreten Fragestellungen erarbeiten.

Antrag A14

Antragsteller: Drakon Mavromatis

In §8 der Satzung soll ein neuer Absatz 10 eingefügt werden:

- (10)Die Amtszeit eines nicht satzungsgemäß besetzten Vorstands darf die Dauer von 6 Monaten nicht überschreiten. Die Nachwahl ist innerhalb des Zeitraums von 6 Monaten anzusetzen. Diese Regelung gilt auch für die Landesvorstände.

Begründung:

Etliche Landesvorstände sind nicht satzungsgemäß besetzt. Um diesen Missstand nicht über 2 Jahre aufrecht zu erhalten, soll so schnell wie möglich neu gewählt werden.

Antrag A15

Antragsteller: Felix Pahl

§2 Absatz 4 der Schiedsgerichtsordnung soll wie folgt geändert werden:

(4) Richter müssen alle Vorgänge des Schiedsgerichtes vertraulich behandeln. Beeinflussungsversuche hat das Schiedsgericht dem Vorstand des jeweiligen Gebietsverbandes, jedoch unverzüglich mitzuteilen.

Felix Pahl 8.11.2017 09:30

Gelöscht: Bundesvorstand

§7 der Schiedsgerichtsordnung soll wie folgt geändert werden:

§ 7 - Schlichtung

(1) Eine Anrufung des Schiedsgerichts erfordert in der Regel einen vorhergehenden Schlichtungsversuch. Ansonsten muss der Antrag die Eilbedürftigkeit des Verfahrens oder die Aussichtslosigkeit einer Schlichtung begründen.

(2) Der Schlichtungsversuch wird von den Parteien in eigener Verantwortung ohne Mitwirkung der Gerichte durchgeführt. Dazu sollen sich die Parteien auf eine Schlichtungsperson einigen. Ein Schlichtungsversuch gilt spätestens nach erfolglosem Ablauf von drei Monaten nach dessen Beginn als gescheitert. Bei Anrufung des Schiedsgerichts vor Ablauf dieser Frist muss der Antrag das Scheitern der Schlichtung begründen.

(3) Ein Schlichtungsversuch ist nicht erforderlich bei Parteiausschlussverfahren, bei Einsprüchen gegen Ordnungsmaßnahmen sowie bei einer Berufung.

Felix Pahl 5.11.2017 04:46

Gelöscht: ,

Felix Pahl 5.11.2017 04:22

Gelöscht: sowie in den Fällen, in denen das Schiedsgericht die Eilbedürftigkeit des Verfahrens, die Aussichtslosigkeit oder das Scheitern der Schlichtung feststellt

§11 Absatz 3 der Schiedsgerichtsordnung soll wie folgt geändert werden:

(3) Das Urteil enthält eine Sachverhaltsdarstellung und eine Begründung mit Würdigung der Sach- und Rechtslage. Entschieden wird in nicht-öffentlicher Beratung des Schiedsgerichts, das Urteil wird mit einfacher Mehrheit gefällt. Enthaltungen sind nicht zulässig. Das Abstimmungsverhalten der Richter wird nicht festgehalten.

Felix Pahl 8.11.2017 09:30

Gelöscht: mitgeteilt

§12 Absatz 2 der Schiedsgerichtsordnung soll wie folgt geändert werden:

(2) Die Berufung ist binnen 14 Tagen beim Schiedsgericht der nächsthöheren Ordnung einzureichen und zu begründen. Der Berufungsschrift ist die angefochtene Entscheidung samt erstinstanzlichem Aktenzeichen beizufügen. Maßgeblich für den Lauf der Berufungsfrist ist die Zustellung des Urteils inklusive Rechtsmittelbelehrung.

Felix Pahl 8.11.2017 09:31

Gelöscht: Eine Berufung muss jedoch spätestens nach 3 Monaten nach Urteilsverkündung eingelegt sein.

Begründung:

Der Antrag umfasst einige kleinere Änderungen in der Schiedsgerichtsordnung, die aber nicht im engeren Sinne redaktionell sind:

- §2 (4): Es ist wichtiger, dass der Vorstand des jeweiligen Gebietsverbandes über Beeinflussungsversuche informiert wird, als der Bundesvorstand – vielleicht war die Bestimmung auch so gemeint und wurde nur nicht von der Bundesebene verallgemeinert.
- §7 (“Schlichtung”): Dieser Paragraph ist etwas unsystematisch strukturiert – das Scheitern einer Schlichtung kann nicht festgestellt werden, wenn es noch gar keinen Schlichtungsversuch gab, und Eilbedürftigkeit oder Aussichtslosigkeit kann das Gericht nicht feststellen, wenn es erst gar nicht angerufen werden durfte – deshalb die Reorganisation. Die Begründungen kann das Gericht dann gemäß §8 Abs. 2 und 3 annehmen oder verwerfen.
- §11 (1): Es ist nicht klar, wem hier etwas (nicht) “mitgeteilt” wird. Der Absatz handelt vom Urteil; es geht darum, dass das Abstimmungsverhalten nicht im Urteil festgehalten wird.
- §12 (2): Der Begriff “Urteilsverkündung” kommt sonst nirgends vor – es ist nicht klar, worauf er sich bezieht. Geregelt ist nur die Zustellung des Urteils; deshalb sollte der Lauf der Berufungsfrist allein davon abhängen.

Antrag A16

Antragsteller: Felix Pahl

§2 Absatz 1 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (1) Mitglied von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG kann jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes und jede Person mit Wohnsitz in Deutschland werden. Sie/Er muss das 14. Lebensjahr vollendet haben, und Satzung und Programm der Partei sowie die Gesetze und die freiheitliche Grundordnung Deutschlands anerkennen. Mitglied von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG können nur natürliche Personen sein. Es wird ein zentrales Mitgliederverzeichnis geführt.

§3 Absatz 3 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (3) Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Grundwerte anzuerkennen und zu vertreten, das gemeinsam beschlossene Wahlprogramm und gemeinsam beschlossene Gesetzentwürfe von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG anzuerkennen, und den satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrag welcher in der Finanzordnung geregelt wird, pünktlich zu entrichten.

Begründung:

Die Forderung, dass jedes Mitglied sich zum Programm "bekennen" oder es "vertreten" soll, ist sehr weitgehend. Das Programm wird per Mehrheitsentschluss aufgestellt, viele Mitglieder teilen einige der Inhalte nicht, und es ist nicht klar, warum sie sich dazu bekennen sollten. Wichtig ist, dass

- die Mitglieder die Grundwerte vertreten und das Programm anerkennen (das bleibt stehen),
- die Fürsprecher*innen in den Parlamenten im Sinne des Programms agieren (das steht im Ethik-Kodex, Punkt 3), und
- niemand die eigene Meinung als Parteimeinung ausgibt (was gemäß §5 Abs. 4c sogar als parteischädigendes Verhalten zählt).

Darüber hinaus zu fordern, dass alle Mitglieder persönlich das gesamte Programm vertreten, würde zum einen die Mitglieder unnötig in ihrer Redefreiheit einschränken und zum anderen die Weiterentwicklung des Programms verhindern, da in Initiativen zur Änderung des Programms notwendigerweise nicht das Programm vertreten wird.

Felix Pahl 8.11.2017 10:47

Gelöscht: , sich zu

Felix Pahl 8.11.2017 10:47

Gelöscht: ,

Felix Pahl 8.11.2017 10:48

Gelöscht: bekennen und

Felix Pahl 8.11.2017 10:48

Gelöscht: sowie

Felix Pahl 8.11.2017 10:57

Gelöscht: und zu vertreten

Antrag A17

Antragsteller: Felix Pahl

§2 Absatz 1 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (1) Mitglied von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG kann jede/r deutsche Staatsangehörige und jede Person mit Wohnsitz in Deutschland werden. Sie/Er muss das 14. Lebensjahr vollendet haben, sich zu Satzung, Programm der Partei bekennen und die Gesetze sowie die freiheitliche Grundordnung Deutschlands anerkennen. Mitglied von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG können nur natürliche Personen sein. Es wird ein zentrales Mitgliederverzeichnis geführt.

Felix Pahl 26.10.2017 09:13

Gelöscht: jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes

§4 Absatz 2 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (2) Bewerber/In von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG kann jede/r deutsche Staatsangehörige, und jede Person mit Wohnsitz in Deutschland werden. Die Mitarbeit als Bewerber/In muss beim Bundesvorstand beantragt werden. Über Beginn und Ende der Mitarbeit als Bewerber/In entscheidet der Bundesvorstand.

Felix Pahl 26.10.2017 10:13

Gelöscht: jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes

Begründung:

„Deutsche im Sinne des Grundgesetzes“ ist eine völkisch definierte Eigenschaft, die zudem rein praktisch schwer festzustellen ist (s. Art. 116 GG). Seit der Staatsangehörigkeitsreform 1999 gibt es kaum noch Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, die nicht deutsche Staatsangehörige sind, und sie wohnen in der Regel in Deutschland, können also sowieso Mitglied oder Bewerber*in werden; wenn nicht, sollte ihre vermeintliche „Volkszugehörigkeit“ keine Rolle spielen. Die Änderung hätte also kaum praktische Auswirkungen, würde aber die Voraussetzungen für Mitglieder und Bewerber*innen rein politisch definieren und den ethnischen Bezug vermeiden.

Antrag A18

Antragsteller: Felix Pahl

§2 Absatz 1 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (1) Mitglied von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG kann jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes und jede Person mit Wohnsitz oder Geburtsort in Deutschland werden. Sie/Er muss das 14. Lebensjahr vollendet haben, sich zu Satzung, Programm der Partei bekennen und die Gesetze sowie die freiheitliche Grundordnung Deutschlands anerkennen. Mitglied von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG können nur natürliche Personen sein. Es wird ein zentrales Mitgliederverzeichnis geführt.

§4 Absatz 2 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (2) Beweger/In von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG kann jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes und jede Person mit Wohnsitz oder Geburtsort in Deutschland werden. Die Mitarbeit als Beweger/In muss beim Bundesvorstand beantragt werden. Über Beginn und Ende der Mitarbeit als Beweger/In entscheidet der Bundesvorstand.

Begründung:

Indem die Satzung auf die deutsche Staatsangehörigkeit abstellt, übernimmt sie Schwächen des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts, die sich zum Teil aus dessen rassistischen Ursprüngen, zum Teil auch aus in jüngster Vergangenheit mit rassistischen Untertönen geführten Debatten ergeben haben. Es sollten alle Menschen Mitglied oder Beweger*in werden können, die unserer Ansicht nach in Deutschland das Wahlrecht haben sollten. Das sind zum einen alle Menschen mit Wohnsitz in Deutschland (das sieht die Satzung schon vor), zum anderen alle Menschen, die unserer Ansicht nach deutsche Staatsbürger*innen sein sollten. Zu der letzteren Frage haben wir noch keine Position verabschiedet; zumindest in dem „Argument der Initiator/innen“ einer angenommenen Initiative („Abschiebestopp für Roma“, <https://abstimmen.bewegung.jetzt/initiative/8>) steht aber: „Menschen, die hier geboren sind, sollten automatisch Deutsche Staatsbürger[*innen] mit Geburt werden“. Wir sollten diesen Menschen nicht die Aufnahme verwehren, nur weil Deutschland ihnen die Staatsangehörigkeit verwehrt.

Antrag A19

Antragsteller: Felix Pahl

§10 der Abstimmungsordnung soll wie folgt geändert werden:

§ 10 Änderung der Abstimmungsordnung

- (1) Die Abstimmungsordnung kann auf einem Bundesparteitag mit einer $\frac{2}{3}$ -Mehrheit der abstimmenden Mitglieder geändert werden.
- (2) Der Bundesvorstand kann im Plenum einen Vorschlag zur Änderung der Abstimmungsordnung einbringen. Dieser tritt unmittelbar in die Diskussionsphase ein und durchläuft dann wie eine Initiative die Diskussionsphase, die Überarbeitungsphase und die Abstimmungsphase. Als Initiator/innen fungieren die Mitglieder des Bundesvorstands. Der Vorschlag gilt als angenommen, wenn mehr als doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen abgegeben werden. In diesem Fall werden die vorgeschlagenen Änderungen vorläufig unmittelbar wirksam. Sie bedürfen der Bestätigung des nächstfolgenden Bundesparteitags mit einfacher Mehrheit.

§15 Absatz 1 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (1) Die Bundespartei sowie alle weiteren Gliederungen von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG sind bezüglich der Entwicklung des Wahlprogramms an die Abstimmungsordnung für Initiativen gebunden.

In §15 der Satzung soll ein neuer Absatz 4 eingefügt werden:

- (4) Die Abstimmungsordnung für Initiativen kann ein Verfahren dafür vorsehen, sie auf Vorschlag des Bundesvorstands mit Zustimmung der Mitglieder und Bewegter/innen von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG zu ändern. Die in diesem Verfahren vorgenommenen Änderungen werden vorläufig unmittelbar wirksam. Sie bedürfen der Bestätigung des nächstfolgenden Bundesparteitags.

§18 Absatz 2 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (2) Bestandteile der Bundessatzung sind weiterhin, die Wahlordnung, der Ethik-Kodex, die Finanzordnung und die Schiedsgerichtsordnung.

Begründung:

Zurzeit hat die Abstimmungsordnung Satzungsrang und kann nur vom Parteitag geändert werden. Das hindert die kontinuierliche Weiterentwicklung des Initiativprinzips und des Plenums. Deshalb löst der Antrag die Abstimmungsordnung aus der Satzung heraus und schafft ein Verfahren, über das sie online geändert werden kann.

Da die Abstimmungsordnung die zentrale Grundlage unserer inhaltlichen Arbeit ist und es gravierende Folgen haben könnte, wenn durch eine nicht zu Ende gedachte Änderung der Prozess durcheinanderkommt, erheblicher Programmieraufwand entsteht o.ä., soll die Hürde für Änderungen nach wie vor recht hoch sein. Neben der weiterhin gegebenen

Felix Pahl 9.11.2017 14:28

Gelöscht: Die Abstimmungsordnung ist Bestandteil der Satzung und hat Satzungsrang.

Felix Pahl 9.11.2017 14:28

Gelöscht: die Abstimmungsordnung für Initiativen,

Möglichkeit, die Abstimmungsordnung mit einer Zweidrittelmehrheit auf Parteitage zu ändern, führt der Antrag die Möglichkeit ein, dass der Bundesvorstand direkt im Plenum, der Abstimmungsplattform, einen Vorschlag zur Änderung der Abstimmungsordnung zur Abstimmung stellt. Dieser braucht dort eine Zweidrittelmehrheit, um angenommen zu werden, und ist dann aber vorläufig umgehend – ohne weiteren Parteitag – wirksam. Auf diesem Weg beschlossene Änderungen müssen vom Parteitag im Nachhinein mit einfacher Mehrheit bestätigt werden. Dadurch, dass der Bundesvorstand die Änderungen einbringt und zwei Drittel der Mitglieder und Bewegter*innen zustimmen müssen, soll sichergestellt werden, dass nur wohldurchdachte und breit unterstützte Änderungen vorgenommen werden können. Dadurch, dass im Plenum eine Zweidrittelmehrheit aber auf dem Parteitag dann nur noch eine einfache Mehrheit notwendig ist, soll sichergestellt werden, dass nicht Änderungen beschlossen und in der Software umgesetzt, später aber vom Parteitag abgelehnt werden.

Antrag A20

Antragsteller: Felix Pahl

§16 Absätze 5 und 6 der Satzung sollen wie folgt geändert werden:

- (5) Vorstände, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierte sollen grundsätzlich mindestens zur Hälfte mit Frauen und zu einem Viertel mit diskriminierten Minderheiten besetzen werden. Im Vorstand von 7 sollen mindestens 2 Personen mit Diskriminierungserfahrung vertreten sein. Das genaue Wahlverfahren regelt die Wahlordnung.
- (6) Bei der Aufstellung von Wahlbewerbern/innen für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften ist auf einen Anteil von mindestens 50% Frauen und mindestens 25% diskriminierte Menschen in der Fraktion bzw. in der Abgeordnetengruppe hinzuwirken. Das genaue Wahlverfahren regelt die Wahlordnung. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit der Versammlung, einzelne Bewerber/innen abzulehnen. Reine Frauenlisten sind möglich.

§16 Absatz 10 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (10) Abweichend von §17 Absatz 1 können §16 der Satzung (Vielfaltsförderung) sowie die entsprechenden Bestimmungen der Wahlordnung nur mit einer 2/3-Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen geändert werden.

§4 Absatz 4 der Wahlordnung soll wie folgt geändert werden:

- (1) Wer selbst bei der Wahl kandidiert, kann nicht der Wahlkommission angehören. Nimmt ein Mitglied der Wahlkommission eine Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus.

§5 der Wahlordnung soll gestrichen werden.

§6 der Wahlordnung soll wie folgt geändert werden:

§ 6 Wahlverfahren

- (1) Eine Position im Sinne dieser Wahlordnung ist ein Listenplatz, ein Parteiamt oder ein Mandat.
- (2) Vor der Wahl für eine Position wird für jede Quotenregelung geprüft, ob bei Wahl einer Person, die nicht der quotierten Gruppe angehört, die Mindestquote für die bis dahin besetzten Positionen erfüllt würde. Ist dies nicht der Fall, so ist die Position für die entsprechende Gruppe reserviert. Würde dabei eine Position sowohl für Frauen als auch für diskriminierte Menschen reserviert und stellt sich keine Bewerberin zur Wahl, die beide Bedingungen erfüllt, so wird die Position nur für diskriminierte Menschen reserviert.
- (3) Zur Berechnung der Quote für Menschen mit Diskriminierungserfahrung werden die Zahlen der Menschen mit und ohne Diskriminierungserfahrung jeweils um eins erhöht.
- (4) Bei der Wahl eines einzelnen Parteiambtes mit bestimmter Zuständigkeit (z.B. einer Schatzmeister/in) wird keine Quotierung angewandt. Bei der Wahl mehrerer

Gelöscht: mindestens hälftigen Frauenanteil

Gelöscht: Bei Wahlvorschlagslisten sind der erste und dann jeder zweite Listenplatz in Folge Frauen vorbehalten. Unter den ersten drei und dann in Schritten von jeweils vier ist je ein Listenplatz Personen mit Diskriminierungserfahrung vorbehalten.

Gelöscht: V

Gelöscht: kann

Gelöscht: für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat

Gelöscht: § 5 Wahl für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate¶

¶
<#>Wahlen für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate finden in jeweils gesonderten Wahlgängen nacheinander statt. Die Versammlung kann entscheiden, dass Wahlgänge parallel stattfinden können.¶

¶
<#>Bei parallel stattfindenden Wahlgängen ist eine gleichzeitige Wahlbewerbung auch dann möglich, wenn die gleichzeitige Annahme der zu wählenden Parteiämter und Mandate ausgeschlossen ist.¶

¶
<#>Bei der Aufstellung der einzelnen Listenplätze von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen ist analog zu verfahren. (Ausnahme: siehe § 6 Absatz 4)¶
für gleiche Parteiämter oder Mandate

Gelöscht: für gleiche Parteiämter oder Mandate

Parteiämter mit gleicher bestimmter Zuständigkeit (z.B. zweier Kassenprüfer/innen oder zweier Vorsitzender) bezieht sich die Quotierung nur auf diese Ämter. Bei der Wahl von Ämtern ohne bestimmte Zuständigkeit in einem Parteigremium (z.B. weiterer Mitglieder in einem Vorstand) bezieht sich die Quotierung dagegen auf das gesamte Gremium. Bei der Wahl eines Gremiums werden die Ämter mit bestimmter Zuständigkeit vor den Ämtern ohne bestimmte Zuständigkeit gewählt.

(5) Sollten sich vor der Wahl einer Position nicht mehr genug Kandidat/innen finden, um eine Quote durchsetzen zu können, dann beantragt der/die Wahlleiter/in vor der Wahl, dass die jeweilige Quote von da an ausgesetzt wird. Die der jeweiligen Gruppe angehörenden anwesenden, nicht in der Abstimmung abgelehnten wahlberechtigten Mitglieder können dem mit einfacher Mehrheit unter Ausschluss von Enthaltungen ihre Zustimmung verweigern. Wird es von mindestens einer beteiligten Person beantragt, so findet diese Abstimmung unter Ausschluss der Nicht-Gruppenangehörigen statt. Sofern keine abstimmungsberechtigte Person anwesend ist, gilt die Zustimmung zur Aussetzung der jeweiligen Quote als erteilt.

(6) Votiert die Gruppe gegen den Antrag der/s Wahlleiters/in, so soll die Liste nicht weiter besetzt werden und an dieser Stelle enden. In diesem Fall kann die Wahlversammlung in offener Abstimmung entscheiden, ob die Aufstellung der Liste vertagt werden soll oder ob die Liste in der dann bestehenden Form angenommen wird.

(7) Für Wahlen von Parteiämtern kann die Versammlung auf Antrag der/s Wahlleiters/in in offener Abstimmung bestimmen, dass die Wahl von Ämtern mit gleicher (bestimmter oder unbestimmter) Zuständigkeit gemeinsam stattfinden soll. Das Verfahren wird dann in zwei Schritten durchgeführt: Es wird eine reguläre Wahl über alle Kandidaten/innen wie in §§ 8, 9 und 10 beschrieben durchgeführt und gemäß §11 in Reihenfolge gebracht. Dann werden die Posten der Reihenfolge nach besetzt, wobei die Quotenregelungen wie oben beschrieben von der Wahlkommission direkt angewandt wird. Die Wahlkommission gibt dann die Liste oder Mandate als ganzes bekannt.

§11 Absatz 4 der Wahlordnung soll gestrichen werden.

Begründung:

Der Antrag verfolgt mehrere Ziele:

- Das Wahlverfahren zur Umsetzung unserer Quotenregelungen ist zurzeit sehr kompliziert; dadurch entstehen Unklarheiten und Unsicherheiten. Der Antrag versucht es bei überwiegend unveränderten Auswirkungen zu vereinfachen.
- Insbesondere das Wahlverfahren für Vorstände, die aus Mitgliedern mit bestimmten Zuständigkeiten (Vorsitzende, Schatzmeister*in) und weiteren Mitgliedern ohne bestimmte (formale) Zuständigkeiten bestehen, ist zurzeit schwer durchschaubar. Hier versucht der Antrag mehr Klarheit zu schaffen.

Gelöscht: Auch Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter, Mandate und Wahlvorschlagslisten werden generell in gesonderten Wahlgängen gewählt, um der Quotenregelung aus §16 der Bundessatzung nachkommen zu können. Dafür wird jeder Platz der Reihe nach geheim gewählt. Dabei gilt, dass der erste Platz einer Frau vorbehalten ist – es folgt immer alternierend ein offener Platz und ein Platz für eine Frau. Frauen können auch auf offenen Plätzen kandidieren. Vor der Wahl von Platz 3 und dann jedem vierten folgend wird des weiteren geschaut, ob die Quote für diskriminierte Gruppen erfüllt wurde und wenn dem nicht so ist, ist der Platz einer Person aus diskriminierten Gruppen vorbehalten.

Gelöscht: <#>Sollte durch die Durchsetzung einer anderen Quote ein einer Frau zustehender Platz mit einem Mann besetzt werden, verschiebt sich die Alternierung von Frauen um einen Platz, und die nächste darauf folgende Stelle ist dann mit einer Frau zu besetzen. Darüber hinaus soll die nächste nach dieser Quote besetzter Platz mit einer Frau besetzt werden.¶
<#>¶

Gelöscht: eines Platzes

Gelöscht: aller Plätze

Gelöscht: ¶
<#>Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes sind die Bewerber/innen in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie die erforderliche Mehrheit nach § 10 dieser Ordnung erhalten haben.¶

- Die Quotierung aufgrund nummerierter Plätze, die im Wesentlichen von anderen Parteien übernommen wurde, hat einige Nachteile:
 - Auf dem vergangenen Parteitag wurde die berechnete Frage aufgeworfen, warum der fünfte Platz auch dann einer Frau vorbehalten sein sollte, wenn auf den ersten vier Plätzen schon vier Frauen gewählt wurden.
 - Die starre Reservierung der Hälfte der Plätze führt aber umgekehrt auch dazu, dass die übrigen Plätze informell als "Männerplätze" wahrgenommen werden und eine gewisse Hürde entsteht, dass Frauen darauf kandidieren. Damit wirkt sie unbeabsichtigt dem eigentlichen Ziel entgegen. Zum Beispiel sollte eine weibliche Doppelspitze (Frauen auf den Plätzen 1 und 2) statistisch unter idealen geschlechtergerechten Bedingungen ungefähr jedes vierte Mal auftreten – bei den etablierten Parteien mit Frauenquote ist das aber der absolute Ausnahmefall, u.a. weil dazu eine Frau auf einem "Männerplatz" gewählt und der erste Mann auf Platz 4 verdrängt werden muss.
 - Andere Parteien, die eine Frauenquote mit nummerierten Plätzen umsetzen, haben nicht wie wir eine Vielfaltquote. Die Kombination der beiden Quoten anhand fester nummerierter Plätze ist kompliziert.

Der Antrag ersetzt deshalb die Reservierung fester nummerierter Plätze durch eine einfache Vorschrift, die sicherstellt, dass in jedem Schritt des Wahlverfahrens die Mindestquoten erfüllt sind.

Dadurch, dass das System sowohl frauenfördernd wirkt (mehr weibliche Doppelspitzen) als auch verhindert, dass Plätze unnötigerweise für andere Geschlechter gesperrt werden, kann es hoffentlich dazu beitragen, dass die Quoten in der Partei noch breiter unterstützt werden.

Die Regel in §6 Abs. 3 ("Zur Berechnung der Quote für Menschen mit Diskriminierungserfahrung werden die Zahlen der Menschen mit und ohne Diskriminierungserfahrung jeweils um eins erhöht.") dient dazu, die bisherige Form der Vielfaltquote im neuen System zu reproduzieren. Bisher wurde beim dritten und dann jedem vierten Platz (also bei den Plätzen 3, 7, 11, ...) sichergestellt, dass die Vielfaltquote erfüllt wird. Auch nach dem neuen System können auf den Plätzen 1 und 2 Menschen ohne Vielfalt kandidieren: 2 Menschen ohne und 0 Menschen mit Vielfalt zählen durch die Erhöhung um 1 wie 3 Menschen ohne und 1 Mensch mit Vielfalt; die Mindestquote von 25% ist also genau erfüllt. Auf Platz 3 muss aber dann ein Mensch mit Vielfalt gewählt werden (wenn das auf den Plätzen 1 und 2 noch nicht passiert ist), denn 3 Menschen ohne und 0 Menschen mit Vielfalt würden wie 4 Menschen ohne und 1 Mensch mit Vielfalt zählen, was nur 20% wären. Entsprechend funktioniert es bei den späteren Plätzen; durch die Erhöhung um 1 wird immer spätestens auf den Plätzen 3, 7, 11, ... ein weiterer Mensch mit Vielfalt gewählt, wie im bestehenden System.

Der Antrag beseitigt eine in §6 Abs. 2 der Wahlordnung eine bestehende Unklarheit darüber, was genau in §6 Abs. 6 der Wahlordnung mit dem "Vorrang" der Vielfaltsquote gegenüber der Frauenquote gemeint war.

Die Bestimmungen in der Satzung, die Einzelheiten des Wahlverfahrens betreffen und eigentlich in die Wahlordnung gehören, werden dort gestrichen; dafür wird §16 Absatz 10 der Satzung so geändert, dass die Bestimmungen der Wahlordnung, die den §16 der Satzung ("Vielfaltsförderung") umsetzen, wie dieser nur mit 2/3-Mehrheit geändert werden können.

Antrag A21

Antragsteller: Felix Pahl

§6 Absätze 3 und 4 der Wahlordnung sollen wie folgt geändert werden:

- (3) Sollten sich vor der Wahl eines Platzes nicht mehr genug Kandidat/innen finden, um eine Quote durchsetzen zu können, dann beantragt der/die Wahlleiter/in vor der Wahl, dass die jeweilige Quote von da an ausgesetzt wird. Die der jeweiligen Gruppe angehörenden anwesenden, nicht in der Abstimmung abgelehnten wahlberechtigten Mitglieder können dem mit einfacher Mehrheit unter Ausschluss von Enthaltungen ihre Zustimmung verweigern. Wird es von mindestens einer beteiligten Person beantragt, so findet diese Abstimmung unter Ausschluss der Nicht-Gruppenangehörigen statt. Sofern keine abstimmungsberechtigte Person anwesend ist, **entscheidet die gesamte Versammlung über den Antrag auf** Aussetzung der jeweiligen Quote.
- (4) **Wird** gegen den Antrag der/s Wahlleiters/in **entschieden**, so soll die Liste nicht weiter besetzt werden und an dieser Stelle enden. In diesem Fall kann die Wahlversammlung in offener Abstimmung entscheiden, ob die Aufstellung der Liste vertagt werden soll oder ob die Liste in der dann bestehenden Form angenommen wird.

Begründung:

Nach der geltenden Fassung von §6 Absatz 3 der Wahlordnung wird eine Quote automatisch ausgesetzt, wenn keine abstimmungsberechtigte Person aus der entsprechenden Gruppe anwesend ist. Die Abstimmung unter diesen Menschen ist aber dazu da, zu verhindern, dass die Quote gegen ihren Willen ausgesetzt wird – wenn keine solchen Menschen anwesend sind, sollte wenigstens die Versammlung insgesamt über die Aussetzung abstimmen können, anstatt dass die Quote automatisch ausgesetzt wird.

Felix Pahl 6.11.2017 09:18

Gelöscht: gilt die Zustimmung zur

Felix Pahl 6.11.2017 09:35

Gelöscht: als erteilt

Felix Pahl 6.11.2017 09:36

Gelöscht: Votiert die Gruppe

Antrag A22

Antragsteller: Felix Pahl

§7 Absatz 5 der Abstimmungsordnung soll gestrichen werden.

Begründung:

§7 Absatz 5 der Abstimmungsordnung soll gestrichen werden, weil er das Einlegen eines Rechtsmittels bestraft. Nehmen die Initiator*innen die Ablehnung der Initiative durch das Moderationsteam hin, dann hat die Ablehnung keine negativen Folgen für sie; rufen sie dagegen das Kuratorium an, um die Entscheidung zu überprüfen, dann riskieren sie, ein halbes Jahr lang keine Initiativen mehr einbringen zu können, falls das Kuratorium die Ablehnung bestätigt. Das Einlegen eines Rechtsmittels zur Überprüfung einer Entscheidung sollte nicht mit abschreckenden negativen Konsequenzen belegt werden.

Felix Pahl 5.11.2017 23:19

Gelöscht: Wird die Gründung einer Initiative oder die Zulassung zur Abstimmung vom Kuratorium abgelehnt, ist es den Vertrauenspersonen für sechs Monate untersagt eine neue Initiative anzumelden.

Antrag A23

Antragsteller: Felix Pahl

§1 Absatz 1 der Abstimmungsordnung soll wie folgt geändert werden:

- (1) Ziel von "Demokratie in Bewegung" ist die Einbindung von Beweger/Innen und Mitgliedern in die Gestaltung von Lösungen für das Programm, in die Gründung von Initiativen und in den Entscheidungsprozess welche Initiativen in das Wahlprogramm von "Demokratie in Bewegung" aufgenommen werden. Um dies zu ermöglichen werden Abstimmungen über die elektronische Abstimmungsplattform von "Demokratie in Bewegung" ermöglicht, welche nachfolgend Abstimmungsplattform genannt wird.

§6 der Abstimmungsordnung soll gestrichen werden.

§7 und §8 der Abstimmungsordnung sollen wie folgt geändert werden:

§ 7 Prüfung der Initiative

- (1) Der Inhalt der Initiative muss den Werten von "Demokratie in Bewegung" entsprechen. Die Moderation der Abstimmungsplattform prüft, ob der Inhalt der Initiative den Werten entspricht. Wenn die Moderation zu dem Schluss kommt, dass die Initiative den Werten von "Demokratie in Bewegung" widerspricht, hat sie das Recht die Gründung oder die Abstimmung auf der Abstimmungsplattform von "Demokratie in Bewegung" zu verweigern.
- (2) Die Moderation prüft Initiativen auf Übereinstimmung mit Initiativen, die innerhalb der letzten 6 Monate im Plenum abgelehnt wurden. Kommt die Moderation zu dem Schluss, dass eine Initiative identisch mit einer solchen abgelehnten Initiative ist oder etwaige Unterschiede nur der Umgehung der vorliegenden Regelung dienen, kann sie die Zulassung zur Gründung oder zur Abstimmung ablehnen.
- (3) Die Moderation prüft Initiativen daraufhin, ob sie programmatische Inhalte im Sinne von §1 Abs. 1 der Abstimmungsordnung sowie §3 Abs. 2 und §4 Abs. 4 der Bundessatzung betreffen. Kommt die Moderation zu dem Schluss, dass eine Initiative nicht das Programm, sondern beispielsweise Verfahren oder Verfasstheit der Partei betrifft, kann sie die Zulassung zur Gründung oder zur Abstimmung ablehnen. Bei Initiativen, die sowohl programmatische als auch andere Aspekte haben, soll die Moderation in ihrer Entscheidung berücksichtigen, dass auch die anderen Aspekte wertvolle Anregungen zur Weiterentwicklung der Partei liefern können. Diese sind bei Annahme der Initiative im Plenum als Empfehlungen an den Bundesparteitag zu betrachten.
- (4) Kommt die Moderation zu dem Schluss, dass der Zulassung zur Gründung oder zur Abstimmung Einwände entgegenstehen, die durch Änderung der Initiative behoben werden könnten, teilt sie diese Einwände den Initiator/innen mit und gibt ihnen Gelegenheit, die Initiative entsprechend zu überarbeiten.
- (5) Beim Einreichen einer Initiative prüft die Moderation, ob es zu dem Thema schon eine Initiative gibt. Wenn dies der Fall ist, kann die Moderation entscheiden, dass die Initiative als Varianten-Initiative gegründet wird.
- (6) Entscheidungen der Moderation sind den Vertrauenspersonen schriftlich per Brief oder per E-Mail mitzuteilen und zu begründen.

Gelöscht: Die Forderung einer Initiative, die von der Mehrheit der an der Abstimmung Teilnehmenden abgelehnt worden ist, darf für 6 Monate nicht mehr Gegenstand einer Initiative sein. .

Gelöscht: .
¶

Gelöscht: Dies ist

- (7) Wenn die Mehrheit der Vertrauenspersonen dies wünscht, kann eine Entscheidung der Moderation dem Kuratorium nach § 9 zur Prüfung vorgelegt werden. Die Entscheidung des Kuratoriums ist den Vertrauenspersonen schriftlich per Brief oder per E-Mail mitzuteilen. Die Entscheidung des Kuratoriums ist bindend.
- (8) Wird die Gründung einer Initiative oder die Zulassung zur Abstimmung vom Kuratorium abgelehnt, ist es den Vertrauenspersonen für sechs Monate untersagt eine neue Initiative anzumelden.

§ 8 Moderation der Abstimmungsplattform

- (1) Zur Betreuung der Plattform gibt es ein Moderationsteam, das vom Bundesvorstand bestimmt wird.
- (2) Das Moderationsteam stellt sicher, dass auf der Abstimmungsplattform ein respektvoller Umgang gewahrt bleibt und der Meinungsaustausch nicht gestört wird. Verstößt eine TeilnehmerIn gegen die Verhaltens-Kodex, der vom Bundesvorstand festgelegt wird, ist das Moderationsteam berechtigt eine Verwarnung auszusprechen.

Wird eine TeilnehmerIn dreimal verwarnt, wird sie für die weitere Teilnahme an der Abstimmungsplattform ausgeschlossen. Ausgenommen hiervon ist das Recht sich an Abstimmungen zu beteiligen, welches weiter bestehen bleibt. Die TeilnehmerIn, die ausgeschlossen wird, kann eine Prüfung durch das Kuratorium verlangen.

- (3) Das Moderationsteam prüft eingereichte Initiativen gemäß §7. Das Moderationsteam kann darüber hinaus den Initiator/innen Hinweise und Empfehlungen geben, beispielsweise Hinweise auf thematisch verwandte Initiativen oder Empfehlungen zur Klarstellung. Diese unverbindlichen Hinweise und Empfehlungen müssen in der Kommunikation mit den Initiator/innen klar von Einwänden im Rahmen der Prüfung und der Entscheidung über die Zulassung unterschieden werden.

Begründung:

Der Antrag soll dazu dienen, ein klares Verfahren für die Prüfung von Initiativen auf der Abstimmungsplattform (dem Plenum) festzulegen. Die Satzung und die Abstimmungsordnung stellen einige Bedingungen für Initiativen auf, ohne anzugeben, wer darüber entscheidet, ob diese Bedingungen eingehalten werden. Der Antrag weist diese Entscheidungen der Moderation der Abstimmungsplattform zu.

Laut §6 der Abstimmungsordnung („Abgelehnte Initiativen“) dürfen Initiativen nicht „die Forderung einer Initiative“ zum Gegenstand haben, die innerhalb der letzten 6 Monate abgelehnt wurde. Es ist bisher nicht festgelegt, wer hierüber entscheidet. Auch hat sich herausgestellt, dass die Formulierung „die Forderung einer Initiative“ verschieden interpretiert wird, was in einem Fall zu Meinungsverschiedenheiten darüber geführt hat, ob eine Initiative hätte zugelassen werden sollen. Der Antrag definiert die Prüfung von Initiativen auf Übereinstimmung mit abgelehnten Initiativen als Aufgabe des Moderationsteams und vermeidet den Begriff der „Forderung“, der sich als unklar erwiesen hat. Dazu wird §6 durch einen neuen Abs. 2 in §7 ersetzt.

Laut unserer Satzung dienen die Abstimmungsordnung und die Abstimmungsplattform dazu, dass die Mitglieder (§3 Abs. 2) und die Beweger*innen (§4 Abs. 4) sich an der „Erstellung

Gelöscht: die

Gelöscht:

¶
Wenn das Kuratorium zu der Entscheidung kommt, dass der Text der Initiative oder der Abstimmungstext den Werten von „Demokratie in Bewegung“ widerspricht, hat sie das Recht die Zulassung zur Gründung oder zur Abstimmung zu verweigern. Wenn das Kuratorium zu der Entscheidung kommt, dass die Initiative nicht den Werten von „Demokratie in Bewegung“ widerspricht, kann das Kuratorium die Entscheidung der Moderation aufheben und die Initiative zur Gründung oder zur Abstimmung zuzulassen.

Gelöscht: zur Gründung oder zur Abstimmung, auf die Vereinbarkeit mit den Werten von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG. Kommt das Moderationsteam zu dem Schluss, dass die Initiative gegen die Werte von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG verstößt, ist es berechtigt die Zulassung abzulehnen.

Gelöscht: <#>Beim Einreichen der Initiative überprüft das Moderationsteam, ob es zu dem Thema schon eine Initiative gibt. Wenn dies der Fall ist kann das Moderationsteam entscheiden, dass die Initiative als Varianten-Initiative gegründet wird.¶

des Programms“ bzw. an der „Entwicklung von Zielen und Lösungen für das Programm“ beteiligen können. Auch aus §2 Abs. 2, §3 Abs. 1 und §5 Abs. 6 der Abstimmungsordnung ergibt sich, dass der Initiativprozess sich auf programmatische Inhalte bezieht. Bisher ist aber nicht geregelt, wer entscheidet, ob eine eingereichte Initiative tatsächlich programmatischer Natur ist und nicht zum Beispiel eine Satzungsänderung der Partei zum Inhalt hat. Der Antrag weist diese Entscheidung in §7 Abs. 3 der Moderation der Abstimmungsplattform als Prüfaufgabe zu. Zudem stellt er in §1 Abs. 1 der Abstimmungsordnung klar, dass hier mit „Lösungen“ wie in §4 Abs. 4 der Satzung „Lösungen für das Programm“ gemeint sind.

In §7 Abs. 4 wird die bisherige Praxis formalisiert, dass die Moderation Initiativen nicht unmittelbar ablehnt, sondern den Initiator*innen ihre Einwände mitteilt und ihnen Gelegenheit gibt, die Initiative zu überarbeiten.

Die Aufgabe der Moderation, Initiativen darauf zu prüfen, ob es bereits eine Initiative zu dem Thema gibt, wird der Systematik halber von §8 Abs. 4 nach §7 Abs. 5 verschoben.

In §8 Abs. 3 wird außerdem die bisherige Praxis formalisiert, dass die Moderation den Initiator*innen unverbindliche Hinweise und Empfehlungen geben kann, die jedoch klar von Einwänden im Rahmen der Prüfaufgaben zu unterscheiden sind.

Antrag A24

Antragsteller: Florian Stinner

Absatz 5 der Finanzordnung soll wie folgt geändert werden:

§ 5 Mandatsträgerbeitragsverpflichtung

Mandatsträger/innen sind verpflichtet, über den Mitgliedsbeitrag hinaus einen Mandatsträgerbeitrag in Höhe von monatlich 5% der Bruttoabgeordnetenentschädigung zu leisten. Diese Beitragsverpflichtung gilt für Mandate im Europäischen Parlament, im Bundestag und in den einzelnen 16 Landesparlamenten der Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland.

Florian Stinner 9.11.2017 07:18

Gelöscht: A

Antrag A25

Antragsteller: Florian Stinner

§9 Absatz 8 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (8) Über den Parteitag, die Beschlüsse und Wahlen wird ein Ergebnisprotokoll gefertigt, das von der Protokollführung, der Versammlungsleitung und dem neu gewählten Vorsitzenden oder dem stellvertretenden Vorsitzenden unterschrieben wird. Das Wahlprotokoll wird durch den Wahlleiter und mindestens zwei Wahlhelfer unterschrieben und dem Protokoll beigelegt.
[Ergebnisprotokoll und Wahlprotokoll sind spätestens 30 Tage nach dem Ende des Parteitages durch den Bundesverband zu veröffentlichen.](#)

Antrag A26

Antragsteller: Florian Stinner

In der Satzung soll ein neuer §10 eingefügt werden:

§ 10. Beschlussumsetzungsfrist

- (1) Beschlüsse, die auf Bundesparteitagen gefasst wurden und keine langfristigen politischen Anliegen bzw. Ziele darstellen, müssen innerhalb von zwei Monaten umgesetzt werden. Eine Verlängerung der Umsetzungsfrist auf vier Monate ist möglich, muss aber der ganzen Partei schriftlich dargelegt und begründet werden.
- (2) Die Voraussetzung für die Umsetzung von Beschlüssen, sofern sie die Satzungen betreffen, sind die aktualisierten Satzungen. Die aktualisierten Satzungen sind daher spätestens 30 Tage nach dem Ende des entsprechenden Parteitages durch den Bundesverband zu veröffentlichen.

Antrag A27

Antragsteller: Florian Stinner

In der Satzung soll ein neuer Absatz 15 eingefügt werden:

§ 15. DEMOKRATIE IN BEWEGUNG als Arbeitgeberin

- (1) Mit Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern bzw. freien Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern zu besetzende Stellen in der Organisation von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG müssen auf Bundesverbands- bzw. Landesverbandsebene ausgeschrieben werden. Es ist sicherzustellen, dass die Ausschreibung wenigstens alle Mitglieder erreicht.
- (2) In der Ausschreibung muss wenigstens Arbeitszeit, Lohn pro Monat bzw. Entschädigung oder Honorar, ggf. Urlaubsanspruch angegeben sein. Das Arbeitsverhältnis muss allen gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.
- (3) Der Bundesverband darf Personal einstellen. Die Landesverbände dürfen unabhängig vom Bundesverband Personal einstellen. Die Einstellung, Entlassung und Konditionsgestaltung obliegt dem Vorstand der jeweiligen Verbandsebene.

Antrag A28

Antragsteller: Florian Stinner

In §17 der Satzung soll ein neuer Absatz 2 eingefügt werden:

- (2) Soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, erhalten Änderungen der Satzung (einschließlich aller ihrer Bestandteile) ihre Gültigkeit sofort mit der Verabschiedung auf dem Parteitag.

Antrag A29

Antragsteller: Jörg Rupp

§6 Absatz 2 der Finanzordnung soll wie folgt geändert werden:

(2) Soweit ein Landesverband besteht, erhält dieser 66,6% des Mitgliedsbeitrags. (

In §6 der Finanzordnung soll ein neuer Absatz 3 eingefügt werden:

(3) Soweit ein Kreisverband mit eigener Kassenführung besteht, erhält der Landesverband nur 33,3% und der Kreisverband ebenso 33,3% des Mitgliedsbeitrags.

Jörg Rupp 9.11.2017 11:22

Gelöscht: 50

Antrag A30

Antragsteller: Jörg Rupp

§2 Absatz 2 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (2) Personen, die Mitglied einer anderen Partei i.S.d. Parteiengesetzes oder extremistischen Organisation sind, können nicht Mitglied der Partei sein. Als extremistisch gelten solche Organisationen, welche in einer vom Bundesvorstand beschlossenen Liste aufgeführt sind.

Begründung:

Mitglieder anderer Parteien haben durch unser System mit Beweger/innen ausreichende Möglichkeiten, sich bei DiB einzubringen. Wir erwarten von Mitgliedern, dass sie sich engagieren, Zeit investieren, oft genug auch im Wahlkampf, bei Strategieentwicklungen und so weiter. Da macht es keinen Sinn, wenn sich jemand bei uns und noch in anderen Parteien engagiert.

Antrag A31

Antragsteller: Jörg Rupp

§3 Absatz 3 der Schiedsgerichtsordnung soll wie folgt geändert werden:

(3) Richter können nicht zugleich **ein Amt oder Mandat für die** Partei oder einen Gebietsverband **ausüben**, in einem Dienstverhältnis zu der Partei oder einem Gebietsverband stehen oder von ihnen regelmäßige Einkünfte beziehen.

Begründung:

Gegenwärtig können Mitglieder des Schiedsgerichts nur nicht gleichzeitig Mitglieder des Vorstands sein, aber zum Beispiel Kassenprüferin oder Abgeordnete. Die Mitglieder des Schiedsgerichts sollten möglichst unabhängig von solchen Ämtern und Mandaten sein, damit sie möglichst selten für befangen erklärt werden müssen.

Jörg Rupp 9.11.2017 14:22

Gelöscht: Mitglied eines Vorstandes der

Jörg Rupp 9.11.2017 14:23

Gelöscht: s

Jörg Rupp 9.11.2017 14:23

Gelöscht: es

Jörg Rupp 9.11.2017 14:23

Gelöscht: sein

Antrag A32

Antragstellerin: Katharina Bopp

§4 Absatz 3 der Finanzordnung soll wie folgt geändert werden:

- (3) Personen, die diesen Betrag aus finanziellen Gründen bspw. aufgrund von Arbeitslosigkeit oder Erstausbildung (Schule/Lehre/Studium) nicht leisten können, können einen reduzierten Mitgliedsbeitrag von mindestens 3,00 € pro Monat beantragen. Der Antrag kann formlos beim Bundesvorstand, vertreten durch die Geschäftsstelle, gestellt werden (z. B. per E-Mail). Der Antrag muss die Höhe des gewünschten Mitgliedsbeitrags enthalten. Der reduzierte Mitgliedsbeitrag wird grundsätzlich monatlich abgebucht. Ein Nachweis über die Notwendigkeit der Reduzierung des Mitgliedsbeitrags ist nicht zu erbringen.

Begründung:

Aus der Präambel unserer Bundessatzung geht hervor, dass einer unserer Grundsätze die Vielfaltsförderung darstellt. Die Reduzierung des Mitgliedsbeitrags auf mindestens 3 Euro stellt eine gute Lösung dar um Menschen mit wenig verfügbaren Mitteln eine Mitgliedschaft zu ermöglichen. Der Nachweis über die Notwendigkeit drängt diese Menschen meiner Meinung nach jedoch in Erklärungsnot und damit werden diese diskriminiert. Am Beispiel der Quotierungsregelung der Wahlordnung wird deutlich, dass DiB Vielfalt auf Vertrauensebene fördert ohne dabei zu diskriminieren. Das ergibt sich unter anderem aus dem §16 der Bundessatzung als auch aus dem §7 Abs. 5 der Wahlordnung. Aus beiden genannten Paragraphen wird deutlich, dass eine Person, welche den Platz unter der Quotierungsregelung antreten möchte dies lediglich benennen, jedoch nicht begründen muss. Sie braucht keinen Nachweis für ihre Vielfältigkeit. Für mich bestimmt unser Grundsatz der Vielfaltsförderung sich demnach durch Toleranz und Vertrauen. Schon der allgemeine Verhaltenskodex von DiB fordert mich dazu auf, davon auszugehen, dass die mir gegenüber stehende Person, die besten Absichten gegenüber mir persönlich und auch der Sache hat. Dieses Vertrauen möchte ich auch den Personen entgegenbringen, welche einen Antrag auf einen reduzierten Mitgliedsbeitrag stellen.

Katharina Bopp 5.11.2017 20:43

Gelöscht: und einen einfachen Nachweis über die Notwendigkeit (z. B. Immatrikulationsbescheinigung einer Hochschule für Studierende oder Schreiben vom Amt bei Hartz-IV-Empfänger/innen). Nach einem Jahr erhöht sich der Mitgliedsbeitrag auf 10,00 € pro Monat, wenn kein neuer Antrag auf Reduzierung des Beitrags gestellt wird

Antrag A33

Antragsteller/innen:

Regine Deutsch, Benjamin Kampmann, Felix Pahl, Alexander Plitsch, Sabine Sedlaczek

Die in den Dateien mit den Dateinamen "A33 -- Papiertiger -- redaktionelle Änderungen" (jeweils ergänzt um die Dokumentbezeichnungen "AO", "EK", "FO", "GP", "S", "SGO", "WO") markierten Änderungen sollen in der Abstimmungsordnung, dem Ethik-Kodex, der Finanzordnung, dem Grundsatzprogramm, der Satzung, der Schiedsgerichtsordnung bzw. der Wahlordnung von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG vorgenommen werden.

Begründung:

Diese Änderungen hält das Papiertiger-Team für rein redaktionelle Änderungen, die die Dokumente in formaler Hinsicht korrekter, klarer, einheitlicher o. ä. machen, ohne ihren Sinn zu verändern. Diese Änderungen möchten wir auf dem Parteitag wenn möglich ohne Aussprache abstimmen lassen, um nicht wertvolle Zeit damit zu verbringen. Wenn Ihr bei einzelnen dieser Änderungen meint, dass es sich um mehr als redaktionelle Änderungen handelt, die eigentlich diskutiert werden müssten (z.B. weil sie den Sinn verändern), dann schreibt uns das bitte möglichst bald (an bupata-antrag@bewegung.jetzt, idealerweise vor dem Änderungsantragschluss am 17. 11.), damit wir die Änderungen noch entsprechend anpassen oder ggf. aus den redaktionellen Anträgen herauslösen und das bei der Zeitplanung berücksichtigen können. (Auf fehlendes oder uneinheitliches Gendern braucht Ihr uns dabei nicht aufmerksam zu machen; dazu gibt es einen eigenständigen Antrag an den Parteitag.)

§1 und §2 sowie §3 Absatz 1 der Abstimmungsordnung sollen wie folgt geändert werden:

§ 1 Basisdemokratische Abstimmungen

- (1) Ziel von "Demokratie in Bewegung" ist die Einbindung von UnterstützerInnen, Bewegter/Innen und Mitgliedern in die Gestaltung von Lösungen, in die Gründung von Initiativen und in den Entscheidungsprozess welche Initiativen in das Wahlprogramm von "Demokratie in Bewegung" aufgenommen werden. Um dies zu ermöglichen werden Initiativen auf der Diskussionsplattform genannt: „Marktplatz der Ideen“ für die Erarbeitungsphase vorgestellt, diskutiert und ausgearbeitet.
- (2) Die Abstimmungen werden über die elektronische Abstimmungsplattform von "Demokratie in Bewegung" ermöglicht, welche nachfolgend Plenum genannt wird. Eine Initiative kann im Plenum erst eingereicht werden, wenn sie auf dem Marktplatz der Ideen vorgestellt, diskutiert und ausgearbeitet wurde, frühestens jedoch nach 14 Tagen.
- (3) An Initiativen beteiligen dürfen sich alle auf dem Marktplatz der Ideen angemeldeten Personen, sogenannte UnterstützerInnen. An den Abstimmungen teilnehmen dürfen ausschließlich Personen, die laut Satzung von "Demokratie in Bewegung" Bewegter/In oder Mitglied sind. (Satzung §4(2))
- (4) Das Starten von Initiativen findet auf dem Marktplatz der Ideen und das Durchführen von Abstimmungen findet im Plenum statt.
- (5) Die Bereitstellung des Plenums sowie die Durchführung von Abstimmungen übernimmt der Vorstand der Bundespartei.

§ 2 Einreichung der Initiative im Plenum

- (1) Eine Initiative kann nach der mindestens 14-tägigen Erarbeitungsphase auf dem Marktplatz von drei Personen gemeinsam im Plenum angemeldet werden. Diese Personen sind die sogenannten Vertrauenspersonen für die Initiative. Eine Vertrauensperson darf für nicht mehr als drei gegründete Initiativen Vertrauensperson sein, die noch nicht zur Abstimmung zugelassen sind. Die Vertrauenspersonen müssen beim Einreichen den ausgefüllten Initiativen Fragebogen sowie ihren Namen und Anschrift angeben und Mitglied oder Unterstützer von "Demokratie in Bewegung" sein.

Wenn eine Vertrauensperson nach Einreichung als Vertrauensperson zurücktritt oder auf Basis der Satzung ausgeschlossen wird, sind die beiden verbliebenen Vertrauenspersonen verpflichtet, eine neue Vertrauensperson zu bestimmen. Wird nicht innerhalb von vier Wochen eine neue Vertrauensperson bestimmt, wird die Initiative aufgelöst.
- (2) Damit mehrere Initiativen zu dem gleichen Gegenstand nicht zu Widersprüchen im Parteiprogramm führen, kann eine Initiative, die das gleiche Thema behandelt wie eine bereits gegründete Initiative, von dem Moderationsteam nach § 8 Absatz (4) als Alternativvorschlag zur Basisinitiative, als so genannte Varianten-Initiative zugelassen werden. Die Mehrheit der Vertrauensleute einer der beiden betroffenen

Regine Deutsch 9.11.2017 16:02
Gelöscht: Abstimmungsplattform

Regine Deutsch 11.11.2017 10:03
Kommentar [1]: So ist es zur Zeit bei den meisten Initiativen.

Regine Deutsch 9.11.2017 16:05
Gelöscht: und

Regine Deutsch 11.11.2017 10:03
Kommentar [2]: Die Verifizierung ist nötig, um Manipulationen der Abstimmungen zu verhindern.

Regine Deutsch 9.11.2017 16:06
Gelöscht: s

Regine Deutsch 9.11.2017 16:06
Gelöscht: oder

Regine Deutsch 9.11.2017 16:06
Gelöscht: d

Regine Deutsch 9.11.2017 16:07
Gelöscht: auf der Abstimmungsplattform

Regine Deutsch 9.11.2017 16:09
Gelöscht: der Abstimmungsplattform

Regine Deutsch 11.11.2017 10:03
Kommentar [3]: Nach der mindestens 14 tägigen Erarbeitungsphase auf dem Marktplatz

Regine Deutsch 9.11.2017 16:09
Gelöscht: Initiativen Gründung

Regine Deutsch 9.11.2017 16:10
Gelöscht: Gründung

Initiativen hat das Recht die Entscheidung von einem Kuratorium prüfen zu lassen.

Varianten-Initiativen werden wie normale Initiativen behandelt, es sei denn, es wird nachfolgend etwas anderes festgelegt.

- (3) Die eingereichte Initiative wird vor der Veröffentlichung [im Plenum](#) auf Basis von § 7 von der Moderation geprüft.
- (4) Eine auf der Abstimmungsplattform veröffentlichte Initiative gilt mit der Veröffentlichung als [eingereicht](#).

§ 3 Voraussetzungen für eine Abstimmung über eine Initiative

- (1) 2 Wochen nach [Einreichung im Plenum](#) kann eine Initiative zur Abstimmung über die Aufnahme in das Wahlprogramm gestellt werden, wenn sie das Quorum an abstimmungsberechtigten Personen unter § 3 Absatz (3) erreicht. Sollte eine Initiative nach 6 Monaten das Quorum nicht erreicht haben, gilt sie als abgelehnt und wird archiviert.

Der Abstimmungsordnung soll folgender Anhang angefügt werden:

[Anhang: Begriffsklärung](#)

Unterstützer: Alle auf dem Marktplatz
Beweger: verifizierte Unterstützer
Parteimitglieder: sind immer auch Unterstützer und Beweger.

Begründung:

Liebe Demokraten in Bewegung!

Es geht mir bei diesem Antrag um Transparenz und Teilhabe an unseren basisdemokratischen Prozessen und Entscheidungen.

Die beantragte Aufnahme des Marktplatzes in die Abstimmungsordnung regelt lediglich die bestehende Praxis, daß Initiativen auf dem Marktplatz unter Einbeziehung aller und transparent für alle BewegerInnen entwickelt, diskutiert und ausgearbeitet werden, bevor sie zur abschließenden Diskussion, Überarbeitung und Abstimmung ins Plenum kommen. Mit dieser Änderung wird ausgeschlossen Initiativen ohne diese Transparenz und Beteiligung direkt im Plenum einreichen zu können, bis die beiden Plattformen zusammengführt sind.

Dies ist für mich eine Herzenssache, weil ich bei DiB bin, um gemeinsam Politik anders zu machen. Was für mich besonders große Offenheit und leichten Zugang bedeutet. Diese Vielschichtigkeit ist für mich DiB-Spirit.

immer in Bewegung bleiben

Eure Regine

Regine Deutsch 11.11.2017 10:03

Kommentar [4]: ist ja auf dem Marktplatz schon veröffentlicht und wird erst in der Vorbereitungsphase im Plenum geprüft.

Regine Deutsch 9.11.2017 16:11

Gelöscht: gegründet

Regine Deutsch 11.11.2017 10:03

Kommentar [5]: die Initiative besteht vorher schon auf dem Marktplatz.

Regine Deutsch 9.11.2017 16:11

Gelöscht: Gründung

Regine Deutsch 9.11.2017 16:11

Gelöscht: eingereichte

Regine Deutsch 11.11.2017 12:33

Kommentar [6]: Begriff Beweger oder Unterstützer wird meist gleichbedeutend auf dem Marktplatz verwendet.

Antrag A35

Antragsteller/innen: Sabine Sedlacek, Johannes Uttecht

In der Satzung soll ein neuer Absatz 17 eingefügt werden:

§ 17. Förderung junger Menschen

- (1) Die politische Willensbildung junger Menschen in der Partei ist aktiv zu fördern. Junge Menschen haben das Recht innerhalb der Partei eigene Strukturen aufzubauen. Als junge Menschen im Sinne dieser Regelung zählen alle Menschen bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres.

Begründung:

Vorrangiges Ziel dieses Antrages ist es, jungen Menschen das Recht einzuräumen, sich innerhalb der Partei eigene Strukturen aufzubauen, wie z.B. eine eigene geschlossene Kategorie auf dem Marktplatz. Langfristig könnte sich daraus auch die Gründung einer eigenen Jugendorganisation ergeben. Ziel einer solchen Struktur ist die bessere Vernetzung junger Menschen um einen gezielteren Austausch zu ermöglichen. Außerdem soll so in der Satzung verankert werden, dass es ein Ziel von DiB ist junge Menschen in der Politik aktiv zu fördern. Das Alter ist (im Vergleich zu den Regelungen von Jugendorganisationen anderer Parteien) absichtlich niedrig gewählt, da eine Parteimitgliedschaft schon ab einem Alter von 14 Jahren möglich ist (und für Bewerber/innen gibt es gar keine Altersbeschränkung).

Antrag A36

Antragsteller: Simon Filser

In §2 der Abstimmungsordnung soll ein neuer Absatz 5 eingefügt werden:

- (5) Es ist den Vertrauenspersonen freigestellt, innerhalb einer Initiative die Forderungen in einzeln abstimmbare Teile aufzuteilen. Es ist ihnen auch selbst möglich, Varianteninitiativen zu einzelnen Teilen zu erstellen, um der Allgemeinheit mehr Wahlmöglichkeiten zu geben.

In §3 der Abstimmungsordnung soll ein neuer Absatz 4 eingefügt werden:

- (4) Das Quorum gilt für eine Initiative als Ganzes.

In §4 der Abstimmungsordnung soll ein neuer Absatz 8 eingefügt werden:

- (8) Bei Initiativen mit einzeln abstimmbaren Teilen ist es bis zum Ende der Diskussionsphase noch möglich, Varianteninitiativen zu einzelnen Teilen zu erstellen. Diese haben dann ggf. eigene Vertrauenspersonen.

§5 Absatz 3 der Abstimmungsordnung soll wie folgt geändert werden:

- (3) Die Abstimmenden kennzeichnen ob sie dem Gegenstand der Initiative zustimmen mit "Ja", "Enthaltung" oder "Nein". Dabei ist es bei mehrteiligen Initiativen sowohl möglich, über die Initiative als Ganzes als auch über einzelne Teile der Initiative abzustimmen.

Begründung:

Viele Initiativen bearbeiten komplexe Themen, die aus mehreren Unterpunkten bestehen. Bei der Abstimmung kann jedoch nur allen oder gar keinen Punkten zugestimmt werden, sodass es vorkommt, dass Bewegter/innen beim Abstimmen auch ungewollten Punkten zustimmen. Teilweise wurden komplexe Themen auch schon in mehrere Initiativen mit je einer Forderung aufgeteilt, was aber die Übersichtlichkeit reduziert. Deshalb kam wiederholt der Wunsch auf, einen Mechanismus einzuführen, der es erlaubt, Teilen einer Initiative zuzustimmen und gleichzeitig Teile abzulehnen. Eine Möglichkeit wäre das in diesem Antrag beschriebene Verfahren, um mehrteilige Initiativen einzuführen. Die Aufteilung der Initiative in Einzelpunkte soll bewusst den Vertrauenspersonen vorbehalten bleiben, da diese typischerweise den besten Überblick darüber haben, welche Forderungen nur gemeinsam Sinn ergeben, und welche man auch voneinander trennen kann.

Antrag EO

Antragsteller: Jörg Rupp

Der Bundesparteitag möge gemäß §16 der Finanzordnung die folgende Erstattungsordnung beschließen:

Erstattungsordnung DEMOKRATIE IN BEWEGUNG

Diese Erstattungsordnung gilt für die Bundespartei und alle nachgeordneten Gliederungen.

1. Persönlicher Geltungsbereich

- (a) Erstattung nach dieser Ordnung erhalten Mitglieder der Bundespartei von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG *einschließlich seiner nachgeordneten Gebietsverbände*, wenn sie durch Auftrag, Beschluß oder Wahl durch hierzu befugte Personen oder Parteigremien als Delegierte oder Beauftragte tätig werden. Auftrag, Beschluß oder Wahl sind zu protokollieren.
- (b) Von dieser Erstattungsordnung ausgenommen sind *Angestellte und hauptamtlich tätige Mitglieder der Partei*. Aufwendungen für Dienstreisen und Dienstgänge im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsverhältnis werden nach den jeweils gültigen steuerrechtlichen Vorschriften erstattet.

2. Sachlicher Geltungsbereich

- (a) Erstattungsfähig sind nur Aufwendungen, die sich aus dem besonderen Auftrag, Beschluss oder die besondere Wahl ergeben. Nicht erstattet werden Aufwendungen, die über den besonderen Auftrag, Beschluss oder die besondere Wahl hinausreichen und/oder auf die eigene Entscheidung des Mitglieds zurückgehen.
- (b) Erstattungsfähig nach dieser Ordnung sind:
 - Fahrtkosten
 - Mehraufwendungen durch Auswärtstätigkeit
 - Übernachtungskosten
 - Sachkosten, wie Telefongebühren, Porti, Büromaterial, Bewirtung, Kosten der Beförderung von Sachen durch private Transport- oder Zustellunternehmen (z.B. UPS, DPD ...), Informationskosten usw.

3. Fahrtkosten

Erstattet werden:

- (a) die tatsächlich nachgewiesenen Fahrtkosten durch Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Flugreisen und Fahrtkosten 1. Klasse werden grundsätzlich nur in Ausnahmefällen und nur nach vorheriger und gesonderter Genehmigung erstattet. Alle Möglichkeiten der Preisermäßigung sind bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel auszuschöpfen, überhöhte Aufwendungen können bei der Erstattung in Abzug gebracht werden. Entstehen durch die Inanspruchnahme pauschaler Ermäßigungen (z.B. Bahncard) zusätzliche Aufwendungen, werden diese je nach Umfang der Beauftragung ganz oder nur anteilig erstattet und sind gesondert und vor Inanspruchnahme zu genehmigen.

- (b) Bei Benutzung privater Beförderungsmittel gelten folgende Pauschalsätze:

PKW	Euro 0,30/km
Motorrad	Euro 0,20/km
Moped	Euro 0,20/km

- (c) Die tatsächlich nachgewiesenen Fahrtkosten für Taxifahrten, wenn zur Ausführung des Auftrages oder Beschlusses oder zur Ausübung des Wahlamtes im Einzelfall die Benutzung anderer öffentlicher Verkehrsmittel nicht möglich war. Die besondere Veranlassung ist auf dem Beleg in Kurzform zu begründen.
- (d) Die tatsächlich nachgewiesenen Park- und Straßenbenutzungsgebühren. Andere Nebenkosten der Fahrttätigkeit, wie etwa besonders veranlaßte Aufwendungen für Insassen- und Unfallversicherung bedürfen der besonderen und vorherigen Genehmigung.

4. Mehraufkommen durch Auswärtstätigkeit

Erstattet werden, unabhängig von den tatsächlich entstandenen Kosten, die nachstehenden Pauschalen für durch Auswärtstätigkeit bedingte Mehraufwendungen:

Dauer der Auswärtstätigkeit Std.	Eintägige Reise Euro	Mehrtägige Reise Euro
Über 8 bis 10	9	12
Über 10 bis 12	15	19
Über 12	18	24

Wurde während der Reise teilweise Verpflegung unentgeltlich gestellt, sind die Pauschbeträge für den betreffenden Reisetag um

- · 20 % der Tagespauschale für ein Frühstück bzw.
- · 40 % der Tagespauschale für ein Mittag- oder Abendessen

zu kürzen.

5. Übernachtungskosten

- (a) Erstattet werden die tatsächlich nachgewiesenen Übernachtungskosten bis zu Euro 80,00 je Übernachtung. Höhere Übernachtungskosten bedürfen der gesonderten und vorherigen Genehmigung.
- (b) Ersatzweise kann ohne Nachweis eine Übernachtungspauschale in Höhe von Euro 20,00 je Übernachtung in Anspruch genommen werden.
- (c) Der Anspruch auf Erstattung entfällt bei Unterbringung durch und zu Lasten der Bundespartei oder einer nachgeordneten Gliederung.

6. Sachkosten

Erstattet werden:

- (a) im Einzelfall die tatsächlich nachgewiesenen Kosten. Regelmäßig wiederkehrende Kosten bedürfen der gesonderten und vorherigen Genehmigung. Die Kosten sind auf den Belegen durch kurzen Vermerk zu begründen und der Zusammenhang zu Auftrag, Beschluß oder Wahlamt kenntlich zu machen.
- (b) Bei Bewirtungskosten ist der Tag und die Veranlassung der Bewirtung sowie die Namen der teilnehmenden Personen auf dem Beleg gesondert auszuweisen. Es können nur maschinell erstellte und registrierte Belege anerkannt werden.

7. Genehmigung

Aufwendungen, die der vorherigen und gesonderten Genehmigung bedürfen, sind von der/dem Anspruchsberechtigten bei der hierzu zuständigen befugten Person (Schatzmeister/in oder Geschäftsführer/in) oder dem hierfür zuständigen Parteigremium (in der Regel Vorstand) zu beantragen und zu begründen. Die Genehmigung oder Ablehnung des Antrages ist zu protokollieren.

8. Abrechnung

Der/die Anspruchsberechtigte hat spätestens 3 Monate nach Entstehung der Aufwendung schriftlich durch Abrechnung seinen Anspruch geltend zu machen. Später geltend gemachte Ansprüche werden nur nach Nachweis besonderer Gründe der/des Anspruchsberechtigten erstattet.

9. Steuerlich begünstigter Verzicht auf die Erstattung zugunsten einer Spende an die Bundespartei und nachgeordnete Gliederungen

Der/die Anspruchsberechtigte kann auf die Erstattung der geltend gemachten Aufwendungen ganz oder teilweise zu Gunsten einer Spende an die Landespartei verzichten. Die Spende durch ganzen oder teilweisen Verzicht auf die Erstattung muss unter Nennung des Spenden- und ggf. Auszahlungsbetrages schriftlich auf der Abrechnung erklärt werden. Spenden (einschließlich Beiträge) an politische Parteien sind **insgesamt bis 20 % des Gesamtbetrags** der Einkünfte als **Sonderausgaben** absetzbar., und ermäßigen die Einkommenssteuer um die Hälfte des gespendeten Betrages. Beiträge und Spenden, die den Höchstbetrag übersteigen, können in das **Folgejahr** vorgetragen und dort im Rahmen des Höchstbetrages berücksichtigt werden. Dieser Spendenvortrag gilt zeitlich unbegrenzt.

Eine Kreismitgliederversammlung kann abweichend von dieser Erstattungsordnung für den Geltungsbereich des Kreisverbandes durch einfachen Beschluß die nach dieser Erstattungsordnung geltenden Höchstbeträge und Pauschbeträge vermindern, nicht aber erhöhen. Der Beschluß über die Festsetzung verminderter Höchst- und Pauschbeträge ist als Anlage zu dieser Erstattungsordnung im Geltungsbereich des Kreisverbandes bekannt zu geben. Der Landesverband ist hiervon in Kenntnis zu setzen.

11. Inkrafttreten

Diese Erstattungsordnung tritt mit der Verabschiedung durch den Bundesparteitag am 26.11.2017 in Kraft.

Antrag V1

Antragssteller: Achim Ruppel

Der Bundesparteitag am 26.11.2017 beschließt:

In Chats und Diskussionen im Netz sind ausschließlich Personen zugelassen, die sich mit mindestens einem richtigen Klarnamen angemeldet haben. Dies kann der Vorname mit Nachnamen sein, der Vorname oder der Nachname mit jeweiligen Kürzeln (des dann anderen Vor- oder Nachnamens) oder Vor- oder Nachnamen mit einem Bezugsbegriff (z.B. Ort, LV). Bei einem Vor- oder Nachnamen, der einmalig ist, kann dieser auch ohne Zusatz stehen. Parteimitglieder sind verpflichtet, ein Portrait ins Profil einzustellen. Phantasienamen und Avatare sind nicht zugelassen.

Begründung:

Die Teilnahme bei Demokratie in Bewegung kann nur dann transparent, offen, ehrlich und glaubwürdig sein, wenn die Beteiligten an Chats und Diskussionen mit ihren Klarnamen teilnehmen.

Antrag V2

Antragssteller: Drakon Mavromatis

Der Bundesparteitag möge beschließen:

In Zukunft sollen bei DEMOKRATIE IN BEWEGUNG die in der folgenden Graphik dargestellten Teilnahmearten unter den dargestellten Voraussetzungen bestehen.

Teilnahmeart Voraussetzung		Beweger (Beitrags- berechtigung/ Erstellung Initiativen)	Unterstützer Beweger (Ini-Einreichung u. Abstimmungs- berechtigung)	Fördermitglied (Ini- Abstimmungs- berechtigung)	Mitglied (Ini- u. Parteitag Mit- bestimmungs- berechtigung)	Ämter- und Mandate (Übernahme- berechtigung)	Anmerkungen
Registrierung MP-Plattform		•	•	•	•	•	Leseberechtigung
Verhaltenskodex Unterezeichnung		•	•	•	•	•	Beitragsberechtigung
DiB-Manifest Unterezeichnung		•	•	•	•	•	Initiativen -Erstellung
Registrierung Plenums-Plattform			•	•	•	•	Initiativen-Einreichungs- berechtigung
Mindest-Abstimmungen- Teilnahme bei 3/4 aller Initiativen			•	•	•	•	Initiativen-Abstimmungs- berechtigung
Ethik-Kodex Unterezeichnung				•	•	•	Parteitag-Mitbestimmungs- berechtigung
Datenschutzerklärung				•	•	•	Parteinterner Bereich
Förderbeitrag				•			> 10,- €
Mitgliedsbeitrag					•	•	> 10,- €
Zeitaufwand					•	•	> ca. 1 Stunde / Tag
1-jährige Mitgliedschaft						•	gültig ab 2019

Rechte, Pflichten und Aufgaben von Mitgliedern, Bewegern und User der DiB-Plattformen - Unterschiedliche Arten von Mitgliedschaft und Teilnahme

Antrag V3

Antragsstellerin: Sabine Sedlaczek

Der Bundesparteitag möge beschließen:

In allen Veröffentlichungen und offiziellen Dokumenten von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG wird in Zukunft zur Berücksichtigung aller Geschlechter bevorzugt das Gender-Sternchen (*) verwendet (z.B.: Beweger*innen).

Alle Mitglieder sind aufgefordert in ihren Texten, aber auch in ihrer gesprochenen Sprache auf gendersensible Sprache zu achten.

Für Veröffentlichungen und offizielle Dokumente gilt:

- Als bevorzugte Schreibweise ist das Gender-Sternchen (*) zu verwenden.
Beispiel: Beweger*innen
- Geschlechtsneutrale Formulierungen dürfen genutzt werden, wenn sie den Sinn nicht verfälschen.
Beispiel: Studierende
- Im Singular wird die einfachste Abtrennung mit dem Gender-Sternchen gewählt.
Beispiel: der*die Teilnehmer*in, ein*e Teilnehmer*in

Begründung:

Wir sind uns bei DiB einig, dass eine gendersensible Sprache wichtig ist. Dennoch haben wir bisher nur mit / (Beweger/innen) gegendert, was zwar die Sichtbarkeit von Frauen in der Sprache erhöht. Diese Art zu Gendern ignoriert jedoch, dass es nicht nur 2 Geschlechtsidentitäten gibt.

Das Gender-Sternchen macht sichtbar, dass es mehr als nur 2 Geschlechtsidentitäten gibt, und inkludiert somit alle Menschen, was für uns als Partei der Vielfalt selbstverständlich sein sollte.

Antrag V4

Antragsstellerinnen: Sandra Schlenzog, Alexandra Klöckner, Sabine Sedlaczek

Antrag auf Neuwahl des Bundesschiedsgerichts für die Partei DEMOKRATIE IN BEWEGUNG auf dem 3. Bundesparteitag am 26.11.17 in Karlsruhe

Begründung:

Auf dem Gründungsparteitag von DiB am 29.4.17 wurde in der Satzung beschlossen:

§8 Absatz 9

Die Amtszeit des auf dem Gründungsparteitag der Partei gewählten ersten Bundesvorstandes dauert ausnahmsweise nicht zwei Jahre, sondern lediglich bis spätestens zur konstituierenden Sitzung des im Herbst gewählten Bundestags. Diese Regelung gilt auch für die Landesvorstände.

Dieses wurde jedoch nicht für das Bundesschiedsgericht beschlossen.

Wir beantragen die Neuwahl des Bundesschiedsgerichtes aus 2 Gründen:

Punkt 1

Die Quotenregelung ist nicht eingehalten. Es sollte jetzt die Möglichkeit bestehen diesen Umstand durch Neuwahl zu heilen.

Punkt 2

Für die Neuwahl des Schiedsgerichts sprechen ähnliche Gründe wie für die Neuwahl des Bundesvorstands.

Änderungen in den
Satzungsdokumenten
nach Antrag A33
(„redaktionelle
Änderungen“)

Abstimmungsordnung für Initiativen

von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG

Beschlossen am 29. April 2017

Geändert am 27. August 2017

§ 1 Basisdemokratische Abstimmungen	1
§ 2 <u>Gründung von</u> Initiativen	1
§ 3 Voraussetzungen für eine <u>Diskussion</u> über eine Initiative	2
§ 4 Zugelassene Initiativen	3
§ 5 Abstimmung über eine Initiative	3
§ 6 Abgelehnte Initiativen	4
§ 7 Prüfung der Initiative	4
§ 8 Moderation <u>des Plenums</u>	4
§ 9 Kuratorium	5
§ 10 Änderung der Abstimmungsordnung	5

Gelöscht: Gründung

Gelöscht: Abstimmung

Gelöscht: der Abstimmungsplattform

§ 1 Basisdemokratische Abstimmungen

- (1) Ziel von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG ist die Einbindung von BewegterInnen und Mitgliedern in die Gestaltung von Lösungen, in die Gründung von Initiativen und in den Entscheidungsprozess, welche Initiativen in das Programm von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG aufgenommen werden. Um dies zu ermöglichen, werden Abstimmungen über die elektronische Abstimmungsplattform von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG ermöglicht, welche nachfolgend Plenum genannt wird.
- (2) An Initiativen und Abstimmungen teilnehmen dürfen ausschließlich Personen, die laut Satzung von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG BewegterIn oder Mitglied sind.
- (3) Das Starten von Initiativen oder Durchführen von Abstimmungen findet im Plenum statt.
- (4) Die Bereitstellung des Plenums sowie die Durchführung von Abstimmungen übernimmt der Vorstand der Bundespartei.

Gelöscht: "Demokratie in Bewegung"

Gelöscht: /

Gelöscht: Wahlprogramm

Gelöscht: "Demokratie in Bewegung"

Gelöscht: "Demokratie in Bewegung"

Gelöscht: Abstimmungsplattform

Gelöscht: "Demokratie in Bewegung"

Gelöscht: /

Gelöscht: s

Gelöscht: d

Gelöscht: auf der Abstimmungsplattform

Gelöscht: der Abstimmungsplattform

§ 2 Gründung von Initiativen

- (1) Eine Initiative kann von drei Personen gemeinsam eingereicht werden. Diese Personen sind die sogenannten InitiatorInnen für die Initiative. Eine Person darf für nicht mehr als drei gegründete Initiativen InitiatorIn sein, die noch nicht zur

Gelöscht: Gründung

Gelöscht: angemeldet

Gelöscht: Vertrauenspersonen

Gelöscht: Vertrauensperson

Gelöscht: Vertrauensperson

Abstimmung zugelassen sind. Die InitiatorInnen müssen beim Einreichen den Initiativen-Fragebogen ausfüllen sowie Mitglied oder BewegerIn von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG sein.

Wenn eine InitiatorIn nach Gründung als InitiatorIn zurücktritt oder auf Basis der Satzung ausgeschlossen wird, sind die beiden verbliebenen InitiatorInnen verpflichtet, eine neue InitiatorIn zu bestimmen. Wird nicht innerhalb von vier Wochen eine neue InitiatorIn bestimmt, wird die Initiative aufgelöst.

- (2) Damit mehrere Initiativen zu dem gleichen Gegenstand nicht zu Widersprüchen im Parteiprogramm führen, kann eine Initiative, die das gleiche Thema behandelt wie eine bereits gegründete Initiative, von dem Moderationsteam nach § 8 Absatz (4) als Alternativvorschlag zur Basisinitiative, als so genannte Varianten-Initiative zugelassen werden. Die Mehrheit der InitiatorInnen einer der beiden betroffenen Initiativen hat das Recht, die Entscheidung von einem Kuratorium prüfen zu lassen.

Varianten-Initiativen werden wie normale Initiativen behandelt, es sei denn, es wird nachfolgend etwas anderes festgelegt.

- (3) Die eingereichte Initiative wird vor der Veröffentlichung im Plenum auf Basis von § 7 von der Moderation geprüft.

- (4) Eine im Plenum veröffentlichte Initiative gilt mit der Veröffentlichung als gegründet.

§ 3 Voraussetzungen für eine Diskussion über eine Initiative

- (1) 2 Wochen nach Gründung wird eine Initiative zur Diskussion gestellt, wenn sie das Quorum an abstimmungsberechtigten Personen unter § 3 Absatz (3) erreicht. Sollte eine Initiative nach 6 Monaten das Quorum nicht erreicht haben, gilt sie als abgelehnt und wird archiviert.

- (2) Die Frist für Varianten-Initiativen kann sich verkürzen. Die Frist für das Erreichen des Quorums endet für die Varianten-Initiative automatisch sieben Tage nachdem die Basisinitiative nach § 4 zugelassen worden ist.

- (3) Am ersten eines Monats wird die Anzahl der abstimmungsberechtigten Personen festgestellt. Das zu erreichende Quorum bezieht sich immer auf die Anzahl der abstimmungsberechtigten Personen am ersten des aktuellen Monats und kann sich dadurch für gegründete Initiativen ändern. Das Quorum für die Zulassung einer gegründeten Initiative zur Diskussion ist:

- Bis 99 Abstimmungsberechtigten 10 Personen
- ab 100 bis 299 Abstimmungsberechtigten 15 Personen
- ab 300 bis 599 Abstimmungsberechtigten 20 Personen
- ab 600 bis 999 Abstimmungsberechtigten 30 Personen
- ab 1000 bis 1999 Abstimmungsberechtigten 35 Personen
- ab 2000 bis 4999 Abstimmungsberechtigten 50 Personen
- ab 5000 Abstimmungsberechtigten 1% der Abstimmungsberechtigten

Wenn das Quorum erreicht wurde, ist dies im Plenum bekannt zu machen und den InitiatorInnen schriftlich per Brief oder per E-Mail mitzuteilen.

Gelöscht: Vertrauenspersonen

Gelöscht: ausgefüllten

Gelöscht:

Gelöscht: ihren Namen und Anschrift angeben und

Gelöscht: Unterstützer

Gelöscht: "Demokratie in Bewegung"

Gelöscht: Vertrauensperson

Gelöscht: Vertrauensperson

Gelöscht: Vertrauenspersonen

Gelöscht: Vertrauensperson

Gelöscht: Vertrauensperson

Gelöscht: Vertrauensperson

Gelöscht: Vertrauensleute

Gelöscht: auf der Abstimmungsplattform

Gelöscht: Abstimmung

Gelöscht: kann

Gelöscht: eingereichte

Gelöscht: Abstimmung über die Aufnahme in das Wahlprogramm

Gelöscht: werden

Gelöscht: Für Initiativen, die bis zum 14.08.2017 gegründet sind, verkürzt sich die Mindestdauer von der Gründung bis zur Zulassung auf 1 Woche.

Gelöscht: A

Gelöscht: Abstimmung

Gelöscht: auf der Abstimmungsplattform

Gelöscht: Vertrauenspersonen

§ 4 Zugelassene Initiativen

- (1) An dem Tag, an dem die Voraussetzungen unter § 3 erfüllt wurden, gilt eine Initiative als zur Diskussion zugelassen.
- (2) Mit dem Tag der Zulassung zur Diskussion beginnt eine dreiwöchige Diskussionsphase.
- (3) Die Diskussionsphase für eine Varianten-Initiative verkürzt sich um die Anzahl der Tage, die sie später zugelassen wird. Eine Varianten-Initiative, die vor der Basisinitiative zugelassen wird, ruht bis zu dem Tag, an dem die Basisinitiative zugelassen wird.
- (4) Die Zulassung einer Varianten-Initiative bleibt auch bestehen, wenn die Basisinitiative die Zulassung nicht erhält. Mit dem Tag der Feststellung, dass die Basisinitiative nicht zugelassen wird, beginnt für die Varianten-Initiative die Diskussionsphase.
- (5) Wenn mehr als zwei Varianten-Initiativen zusätzlich zur Basisinitiative das Quorum erreichen, werden die zwei Varianten-Initiativen zur Diskussion zugelassen, für die in dem Zeitraum nach § 3 die meisten Abstimmungsberechtigten eine Diskussion gewünscht haben. Wird die Basisinitiative nicht zugelassen, können drei Varianten-Initiativen ermittelt und zur Diskussion zugelassen werden.
- (6) Nach Abschluss der Diskussionsphase folgt eine zweiwöchige Überarbeitungsphase, in der die InitiatorInnen die Möglichkeit haben, den Text für die Abstimmung anzupassen. Spätestens zwei Wochen nach der Diskussionsphase muss der finale Text für die Abstimmung eingereicht werden. Der Text für die Abstimmung muss eine abstimmbare Aussage enthalten. Im Falle einer Überarbeitung dürfen der ursprüngliche Grundcharakter, die Vereinbarkeit mit den Grundwerten und die Zielsetzung des Anliegens nicht verändert werden. Hierüber entscheidet das Moderationsteam auf Basis des § 7.
- (7) Eine Initiative kann, wenn die Mehrheit der InitiatorInnen dies ausdrücklich wünscht, bis zum letzten Tag der Diskussionsphase aufgelöst werden. Wird eine Basisinitiative aufgelöst, sind die Varianten-Initiativen trotzdem zur Abstimmung zu stellen.

Gelöscht: Abstimmung

Gelöscht: Abstimmung

Gelöscht: -

Für Initiativen, die bis zum 20.08.2017 zugelassen wurden, verkürzt sich die Diskussionsphase auf zwei Wochen.

Gelöscht: n,

Gelöscht: Abstimmung

Gelöscht: Abstimmung

Gelöscht: Abstimmung

Gelöscht: Vertrauenspersonen

Gelöscht: -

Für Initiativen, die bis zum 20.08.2017 zugelassen wurden, verkürzt sich die Überarbeitungsphase auf eine Woche. -

Gelöscht: Vertrauenspersonen

Gelöscht: en

§ 5 Abstimmung über eine Initiative

- (1) Zwei Wochen nach der Diskussionsphase beginnt mit der Veröffentlichung des Textes, der zur Abstimmung gestellt wird, eine dreiwöchige Abstimmungsphase. Während der gesamten Phase ist die Teilnahme an der Abstimmung möglich.
- (2) Varianten-Initiativen sind zeitgleich mit der Basisinitiative zu veröffentlichen und zur Abstimmung zu stellen.
- (3) Die Abstimmenden kennzeichnen, ob sie dem Gegenstand der Initiative zustimmen, mit "Ja", "Enthaltung" oder "Nein".
- (4) Wenn eine Abstimmung die Wahl zwischen zwei oder drei Vorschlägen von Initiativen zum gleichen Gegenstand ermöglicht, gilt der Vorschlag als angenommen, der mehr Ja- als Nein-Stimmen und gleichzeitig die meisten Ja-Stimmen erhalten

Gelöscht: -

Für Initiativen, die bis zum 20.08.2017 zugelassen wurden, verkürzt sich die Abstimmungsphase auf eine Woche. -

hat. Ist die Zahl der gültigen Ja-Stimmen für mehrere Vorschläge gleich, so ist aus diesen der Vorschlag angenommen, der nach Abzug der auf ihn entfallenden Nein-Stimmen die größte Zahl der Ja-Stimmen auf sich vereinigt. Ist die Zahl der gültigen Ja-Stimmen nach Abzug der Nein-Stimmen gleich, wird die Abstimmung wiederholt.

- (5) Nach der Veröffentlichung des Abstimmungstexts und dem Beginn der Abstimmungsphase ist es nicht mehr möglich die Initiative aufzulösen oder den zur Abstimmung gestellten Text zu verändern.
- (6) Nachdem eine Initiative angenommen worden ist, entscheiden die Mitglieder von **DEMOKRATIE IN BEWEGUNG** in einer weiteren Abstimmung, ob der Gegenstand der Initiative in das **Programm** aufgenommen wird.

Gelöscht: Demokratie in Bewegung

Gelöscht: Wahlprogramm

§ 6 Abgelehnte Initiativen

- (1) Die Forderung einer Initiative, die abgelehnt worden ist, darf für 6 Monate nicht mehr Gegenstand einer Initiative sein.

Gelöscht: von der Mehrheit der an der Abstimmung Teilnehmenden

§ 7 Prüfung der Initiative

- (1) Der Inhalt der Initiative muss den Werten von **DEMOKRATIE IN BEWEGUNG** entsprechen. Die Moderation **des Plenums** prüft, ob der Inhalt der Initiative den Werten entspricht.
- (2) Wenn die Moderation zu dem Schluss kommt, dass die Initiative den Werten von **DEMOKRATIE IN BEWEGUNG** widerspricht, hat sie das Recht, die Gründung oder die Abstimmung **im Plenum** zu verweigern. Dies ist den **InitiatorInnen** schriftlich per Brief oder per E-Mail mitzuteilen und zu begründen.
- (3) Wenn die Mehrheit der **InitiatorInnen** dies wünscht, kann die Entscheidung dem Kuratorium nach § 9 zur Prüfung vorgelegt werden.
- (4) Wenn das Kuratorium zu der Entscheidung kommt, dass der Text der Initiative oder der Abstimmungstext den Werten von **DEMOKRATIE IN BEWEGUNG** widerspricht, hat **es** das Recht, die Zulassung zur Gründung oder zur Abstimmung zu verweigern. Wenn das Kuratorium zu der Entscheidung kommt, dass die Initiative nicht den Werten von **DEMOKRATIE IN BEWEGUNG** widerspricht, kann das Kuratorium die Entscheidung der Moderation aufheben und die Initiative zur Gründung oder zur Abstimmung zulassen. Die Entscheidung ist den **InitiatorInnen** schriftlich per Brief oder per E-Mail mitzuteilen. Die Entscheidung des Kuratoriums ist bindend.
- (5) Wird die Gründung einer Initiative oder die Zulassung zur Abstimmung vom Kuratorium abgelehnt, ist es den **InitiatorInnen** für sechs Monate untersagt, eine neue Initiative **einzureichen**.

Gelöscht: "Demokratie in Bewegung"

Gelöscht: der Abstimmungsplattform

Gelöscht: "Demokratie in Bewegung"

Gelöscht: auf der Abstimmungsplattform von "Demokratie in Bewegung"

Gelöscht: Vertrauenspersonen

Gelöscht: Vertrauenspersonen

Gelöscht: "Demokratie in Bewegung"

Gelöscht: sie

Gelöscht: "Demokratie in Bewegung"

Gelöscht: zu

Gelöscht: Vertrauenspersonen

Gelöscht: Vertrauenspersonen

Gelöscht: anzumelden.

§ 8 Moderation **des Plenums**

Gelöscht: der Abstimmungsplattform

- (1) Zur Betreuung **des Plenums** gibt es ein Moderationsteam, das vom Bundesvorstand bestimmt wird.

Gelöscht: der Plattform

- (2) Das Moderationsteam stellt sicher, dass **im Plenum** ein respektvoller Umgang gewahrt bleibt und der Meinungsaustausch nicht gestört wird. Verstößt eine

Gelöscht: auf der Abstimmungsplattform

TeilnehmerIn gegen den Verhaltens-Kodex, der vom Bundesvorstand festgelegt wird, ist das Moderationsteam berechtigt, eine Verwarnung auszusprechen.

Gelöscht: die

Wird eine TeilnehmerIn dreimal verwarnt, wird sie für die weitere Teilnahme am Plenum ausgeschlossen. Ausgenommen hiervon ist das Recht sich an Abstimmungen zu beteiligen, welches weiter bestehen bleibt. Die TeilnehmerIn, die ausgeschlossen wird, kann eine Prüfung durch das Kuratorium verlangen.

Gelöscht: an der Abstimmungsplattform

- (3) Das Moderationsteam prüft Initiativen vor der Gründung und nochmals vor der Abstimmung, auf die Vereinbarkeit mit den Werten von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG. Kommt das Moderationsteam zu dem Schluss, dass die Initiative gegen die Werte von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG verstößt, ist es berechtigt, die Zulassung abzulehnen.

Gelöscht: eingereichte

Gelöscht: zur Gründung oder zur

Gelöscht: ,

- (4) Beim Einreichen der Initiative überprüft das Moderationsteam, ob es zu dem Thema schon eine Initiative gibt. Wenn dies der Fall ist, kann das Moderationsteam entscheiden, dass die Initiative als Varianten-Initiative gegründet wird.

§ 9 Kuratorium

- (1) Das Kuratorium besteht aus 100 BewegerInnen, die per Los ausgewählt werden. Dem Kuratorium wird die Möglichkeit gegeben im Plenum in einem geschützten Bereich über den Vorgang, für den sie ausgewählt wurden, abzustimmen.

Gelöscht: Unterstützern

Gelöscht: auf der Abstimmungsplattform

- (2) Die Entscheidungen des Kuratoriums sind bindend.

§ 10 Änderung der Abstimmungsordnung

- (1) Die Abstimmungsordnung kann mit einer $\frac{2}{3}$ -Mehrheit der abstimmenden Mitglieder geändert werden.

Ethik-Kodex

von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG
Beschluss am 29. April 2017

Die Mitgliedschaft bei DEMOKRATIE IN BEWEGUNG geht einher mit einem ethischen Bekenntnis zu den zentralen Werten der Partei, das von allen Personen abzugeben ist, die Mitglied bei DEMOKRATIE IN BEWEGUNG werden wollen.

Gelöscht: ordentliches

Wir streben an, die Politik wieder in den Dienst der Menschen zu stellen. Unsere unveräußerlichen Grundwerte sind: Gerechtigkeit, Demokratie, Mitbestimmung und Transparenz, Weltoffenheit und Vielfalt sowie Zukunftsorientierung und Nachhaltigkeit.

Als Mitglied von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG gehe ich die Verpflichtung ein,

1. dafür zu sorgen, dass die Beteiligung stets ungezwungen und freiwillig erfolgt und allen Personen gleichermaßen offen steht - unabhängig von Geschlecht, sexueller Ausrichtung, Hautfarbe, Herkunft, Vermögen, Religionszugehörigkeit, Behinderung, etc. - die sich ebenfalls zu den zentralen Werten von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG bekennen.
2. zu fordern und zu respektieren, dass jede vor oder nach den Wahlen mit irgendeiner anderen politischen Gruppierung getroffene Absprache demokratisch legitimiert werden muss, indem auf der jeweiligen territorialen Vertretungsebene eine Abstimmung unter den jeweiligen Mitgliedern und Beweger*innen von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG stattfindet.
3. zu fordern und zu respektieren, dass soweit mit ihrem Gewissen vereinbar, sich alle gewählten Amtsträger/innen bei Entscheidungen und Abstimmungen als Fürsprecher/innen dem offenen und demokratischen Prozess der Teilhabe unter den Beweger/innen von Demokratie in BEWEGUNG unterordnen,
4. die Partei als eine Plattform zu errichten, mit der gewährleistet wird, dass Politik nicht mehr im Dienst privater Interessen steht, weshalb alle gewählten Mandatsträger/innen im Europaparlament, dem Bundestag und den Landtagen und bezahlte interne Funktionsträger/innen in Vollzeit Folgendes akzeptieren:
 - a. die Verpflichtung, die Ausübung des Amtes oder Mandates in den Mittelpunkt der eigenen Tätigkeit zu stellen.
 - b. die Verpflichtung, alle Nebeneinkünfte in ihrer exakten Höhe offenzulegen.
 - c. die Verpflichtung, während der Ausübung des Amtes oder Mandates keinerlei entgeltliche Nebentätigkeiten auszuüben bzw. solche, die vor Antritt des Amtes oder Mandates bestanden, innerhalb einer Frist von drei Monaten zu beenden bzw. für die Zeit der Amts- oder Mandatsausübung ruhen zu lassen

Gelöscht: der

Gelöscht: einzelnen

Gelöscht: Unterstützer

Gelöscht: Unterstütz

- d. die Verpflichtung zu Transparenz und Rechenschaftspflicht während ihrer Tätigkeit als Vertreter/in; dies bedeutet konkret
- i. eine Verpflichtung zur Offenlegung aller Kontakte mit Lobbyist*innen (d.h. Personen, die von Verbänden, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen direkt, z.B. als Vorstände, Geschäftsführende oder Mitarbeiter/innen oder indirekt, z.B. über Agenturen oder Kanzleien, mit der Ansprache von politischen EntscheidungsträgerInnen beauftragt sind) mit Nennung der Personen, Organisation, des Themas und Datums
 - ii. eine Verpflichtung zur Offenlegung aller Dienstreisen unter Angaben des Grundes der Reise, auf wessen Einladung die Reise erfolgt, wer die Kosten trägt und ob die Dienstreise mit einer privaten Reise verbunden ist.
- e. die Verpflichtung, in den drei Jahren nach Beendigung der Aufgabe als Vertreter/in keinerlei entgeltliche Tätigkeit in Unternehmen, Verbänden oder anderen Organisationsformen der Interessenvertretung zu übernehmen, die zu einem erheblichen Teil aus Lobbyarbeit besteht.
- f. die Verpflichtung, als Abgeordnete keinerlei Geldspenden anzunehmen bzw. diese an die zuständige Parteiorganisation weiterzuleiten. Geldwerte Leistungen müssen ab einem Wert von 500 Euro ebenfalls über die Partei abgewickelt werden.
- g. die Verpflichtung zu einer zeitlichen Befristung von zwei Legislaturperioden (bei Mandaten) bzw. acht Jahren (bei internen Funktionen), die in Ausnahmefällen bis zu einer Höchstdauer von drei Legislaturperioden (bei Mandaten) bzw. 12 Jahren (bei internen Funktionen) verlängert werden kann. Eine Ausnahme muss von der betreffenden Person bei den Mitgliedern beantragt werden und ist zugelassen, wenn mindestens 60% der Mitglieder der jeweiligen Untergliederung (z.B. Wahlkreis) in einer Befragung der Verlängerung zustimmen.
- h. die Verpflichtung die Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen, an denen das Mitglied der Partei oder seine Angehörigen irgendein finanzielles Interesse haben könnten, auszuschließen.
5. Darüber hinaus müssen alle Personen, die von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG in ein bestimmtes Amt in gleich welchem Organ der öffentlichen Verwaltung entsandt werden, folgendes akzeptieren:
- a. angesichts der mit dem öffentlichen Amt eingehenden Verantwortung dafür zu sorgen, dass die Inanspruchnahme jeglicher Art von Sonderrechten vermieden wird, außer sie sind für die Ausübung des Amtes notwendig.

Gelöscht: fall

Gelöscht: liegt vor

- b. keine überflüssigen Ausgaben aus öffentlichen Mitteln zu tätigen, Reise- und Unterkunftskosten möglichst gering zu halten und möglichst umweltschonend zu reisen. Wird wegen Reise, Unterkunft oder Verpflegung eine Aufwandsentschädigung benötigt, so darf diese nicht höher sein als der für Beamte oder sonstige Bedienstete gesetzlich festgelegte Satz bzw. bei öffentlichen Unternehmen und gleichgestellten Einrichtungen nicht höher als der Satz, der den dortigen Mitarbeitern gemäß Tarifvertrag zusteht.
- c. sich bei der Erfüllung ihres Auftrags zu bemühen um eine Beteiligung ihrer Mitarbeiter, ihre Befähigung zur aktiven Mitgestaltung und um Verbesserungen in der öffentlichen Einrichtung, für die sie zuständig sind, indem sie die Übernahme von Verantwortung fördern und den ihnen unterstellten Bediensteten für die erfolgreiche Erledigung ihrer Aufgaben öffentlich Anerkennung zollen. Sie verpflichten sich, die Leistungen der ihnen unterstellten Bediensteten in objektiver Weise zu beurteilen, jede Form der Diskriminierung zu bekämpfen und Mobbing am Arbeitsplatz zu verfolgen. Sie bemühen sich um eine Verbesserung des Arbeitsklimas, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und um ein umweltbewusstes Verhalten.
- d. sich um eine Kultur der Verbesserungen in einer öffentlichen Verwaltung, die im Dienst der Bürger steht, zu bemühen, den Auftrag der Einrichtung, für die sie verantwortlich sind, an den vorgesehenen Plänen und Programmen auszurichten und zu seiner Erfüllung ethische und demokratische Werte zu verbreiten, wobei sie allen Hinweisen oder Anzeichen von Betrug oder Korruption konsequent nachgehen.
- e. in den in ihrer Verantwortung liegenden Arbeitsbereichen ein Verwaltungsklima und eine Verwaltungskultur der Transparenz, der Rechenschaftspflicht und der offenen Tür für die Bürger/innen zu schaffen bzw. zu ermöglichen und dabei autoritären und undemokratischen Verhaltensweisen entgegenzutreten.

Ich bekenne mich aus freien Stücken zu dieser Verpflichtung, habe jeden einzelnen der hier aufgeführten Punkte verstanden und trete für sie ein als beste Gewähr für den Aufbau einer gerechteren Gesellschaft.

Ich erkenne an, dass Verstöße gegen diesen Ethikkodex als parteischädigendes Verhalten und damit als Ausschlussgründe aus DEMOKRATIE IN BEWEGUNG gewertet werden.

Finanzordnung von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG

Beschlossen am 29. April 2017

Geändert am 27. August 2017

§ 1 Zuständigkeit	1
§ 2 Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes	1
§ 3 Rechenschaftsbericht der Landesverbände	2
§ 4 Höhe Mitgliedsbeitrag	2
§ 5 Mandatsträgerbeitragsverpflichtung	2
§ 6 Aufteilung des Mitgliedsbeitrags auf Bundes- und Landesorganisationen	2
§ 7 Beitragsabführung	3
§ 8 Vereinnahmung von Spenden	3
§ 9 Veröffentlichung von Spenden	3
§ 10 Aufteilung	3
§ 11 Strafvorschrift	3
§ 12 Staatliche Teilfinanzierung	4
§ 13 Haushaltsplan	4
§ 14 Zuordnung des Etats	4
§ 15 Überschreitung	4
§ 16 Erstattungsordnung	4
§ 17 Inkrafttreten	4

Gelöscht: -

§ 1 Zuständigkeit

Dem/der Schatzmeister/in obliegen die Verwaltung der Finanzen und die Führung der Bücher.

§ 2 Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes

Der/die Bundesschatzmeister/in sorgt für die fristgerechte Vorlage des Rechenschaftsberichts gemäß dem fünften Abschnitt des Parteiengesetzes bei dem/der Präsident/in des Deutschen Bundestages. Zu diesem Zweck legen die Schatzmeister/innen der Landesverbände bis spätestens zum 31. Mai eines jeden Jahres ihre Rechenschaftsberichte vor.

Gelöscht: sechs

Gelöscht: e

§ 3 Rechenschaftsbericht der Landesverbände

Die Gebietsverbände legen ihren Landesverbänden jährlich bis zum 31. März Rechenschaft über ihr Vermögen, ihre Einnahmen und ihre Ausgaben nach Maßgabe der Bestimmungen des § 24 Parteiengesetz ab.

§ 4 Höhe Mitgliedsbeitrag

- (1) Der Mitgliedsbeitrag beträgt 10,00 € pro Monat. Auf freiwilliger Basis werden Mitglieder zusätzlich gebeten, einen Beitrag in Höhe von 1% des Nettoverdienstes pro Monat zu leisten.
- (2) Die Mitgliedsbeiträge können monatlich, quartalsweise, halbjährlich oder jährlich gezahlt werden.
- (3) Personen, die diesen Betrag aus finanziellen Gründen bspw. aufgrund von Arbeitslosigkeit oder Erstausbildung (Schule/Lehre/Studium) nicht leisten können, können einen reduzierten Mitgliedsbeitrag von mindestens 3,00 € pro Monat beantragen. Der Antrag kann formlos beim Bundesvorstand, vertreten durch die Geschäftsstelle, gestellt werden (z. B. per E-Mail). Der Antrag muss die Höhe des gewünschten Mitgliedsbeitrags enthalten und einen einfachen Nachweis über die Notwendigkeit (z. B. Immatrikulationsbescheinigung einer Hochschule für Studierende oder Schreiben vom Amt bei Hartz-IV-Empfänger/innen). Nach einem Jahr erhöht sich der Mitgliedsbeitrag auf 10,00 € pro Monat, wenn kein neuer Antrag auf Reduzierung des Beitrags gestellt wird. Der reduzierte Mitgliedsbeitrag wird grundsätzlich monatlich abgebucht.
- (4) Bei Eintritt im Laufe eines Jahres ist der anteilige Jahresmitgliedsbeitrag pro Monat zu berechnen. Die Berechnung erfolgt monatsgenau, beginnend mit dem Monat, in dem der Eintritt stattfindet.
- (5) Bereits gezahlte Beiträge werden im Falle eines Parteiaustritts nicht erstattet.
- (6) Der Mitgliedsbeitrag und Förderbeiträge von Beweger/Innen sind an die Bundespartei zu entrichten.
- (7) Der/die Bundesschatzmeister/in erarbeitet Änderungsvorschläge zur Höhe des Mitgliedsbeitrages.

Gelöscht: Ein

§ 5 Mandatsträgerbeitragsverpflichtung

Mandatsträger/innen sind verpflichtet, über den Mitgliedsbeitrag hinaus einen Mandatsträgerbeitrag in Höhe von monatlich 5% der Abgeordnetenentschädigung zu leisten.

§ 6 Aufteilung des Mitgliedsbeitrags auf Bundes- und Landesorganisationen

- (1) Die Bundespartei erhält alle Mitgliedsbeiträge und sonstigen finanziellen und dinglichen Einnahmen.
- (2) Soweit ein Landesverband besteht, erhält dieser 50% des Mitgliedsbeitrags.
- (3) Die Aufteilung innerhalb eines Landesverbands wird von diesem selbst geregelt.

Gelöscht: -

Gelöscht: (

- (4) Die verpflichtenden Mandatsträgerbeiträge sind an die Bundespartei zu entrichten. 50% gehen an den Landesverband, in dem der/die Mandatsträger/in geführt wird.

§ 7 Beitragsabführung

Die den Landesverbänden zustehenden Beitragsanteile der eingehenden Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge sind quartalsweise abzuführen.

§ 8 Vereinnahmung von Spenden

- (1) Die Bundespartei und die Landesverbände sind berechtigt, Spenden von natürlichen Personen anzunehmen. Ausgenommen sind Spenden, die nach § 25 Parteiengesetz unzulässig sind. Können unzulässige Spenden nicht zurückgegeben werden, sind diese über die Landesverbände und die Bundesebene unverzüglich an den/die Präsident/in des Deutschen Bundestages weiterzuleiten. Eine Spende kann auch durch den Verzicht auf Ersatz von Auslagen geleistet werden. Dies ist auf der Auslagenabrechnung zu vermerken.
- (2) Die Annahme von Spenden und geldwerten Leistungen oder Vorteilen von juristischen n Personen ist nicht gestattet.
- (3) Erbschaften und Vermächnisse werden ohne Begrenzung angenommen.
- (4) Eine Spendenbescheinigung wird von der Bundespartei ausgestellt.

Gelöscht: im Sinne von

Gelöscht: gruppen

Gelöscht: e

Gelöscht: durch

§ 9 Veröffentlichung von Spenden

- (1) Spenden derselben Person an einen oder mehrere Gebietsverbände, deren Gesamtwert 10.000 Euro in einem Geschäftsjahr übersteigt, sind im öffentlich zugänglichen Rechenschaftsbericht der Parteigliederung, die sie vereinnahmt hat, unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders bzw. der Spenderin zu verzeichnen.
- (2) Alle Einzelspenden über 1.000 € werden unverzüglich unter Angabe von Spendernamen, Summe und ggf. Verwendungszweck veröffentlicht.

Gelöscht: pro Jahr

§ 10 Aufteilung

- (1) Spenden werden entsprechend den Beiträgen zu je 50% auf Bund und Land aufgeteilt, sofern eine Zweckbindung nichts anderes vorschreibt.
- (2) Ist eine Zuordnung der spendenden Person zu einem Landesverband nicht möglich, gehen 50% an den Bund und 50% werden zu gleichen Teilen auf die Landesverbände umgelegt.
- (3) Die Aufteilung innerhalb eines Landesverbands wird von diesem selbst geregelt.

§ 11 Strafvorschrift

Hat ein Gebietsverband unzulässige Spenden vereinnahmt, ohne sie gemäß § 10 an die/den Präsident/in des Deutschen Bundestages weiterzuleiten, oder erlangte Spenden nach § 11 nicht im Rechenschaftsbericht veröffentlicht, so verliert er gemäß § 31a Parteiengesetz den ihm nach der jeweiligen Beschlusslage zustehenden

Gelöscht: e

Anspruch auf staatliche Teilfinanzierung in Höhe des zweifachen der rechtswidrig erlangten oder nicht veröffentlichten Spenden.

§ 12 Staatliche Teilfinanzierung

- (1) Der/die Bundesschatzmeister/in beantragt jährlich zum 31. Januar für die Bundesebene und die Landesverbände die Auszahlung der staatlichen Mittel.
- (2) Über die Verteilung der staatlichen Mittel entscheidet der Bundesvorstand in Abstimmung mit den Schatzmeister/innen der Landesverbände.

§ 13 Haushaltsplan

- (1) Der/die Schatzmeister/in stellt jedes Kalenderjahr vorab einen Haushaltsplan auf, der vom Vorstand beschlossen wird. Ist es absehbar, dass der Haushaltsansatz nicht ausreicht, hat der/die Schatzmeister/in unverzüglich einen Nachtragshaushalt einzubringen.
- (2) Der/die Schatzmeister/in ist bis zu dessen Verabschiedung an die Grundsätze einer vorläufigen Haushaltsführung gebunden.

§ 14 Zuordnung des Haushalts

Eine Ausgabe, die beschlossen ist, muss durch einen entsprechenden Haushaltstitel auch möglich sein. Beschlüsse, die mit finanziellen Auswirkungen verbunden sind und für deren Deckung kein entsprechender Haushaltstitel vorgesehen ist, sind nur über die Umwidmung von anderen Haushaltstiteln auszuführen.

Gelöscht: Etats

Gelöscht: Etat

Gelöscht: Etat-Titel

Gelöscht: Etatposten

§ 15 Überschreitung

Wird der genehmigte Haushalt nicht eingehalten, dann muss der Haushalt des Folgejahres durch Veranschlagung oder über eine Haushaltssperre um denselben Betrag bei den Ausgaben reduziert werden.

Gelöscht: Etat

§ 16 Erstattungsordnung

Der Bundesparteitag kann eine Erstattungsordnung für die Abrechnung von Auslagen beschließen; diese ist als Anhang an die Finanzordnung zu formulieren und wird Teil der Finanzordnung. Die Erstattungsordnung wird jedem Mitglied mit dem Blankoformular zur Abrechnung von Auslagen ausgehändigt. Die Erstattungsordnung muss dem Steuerrecht genügen.

Gelöscht: § 17 Inkrafttreten¶

¶ Diese Finanzordnung tritt durch Beschluss der Gründungsversammlung der Partei am 29. April 2017 in Kraft..

Grundsatzprogramm von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG

Beschlossen am 29. April 2017

Präambel

Vieles wird in unserer Gesellschaft neu gedacht: wie wir uns fortbewegen, wie wir arbeiten, wie wir konsumieren. Aber wir müssen auch Mitbestimmung neu denken. DEMOKRATIE IN BEWEGUNG ist Demokratie zum Mitmachen: ein runderneueres System von Mitbestimmung und Transparenz in der Politik.

Viele Menschen haben ihr Vertrauen in die Parteien verloren: Politische Entscheidungen sind schwer nachvollziehbar. Politiker/innen sichern vor allem ihre eigene Macht. Vorsitzende fühlen sich nicht ihrer Basis verpflichtet. Parteien räumen Lobbyist/innen von Konzernen, Banken und Vermögenden zu viel Einfluss ein. Die reichsten zehn Prozent des Landes verfügen über 60 Prozent des Vermögens. Ein Drittel der Bevölkerung hat gar kein Vermögen oder ist sogar verschuldet. Reiche werden reicher, Arme ärmer und die Mitte ist verunsichert.

Den meisten Menschen scheint die Fantasie abhandengekommen zu sein, dass es auch anders geht. Doch das tut es! Unsere neue, echt demokratische Struktur garantiert, dass alle bei DEMOKRATIE IN BEWEGUNG mitbestimmen und entscheiden können, was in den Parlamenten bindend umgesetzt werden soll.

Als Partei setzen wir uns für einen demokratischen Neuanfang, Mitbestimmung und Transparenz in der Politik ein, damit wir alle gemeinsam eine gerechte, vielfältige und zukunftsgerichtete Gesellschaft gestalten können.

Wir treten ein für die Durchsetzung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in allen Bereichen unserer Gesellschaft, den Schutz von Minderheiten, den Schutz von Natur und Umwelt, die Förderung von Bildung, Wissenschaft und Kultur, die soziale Verantwortung sowie die Bewahrung von Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Freiheit. DEMOKRATIE IN BEWEGUNG bekennt sich entschieden zur Gewaltenteilung, einer unabhängigen Justiz und der Pressefreiheit.

Wir verpflichten uns der Förderung von Gleichberechtigung sowohl in der Gesellschaft als auch innerhalb von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG. Dazu treten wir jeder Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus, Behindertenfeindlichkeit und Ausgrenzung aufgrund der Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung entgegen.

Damit die Europäische Union eine starke Akteurin für Frieden und Gerechtigkeit in Europa und der Welt sein kann, setzen wir uns für eine Demokratisierung ihrer Institutionen ein. Maßgebend ist für uns das Prinzip der Subsidiarität: Gestaltungsmöglichkeiten der lokalen und regionalen Ebenen müssen gesichert und ausgebaut werden – eingebettet in einen starken und verbindlichen europäischen Rahmen.

Gelöscht:

Gelöscht: der

Gelöscht: der

Gelöscht: die

Gelöscht: r

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG ist eine offene Organisation für alle Menschen, die sich ihren Werten und Zielen verpflichtet fühlen. Sie sind eingeladen, sich an der Entwicklung des Programms zu beteiligen. Innerparteiliche Demokratie und Mitbestimmung sind fest in der Struktur von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG verankert. Die Unabhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen wird gewährleistet, indem sich alle Mitglieder einem Ethik-Kodex unterwerfen.

Unsere Grundwerte

Bei DEMOKRATIE IN BEWEGUNG eint uns das Streben nach . . .

. . . **Demokratie, Mitbestimmung und Transparenz:** Vom häufig vorherrschenden Eindruck „der Staat, das sind die da oben“ wollen wir zu einem Verständnis von „der Staat, das sind wir alle zusammen“ kommen. Dazu öffnen wir das politische System und begeistern möglichst viele und unterschiedliche Menschen dafür mitzumachen. Prozesse und Entscheidungen sollen für jedermann einsehbar und nachvollziehbar sein; den Einfluss von Lobbyist/innen werden wir sichtbar machen und deutlich einschränken.

. . . **Gerechtigkeit in sozialen, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen:** Ein freies und selbstbestimmtes Leben für ALLE erreichen wir nur in einer solidarischen und gerechten Gemeinschaft. Ob arm oder reich: Jeder Mensch verdient die gleiche Chance auf gesellschaftliche Teilhabe und ein würdevolles, gesundes Leben ohne existenzielle Ängste. Die soziale Ungleichheit muss ins Zentrum der politischen Agenda. Und mit ihr die ökonomischen, ökologischen und kulturellen Ungerechtigkeiten. Sie verursachen die allermeisten Probleme unserer Zeit. Solange wir der Ungerechtigkeit nicht an die – ökonomische – Wurzel gehen, diskutieren wir nur über die Linderung der Symptome und die Schwächsten müssen als Sündenböcke dafür bezahlen.

. . . **Weltoffenheit und Vielfalt:** Wir verstehen uns als Gegenentwurf zu erstarkendem Nationalismus und Rechtspopulismus. Die Freiheit verschieden sein zu können ist ein kostbares demokratisches Gut. Daher ist eine vielfältige Gesellschaft für uns nicht nur selbstverständlicher Status quo, sondern unabdingbar für eine gute Zukunft. Auch als Partei fördern wir Vielfalt aktiv, durch Quoten und aktive Ansprache, um eine Repräsentanz aller Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten. Anstatt Deutschland abzuschotten, engagieren wir uns für eine starke, demokratische EU und eine weltweit menschengerechte Migrations- und Entwicklungspolitik.

. . . **Zukunftsorientierung und Nachhaltigkeit:** Schuldenkrise, Digitalisierung aller Lebensbereiche, Klimawandel und weltweite Migrationsbewegungen: In den nächsten Jahren und Jahrzehnten kommen große Umbrüche und Herausforderungen auf uns zu. Gerade deshalb brauchen wir wieder Visionen in der Politik und müssen zukunftsgerichtet und konstruktiv an neuen Ideen arbeiten; an nachhaltigen Lösungen, die unseren Planeten schützen und auch unseren Kindern und nachfolgenden Generationen ein Leben in Freiheit und Gerechtigkeit ermöglichen.

Demokratie neu gestalten

Wesentlicher Antrieb für uns ist die Überzeugung, dass Politik grundlegend anders gemacht werden muss, um heutigen und zukünftigen Herausforderungen wirksam zu begegnen und unsere Gesellschaft gerechter zu gestalten.

Die Demokratie ist eine große Errungenschaft, die wir verteidigen, aber auch stetig weiterentwickeln müssen. Das 21. Jahrhundert braucht einen demokratischen Neuanfang.

Dazu gehört eine aktive Gesellschaft, in der Menschen sich einbringen, gehört werden und Einfluss nehmen können. Wir arbeiten daran, die Kluft zwischen dem geschlossenen politischen System und weiten Teilen der Gesellschaft zu schließen.

Auf politischer Ebene wurde und wird die Demokratie durch Parteien und Wirtschaftsakteure stetig weiter ausgehöhlt. Insbesondere in zwei Bereichen wollen wir sie deshalb wiederbeleben: Mitbestimmung und Transparenz.

Mitbestimmung

Politik ist zur Sache der wenigen geworden, die sich persönliche Vorteile von ihr versprechen. Unser aktuelles System führt dazu, dass sich ein Großteil der Menschen ohnmächtig fühlt, nicht wählt, geschweige denn aktiv mitwirkt.

Die Parteien werden ihrer gesetzlichen Aufgabe nicht ausreichend gerecht, die aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am politischen Leben zu fördern und für eine ständige, lebendige Verbindung zwischen Gesellschaft und Staatsorganen zu sorgen.

Politische Ideen und Entscheidungen sind nie alternativlos, wie gerne und oft behauptet wird. Deshalb präsentieren wir als Partei nicht auf jede Frage eine einseitige Antwort und für jedes gesellschaftliche Problem eine vorgefertigte Lösung, sondern bemühen uns darum, die richtigen Fragen zu stellen, und laden alle Interessierten dazu ein, gemeinsam mit uns Antworten und Lösungen zu finden.

Unsere Vision ist eine echte Gesellschaft der Bürgerinnen und Bürger, in der es vielfältige Möglichkeiten der politischen Teilhabe und Mitbestimmung gibt.

Wir stellen neue, zukunftsrelevante Fragen, um sie in einem offenen Prozess mit Wissenschaftler/innen, Fachleuten, Organisationen und allen interessierten Bürger/innen zu diskutieren und zeitgemäße Antworten zu finden.

Im Mittelpunkt steht dabei unser Initiativprinzip. Dieses ermöglicht es auch Nichtmitgliedern (wir nennen sie Bewegter/innen), Ideen einzubringen und ihre politischen Forderungen zur Diskussion und Abstimmung zu stellen. Einzige Bedingung: Die Forderung muss sich im Rahmen unserer vier Grundwerte bewegen.

Wird die jeweilige Forderung von einer Mindestanzahl an Bewegter/innen und Parteimitgliedern unterstützt, wird darüber unter allen demokratisch abgestimmt. Sollte der

Gelöscht: Werte

Gelöscht: (Demokratie, Gerechtigkeit, Weltoffenheit und Zukunftsorientierung)

jeweilige Vorschlag bei dieser Abstimmung angenommen werden, so ist der Parteitag aufgefordert, ihn zu beschließen. Damit wird die Forderung Teil unseres Programms und Auftrag für unsere Abgeordneten in den Parlamenten. Wir senken somit die Schwelle, direkt bei uns inhaltlich mitzuarbeiten und glauben fest daran, dass es für jedes Problem eine Lösung gibt. Das Initiativprinzip hilft uns, diese Lösung zu finden.

Gelöscht: mehr Ja- als Nein-Stimmen erhalten

Transparenz

Das politische System ist verschlossen und intransparent. Politische Entscheidungen sind oft nur schwer oder gar nicht nachvollziehbar: weil Lobbyist/innen Einfluss nehmen auf Gesetze; weil Abgeordnete sich der Parteiführung anstatt der Basis verpflichtet fühlen; weil zu viele Politiker/innen undurchsichtig und nach eigenen Interessen handeln; weil wesentliche Entscheidungen in Hinterzimmern getroffen werden.

Politik und Parteien müssen transparenter werden. Wir fangen bei uns selbst an: Alle Mitglieder unserer Partei müssen unseren Ethik-Kodex unterschreiben. Dieser umfasst unter anderem Verpflichtungen für Mandats- und Amtsträger/innen wie die vollständige Offenlegung von Nebeneinkünften, den Verzicht auf bezahlte Nebentätigkeiten, die Veröffentlichung sämtlicher Dienstreisen und Termine mit Lobbyist/innen sowie eine dreijährige Karenzzeit nach der Amts-/Mandatsausübung, in der keine Lobbytätigkeit ausgeübt werden darf.

Gelöscht: einen

Der Ethik-Kodex schreibt zudem eine zeitliche Befristung von Mandaten auf zwei Legislaturperioden vor. In Ausnahmefällen kann die Zeit auf maximal drei Legislaturperioden verlängert werden.

Langfristig wollen wir erreichen, dass aus der Selbstverpflichtung auf den Ethik-Kodex verpflichtende Regelungen und Gesetze werden, die für alle Parteien und Fraktionen in Deutschland und im Europäischen Parlament gelten.

Damit die Gesetzgebung allgemein transparenter wird, setzen wir uns für einen „legislativen Fußabdruck“ ein, der es interessierten Bürger/innen ermöglicht, im Detail nachzuvollziehen, wie ein Gesetz zustande gekommen ist und wer zu welchem Zeitpunkt auf den genauen Wortlaut Einfluss genommen hat.

Gelöscht: “

Gelöscht: ”

Außerdem setzen wir uns für ein verbindliches Lobbyregister ein, in das sich alle Lobbyist/innen inklusive ihrer Auftraggeber/innen und Budgets eintragen müssen.

Um eine versteckte Einflussnahme durch Unternehmen zu vermeiden, nehmen wir Geldspenden nur von natürlichen Personen an.

Partei neu denken

Wir leben in einer Zeit, in der Veränderung immer schneller passiert. Planungszeiträume von mehreren Jahren und Parteiprogramme, an denen über Jahrzehnte festgehalten wird, sind nicht mehr zeitgemäß. In einer lernenden Organisation muss jederzeit eine Veränderung oder ein Strategiewechsel möglich sein. Das gilt in der Politik genauso wie in der Wirtschaft.

Das Engagement in einer Partei ist derzeit für sehr viele Menschen nicht attraktiv. Durch eine offene und transparente Kultur, neue Formen der Partizipation und Entscheidungsfindung und einen ergebnisorientierten politischen Prozess wollen wir es schaffen, ganz unterschiedliche Menschen für die Parteiarbeit zu begeistern: Kreative und Querdenker/innen, Menschen verschiedener sozialer Herkunft, Menschen ohne Wahlrecht und viele mehr. Auch Nicht-Mitglieder und Mitglieder anderer Parteien sollen sich ohne Hürden beteiligen können.

Die vorherrschende Kommunikationskultur in der Politik ist uns ein Dorn im Auge: Statt der Herabwürdigung alternativer Sichtweisen setzen wir auf die Prinzipien wertschätzender, gewaltfreier und inklusiver Kommunikation.

Die Komplexität unserer Gesellschaft und der Herausforderungen in unserem Zusammenleben ist groß. Umso wichtiger ist es uns, einzelne Themen und Probleme nicht losgelöst zu betrachten, sondern stets im Kontext der relevanten Systeme und ihrer gegenseitigen Wechselwirkungen.

Fachleute aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft spielen in der Politik eine viel zu geringe Rolle, oft sind sie nur schmückendes Beiwerk in Form von Expertengremien – ihr Einfluss auf Entscheidungen bleibt gering. Wir binden Wissenschaftler/innen, Nichtregierungsorganisationen und andere Expert/innen in die Gestaltung unserer Positionen, den Entscheidungsprozess und die Umsetzung von Entscheidungen aktiv ein. Dabei achten wir darauf, dass nicht die Interessenvertreter/innen mit den größten personellen und finanziellen Ressourcen automatisch den größten Einfluss nehmen.

So wie viele Unternehmen ihre Organisation einer radikalen Transformation unterziehen, um mit der Zeit zu gehen, brauchen auch Parteien neue Organisationsformen. Flache Hierarchien, moderne Führungsqualitäten, ein klares Rollenverständnis und transparente Kommunikation: Dank neuer Methoden entsteht eine erfolgreiche Organisation, in der das gemeinsame Ziel den Vorrang vor Machtkämpfen und dem Ego einzelner Akteur/innen hat.

Gelöscht: e

Unsere Demokratie braucht Bewegung!

Wir wollen unsere Stimme nicht nur erheben, sondern sie nutzen. Nicht nur einmal alle vier Jahre an der Wahlurne. Sondern täglich. Wir wollen die Menschen ermutigen und befähigen, solidarisch zu sein und sich für das Gemeinwohl einzusetzen, um so eine gerechtere Gesellschaft zu erwirken. Wir sind nicht gegen die bestehenden Parteien, sondern gegen ihren Mangel an Mitbestimmung. Wir sehen uns nicht nur als Protestbewegung – sondern als konstruktiven Motor. Mit unserem demokratischen und lebendigen Mitbestimmungsmodell werden wir auch andere in Bewegung bringen.

Satzung von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG

Beschlossen am 29. April 2017

Geändert am 27. August 2017

Satzung von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG

Präambel	1
§ 1. Name, Sitz und Tätigkeit	2
§ 2. Aufnahme und Austritt der Mitglieder	2
§ 3. Rechte und Pflichten der Mitglieder	3
§ 4. BewegterInnen	3
§ 5. Zulässige Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder und ihr Ausschluss	4
§ 6. Zulässige Ordnungsmaßnahmen gegen Gebietsverbände,	5
§ 7. Die allgemeine Gliederung von Demokratie in Bewegung	5
§ 8. Der Bundesvorstand	6
§ 9. Der Parteitag	7
§ 10. Einreichung von Wahlvorschlägen	8
§ 11. Urabstimmung	8
§ 12. Auflösung und Verschmelzung	9
§ 13. Schiedsgerichte	9
§ 14. Finanzordnung	9
§ 15. Abstimmungsordnung für Initiativen	9
§ 16. Vielfaltsförderung	10
§ 17. Änderung der Satzung	11
§ 18. Salvatorische Klausel	11
Anhang	11

Gelöscht: z

Gelöscht: ,

Präambel

Die Mitglieder und BewegterInnen von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG eint das Streben

- nach mehr Demokratie, Mitbestimmung und Transparenz,
- nach mehr Gerechtigkeit in ökonomischer, sozialer, politischer und ökologischer Hinsicht in Deutschland, Europa und der Welt,
- nach Weltoffenheit und Vielfalt sowie
- nach einer zukunftsgewandten Gesellschaft im Interesse heutiger und künftiger Generationen und unseres einen Planeten.

Wir treten ein für die Durchsetzung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in allen Bereichen unserer Gesellschaft, den Schutz von Minderheiten, den Schutz der Natur und die Bewahrung von Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Freiheit. Wir verpflichten uns der Förderung von Gleichberechtigung sowohl in der Gesellschaft als auch innerhalb von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG. Dazu treten wir jeder Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus, Behindertenfeindlichkeit und Ausgrenzung aufgrund der Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung entgegen.

Damit die Europäische Union eine starke Akteurin für Frieden und Gerechtigkeit in Europa und der Welt sein kann, setzen wir uns für eine Demokratisierung ihrer Institutionen ein. Maßgebend ist für uns das Prinzip der Subsidiarität: Gestaltungsmöglichkeiten der lokalen und regionalen Ebenen müssen gesichert und ausgebaut werden – eingebettet in einen starken und verbindlichen nationalen und europäischen Rahmen.

Gelöscht: r

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG ist eine offene Organisation für alle Menschen, die sich diesen Werten und Zielen verpflichtet fühlen. Sie sind eingeladen, sich an der Entwicklung des Programms zu beteiligen. Innerparteiliche Demokratie und Mitbestimmung sind fest in der Struktur von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG angelegt. Die Unabhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen wird gewährleistet, indem alle Mitglieder dem Ethikkodex folgen.

Wir wollen eine bundeseinheitliche Partei sein, weswegen wir es anstreben nur eine bundeseinheitliche Satzung zu haben.

Gelöscht: B

§ 1. Name, Sitz und Tätigkeit

- (1) Die Partei trägt den Namen DEMOKRATIE IN BEWEGUNG und die Kurzbezeichnung DiB.
- (2) Der Sitz der Partei ist Berlin.
- (3) Das Tätigkeitsgebiet der Partei ist das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.
- (4) Gebietsgliederungen tragen den Namen DEMOKRATIE IN BEWEGUNG mit dem Zusatz des jeweiligen Gebietsnamens.

§ 2. Aufnahme und Austritt der Mitglieder

Mitgliedschaftsvoraussetzungen

- (1) Mitglied von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG kann jede/r Deutsche im Sinne des Grundgesetzes und jede Person mit Wohnsitz in Deutschland werden. Sie/Er muss das 14. Lebensjahr vollendet haben, sich zu Satzung und Programm der Partei bekennen und die Gesetze sowie die freiheitliche Grundordnung Deutschlands anerkennen. Mitglied von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG können nur natürliche Personen sein. Es wird ein zentrales Mitgliederverzeichnis geführt.
- (2) Personen, die Mitglied einer extremistischen Organisation sind, können nicht Mitglied der Partei sein. Als extremistisch gelten solche Organisationen, welche in einer vom Bundesvorstand beschlossenen Liste aufgeführt sind.
- (3) Personen, die infolge Richterspruchs die Amtsfähigkeit, die Wählbarkeit oder das Wahlrecht nicht besitzen, können nicht Mitglied von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG sein.
- (4) Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist die Abgabe einer schriftlichen Verpflichtungserklärung, den Ethik-Kodex von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG einzuhalten.

Gelöscht: ,

Gelöscht: der DiB

Aufnahmeverfahren

- (5) Die Mitgliedschaft wird beim Bundesvorstand beantragt. Der Aufnahmeantrag ist in elektronischer oder schriftlicher Form zu stellen. Über die Aufnahme entscheidet der Bundesvorstand innerhalb von vier Wochen nach bestätigtem Eingang des Aufnahmeantrags. Ist dem Bundesvorstand im Einzelfall aus wichtigem Grund keine Entscheidung innerhalb der vorgenannten Frist möglich, verlängert sich diese um weitere zwei Wochen. Hierüber ist der/die Bewerber/in unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen. Eine Ablehnung muss nicht begründet werden. Im Mitgliedsantrag muss vollständige Auskunft über aktuelle und frühere Mitgliedschaften in Parteien und sonstigen politischen Gruppierungen gegeben werden.

Gelöscht: erworben

Gelöscht:

Unvollständige oder unrichtige Auskünfte sind je nach Schwere mit Parteiordnungsmaßnahmen gemäß § 5 zu ahnden.

- (6) Jedes Mitglied gehört den Gliederungen an, in deren Zuständigkeitsgebiet er oder sie seinen Wohnsitz hat. Bei nachvollziehbaren Gründen, die den Organisationsinteressen nicht entgegenstehen, kann das Mitglied einen Ort seiner Wahl frei bestimmen, anhand dessen seine Mitgliedschaft in Parteigliederungen bestimmt wird. Der entsprechende Antrag erfolgt in Schriftform und wird vom Bundesvorstand entschieden. Ein ablehnender Bescheid muss in Schriftform begründet werden und kann im Einspruchsverfahren zur letzten Entscheidung dem Schiedsgericht vorgelegt werden.
- (7) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod. Bereits gezahlte Mitgliedsbeiträge werden nicht erstattet. Der Austritt ist gegenüber einer Gebietsgliederung, der das Mitglied angehört, oder der Bundespartei schriftlich anzuzeigen.
- (8) Hat das Mitglied trotz Mahnung einen seit über einem Monat fälligen Beitrag nicht bezahlt oder konnte die Lastschrift nicht eingelöst werden, ist das Mitglied schriftlich oder elektronisch erneut zur Zahlung unter Androhung des Ruhens seiner Mitgliedsrechte aufzufordern, falls die Zahlung des angemahnten Beitragsrückstandes nicht binnen eines Monats geleistet werde. Nach fruchtlosem Fristablauf soll das Mitglied schriftlich oder elektronisch darauf hingewiesen werden, dass seine Mitgliedsrechte bis zur Bezahlung des Beitragsrückstandes ruhen. Die gerichtliche Geltendmachung der fälligen Mitgliedsbeiträge bleibt hiervon unberührt.

Gelöscht: r

Gelöscht: dessen

Gelöscht: die Zugehörigkeit in einer Parteigliederung

Gelöscht: zur Aufnahme in eine andere Gliederung

Gelöscht: der zuständigen

Gelöscht: in

Gelöscht: seinen Wohnsitz hat

Gelöscht:

§ 3. Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Jedes Mitglied hat das Recht, nach Maßgabe des Gesetzes und im Rahmen dieser Satzung die Zwecke von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG zu fördern, sich an der politischen und organisatorischen Arbeit von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG zu beteiligen und an Veranstaltungen teilzunehmen. Die Mitglieder sind zur Mitarbeit in der Partei aufgerufen. Im Rahmen dieser Mitarbeit haben Mitglieder das Recht an der politischen Willensbildung der Partei durch Aussprachen, eigene Sachanträge, Abstimmungen und Wahlen mitzuwirken.
- (2) Jedes Mitglied hat das Recht, sich im Rahmen der "Abstimmungsordnung für Initiativen" an der Erstellung des Programms zu beteiligen und im Rahmen der Gesetze und der "Wahlordnung" an der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten mitzuwirken oder sich selber zu bewerben.
- (3) Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Grundwerte, das gemeinsam beschlossene Programm und gemeinsam beschlossene Gesetzentwürfe von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG anzuerkennen und zu vertreten und den satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrag, welcher in der Finanzordnung geregelt wird, pünktlich zu entrichten.
- (4) Jedes Mitglied ist verpflichtet, den Ethik-Kodex einzuhalten.

Gelöscht: der DiB

Gelöscht: der DiB

Gelöscht: Wahlprogramms

Gelöscht: Wahlprogramm

§ 4. Bewerber/innen

- (1) Das Ziel von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG ist eine Beteiligung von Menschen an der Entwicklung von Zielen und Lösungen auch ohne Mitglied der Partei zu werden. Diese Menschen können als Bewerber/innen bei DEMOKRATIE IN BEWEGUNG mitarbeiten. Die Unterstützung von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG als Bewerber/innen mit einem freiwilligen Förderbeitrag ist ausdrücklich erwünscht.
- (2) Bewerber/innen von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG kann jede/r Deutsche im Sinne des Grundgesetzes und jede Person mit Wohnsitz in Deutschland werden. Die Mitarbeit als Bewerber/innen muss beim Bundesvorstand unter Nennung von Namen und Postanschrift beantragt werden. Über Beginn und Ende der Mitarbeit als Bewerber/innen entscheidet der Bundesvorstand.

Gelöscht: I

Gelöscht: I

Gelöscht: I

Gelöscht: I

Gelöscht: I

Gelöscht: I

- (3) Die Mitarbeit einer Bewerberin endet auch,
 - durch Erklärung der Bewerberin/des Bewerbers gegenüber dem Bundesvorstand,
 - bei Verweigerung der Mitarbeit durch den zuständigen Landesverband,
 - bei Verstoß gegen die Satzung.
- (4) Alle Bewerberinnen können sich im Rahmen der "Abstimmungsordnung für Initiativen" an der Entwicklung von Zielen und Lösungen für das Programm beteiligen. Die Abstimmungen sollen der Vorbereitung der Entscheidungen von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG dienen.

Gelöscht: I

Gelöscht: ,

Gelöscht: /I

Gelöscht: .

Gelöscht: I

Gelöscht: Wahlprogramm

Gelöscht: der DiB

§ 5. Zulässige Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder und ihr Ausschluss

- 1) Wenn ein Mitglied gegen die Satzung oder gegen die Grundsätze von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG verstößt oder dem Ansehen der Partei schadet, aber ein Ausschluss noch nicht gerechtfertigt ist, kann der Vorstand des zuständigen Gebietsverbandes oder der Bundesvorstand folgende Ordnungsmaßnahmen anordnen: Verwarnung, Verweis, Enthebung von einem Parteiamt, Aberkennung der Fähigkeit ein Parteiamt zu bekleiden und das Ruhen der Mitgliedsrechte für einen begrenzten Zeitraum, der 2 Jahre nicht übersteigen darf.
- 2) Ein Mitglied, das gegen die Satzung, gegen die Grundsätze, den Ethik-Kodex oder die Ordnung von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG verstößt oder dem Ansehen der Partei schadet, ist aus der Partei auszuschließen.
- 3) Ein Mitglied kann nur dann aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich gegen die Satzung der Partei oder erheblich gegen deren Grundsätze oder Ordnung verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt.
- 4) Parteischädigendes Verhalten

Gelöscht: ,

Parteischädigend verhält sich insbesondere, wer

- a) durch ihre/seine Handlungen oder Aussagen zu einem Vermögensschaden der Partei beiträgt oder diesen herbeiführt,
- b) das Ansehen oder die Glaubwürdigkeit der Partei beschädigt,
- c) für die Partei spricht ohne hierzu von der Partei als Sprecher benannt worden zu sein,
- d) als Mitglied von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG einer Organisation angehört oder eine solche fördert, deren Ziele nach dem sachlich gerechtfertigten Verständnis der Partei die gleichzeitige Verfolgung der Ziele und Grundsätze der Partei ausschließen, und dadurch die Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft der Partei beeinträchtigt,
- e) ihren/seinen Pflichten als Mitglied beharrlich dadurch nicht nachkommt, dass sie/er über einen längeren Zeitraum trotz Zahlungsfähigkeit und trotz Mahnung ihre/seine persönlichen monatlichen Mitgliedsbeiträge oder seine etwaigen weiteren, satzungsrechtlich festgelegten monatlichen Beiträge als Amts- oder Mandatsträgerin der Partei (Sonderbeiträge) nicht entrichtet
- f) vertrauliche Parteivorgänge veröffentlicht oder Dritten, insbesondere dem/der politischen Gegnerin offenbart,
- g) Vermögen, das der Partei gehört oder zur Verfügung steht, veruntreut.

Gelöscht: wer

Gelöscht: wer

Gelöscht: der DiB

Gelöscht:

Gelöscht: wer

- 5) Weitere Ausschlussgründe
 Als Ausschlussgrund gilt insbesondere die rechtskräftige Verurteilung wegen einer ehrenrührigen strafbaren Handlung.

- 6) Über den Ausschluss entscheidet auf Antrag des örtlich zuständigen Kreis- oder Landesvorstandes oder des Bundesvorstandes das nach der Schiedsgerichtsordnung zuständige Schiedsgericht.
- 7) Für den Ausschlussantrag gegen Mitglieder eines Landesvorstandes ist nur der Landesvorstand oder der Bundesvorstand, für Mitglieder des Bundesvorstandes ist nur der Bundesvorstand zuständig.
- 8) Für Ausschlussverfahren gegen Mitglieder des Bundesvorstandes der Partei ist das für den Wohnsitz des Mitgliedes zuständige Landesschiedsgericht in erster Instanz anzurufen.
- 9) Die Entscheidungen der Schiedsgerichte in Ausschlussverfahren sind schriftlich zu begründen.
- 10) Gegen die erstinstanzliche Entscheidung des Schiedsgerichts kann jede verfahrensbeteiligte Partei Berufung bei dem nach der Schiedsgerichtsordnung zuständigen Berufungsschiedsgericht einlegen.
- 11) In dringenden und schwerwiegenden Fällen, die sofortiges Eingreifen erfordern, kann der zuständige Kreis- oder Landesvorstand oder der Bundesvorstand ein Mitglied von der Ausübung seiner Rechte bis zur rechtskräftigen Entscheidung des zuständigen Schiedsgerichts ausschließen. Ein solcher Vorstandsbeschluss gilt gleichzeitig als Antrag auf Einleitung eines Ausschlussverfahrens. Die Schiedsgerichte haben in jeder Lage des Verfahrens zu prüfen, ob die Maßnahme nach Umfang und Fortdauer noch erforderlich ist. Soll sie über die abschließende Entscheidung einer Schiedsgerichtsinstanz hinaus wirksam bleiben, so ist sie in dieser Entscheidung erneut anzuordnen; sonst tritt sie mit deren Bekanntmachung außer Kraft.
- 12) Absätze 1 bis 11 gelten im Verhältnis zwischen den Gliederungen und ihren Mitgliedern entsprechend.

Gelöscht: Vereinigungen

§ 6. Zulässige Ordnungsmaßnahmen gegen Gebietsverbände.

Gelöscht: z

Gelöscht: ,

- (1) Verstößt ein Gebietsverband schwerwiegend gegen die Satzung, die Grundsätze oder die Ordnung von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG, oder weigert sich begründete Beschwerden aufzugreifen und an ein Schiedsgericht heranzutragen, sind folgende Ordnungsmaßnahmen gegen nachgeordnete Gebietsverbände möglich: Auflösung, Ausschluss, Amtsenthebung von Teilen oder des ganzen Vorstandes nachgeordneter Gebietsverbände.
- (2) Als schwerwiegender Verstoß gegen die Ordnung und die Grundsätze der Partei ist es zu werten, wenn die Gebietsverbände die Bestimmungen der Satzung fortdauernd missachten, Beschlüsse übergeordneter Parteiorgane nicht durchführen oder in wesentlichen Fragen gegen die politische Zielsetzung der Partei handeln. Die Ordnungsmaßnahmen werden vom Vorstand eines höheren Gebietsverbandes getroffen. Die Mitgliederversammlung des die Ordnungsmaßnahme treffenden Gebietsverbandes hat die Ordnungsmaßnahme am nächsten Parteitag mit einfacher Mehrheit zu bestätigen, ansonsten tritt die Maßnahme außer Kraft. Gegen die Ordnungsmaßnahme ist die Anrufung des nach der Schiedsgerichtsordnung zuständigen Schiedsgerichts möglich.
- (3) Über die Ordnungsmaßnahmen gegen einen Gebietsverband entscheidet der Bundesparteitag auf Antrag von mindestens 20% der Mitglieder oder auf Antrag des Bundesvorstandes mit einfacher Mehrheit.

§ 7. Die allgemeine Gliederung von Demokratie in Bewegung

- (1) DEMOKRATIE IN BEWEGUNG will eine bundeseinheitliche Partei sein, weswegen wir es anstreben nur eine bundeseinheitliche Satzung zu haben. Zusätzlich zum Bundesverband gliedert sich DEMOKRATIE IN BEWEGUNG in Landesverbände. Die Landesverbände können nach ihren örtlichen Bedürfnissen Untergliederungen schaffen. Innerhalb der staatsrechtlichen Grenzen eines Landes gibt es nur einen Landesverband. Landesverbände

Gelöscht: B

sowie weitere Untergliederungen sollen bei Gründung mindestens 3 Mitglieder umfassen. Der Vorstand eines Landesverbandes besteht aus 3 bis 5 Personen, wobei je ein Vorstandsmitglied Vorsitzende/r und eins Schatzmeister/in sein muss.

- (2) Die Bildung von Untergliederungen der Landesverbände erfolgt in Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden, die deckungsgleich mit den politischen Grenzen der Regierungsbezirke, Kreise, kreisfreien Städte und Gemeinden sind.
- (3) Alle Gliederungen sind an die Satzung, sowie die Abstimmungsordnung für Initiativen, die Wahlordnung, den Ethik-Kodex, die Finanzordnung und die Schiedsgerichtsordnung des Bundesverbandes gebunden. Die Gebietsverbände regeln ihre Angelegenheiten durch eigene Satzung, soweit die Satzung des jeweils nächst höheren Gebietsverbandes hierüber keine Vorschriften enthält. Landessatzungen und die Satzungen der Untergliederungen der Landesverbände können ergänzende Regelungen enthalten, soweit diese der Bundessatzung nicht widersprechen. Im Konfliktfall gilt die Bundessatzung.
- (4) Organe der Bundespartei sind der Vorstand und der Bundesparteitag.

§ 8. Der Bundesvorstand

- (1) Der Bundesvorstand besteht aus Mitgliedern von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG und vertritt die Bundespartei nach innen und außen. Der Bundesvorstand wird durch zwei Mitglieder des Bundesvorstands, darunter mindestens ein/e Vorsitzende/r oder der/die Schatzmeister/in gemeinsam gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Er leitet den Bundesverband, führt dessen Geschäfte nach Gesetz und Satzung und auf der Grundlage der Beschlüsse der Parteiorgane und vertritt die Bundespartei gemäß §26 BGB, soweit nicht die Satzung eine abweichende Regelung trifft.
- (2) Dem Bundesvorstand gehören sieben Mitglieder an:
 - o zwei Vorsitzende,
 - o der/die Schatzmeister/in,
 - o vier weitere Mitglieder
- (3) Je ein/e Vertreter/in aus jedem Landesvorstand der existierenden Landesverbände sind kraft Amtes automatisch kooptierte Mitglieder des Bundesvorstandes, ohne Stimmrecht, aber mit beratender Stimme und gleichem Informationsrecht wie die Vollmitglieder des Bundesvorstandes.
- (4) Die Außendarstellung der Partei erfolgt durch den Bundesvorstand und von ihm beauftragte oder benannte Personen.
- (5) Die Mitglieder des Bundesvorstands werden vom Bundesparteitag in geheimer Wahl für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich, die Amtszeit darf jedoch die im Ethik-Kodex angegebene Dauer nicht überschreiten. Alle Mitglieder des Bundesvorstands werden auf demselben Bundesparteitag gewählt. Ist eine Nachwahl erforderlich, erfolgt diese nur für den Rest der laufenden Amtszeit. Die Mitglieder des Bundesvorstandes führen bis zur Neuwahl des Bundesvorstandes die Geschäfte kommissarisch weiter.
- (6) Die Mitglieder des Bundesvorstandes können vom Bundesparteitag insgesamt oder einzeln mit absoluter Mehrheit abgewählt werden, jedoch nicht aufgrund eines Dringlichkeitsantrags.
- (7) Die Mitglieder des Bundesvorstands dürfen kein Abgeordnetenmandat innehaben. Die Mitglieder des Bundesvorstandes dürfen nicht Mitarbeiter/innen von Fraktionen oder Abgeordneten sein. Wenn die Landessatzung nichts anderes bestimmt, gilt eine analoge Regelung für die Landesvorstände; sie tritt durch einen Beschluss des jeweiligen Landesvorstands, spätestens jedoch am 27. August 2018 in Kraft. Ausgenommen von dieser Regelung sind Mandate auf kommunaler Ebene. Wenn Amtsinhaber/innen ein Mandat erhalten, können sie ihr Amt bis zum nächsten Parteitag ausüben. Dieser Parteitag soll zeitnah stattfinden.

Gelöscht: ,

¶
Organe

Gelöscht: ,

Gelöscht: und die Gründungsversammlung

Gelöscht: ,

¶

Formatiert

Gelöscht: Die Gründerversammlung tagt nur einmal, und zwar am 29.04.2017.

Gelöscht: Gebiets

Gelöscht: r

Gelöscht: n

Gelöscht: n

- (8) Mitglieder der Partei, die in einem beruflichen oder finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zur Bundespartei stehen, können kein Bundesvorstandsamt bekleiden; Regelungen zur finanziellen Entschädigung des Bundesvorstandes bleiben davon unberührt.
- (9) Mitglieder des Bundesvorstandes müssen von ihnen ausgeübte unbezahlte Tätigkeiten in Aufsichtsräten, Verbänden und Vereinen gegenüber dem Bundesparteitag offenlegen.
- (10) Die Amtszeit des auf dem Gründungsparteitag der Partei gewählten ersten Bundesvorstandes dauert ausnahmsweise nicht zwei Jahre, sondern lediglich bis spätestens zur konstituierenden Sitzung des im Herbst gewählten Bundestags. Diese Regelung gilt auch für die Landesvorstände.

§ 9. Der Parteitag

- (1) Der Bundesparteitag ist die Mitgliederversammlung auf Bundesebene.
- (2) Der Bundesparteitag tagt mindestens einmal jährlich. Die Einberufung erfolgt aufgrund Vorstandsbeschluss oder wenn ein Zehntel der Parteimitglieder es beantragen. Der Vorstand lädt jedes Mitglied in Textform (vorrangig per E-Mail, nachrangig per Brief) mindestens 4 Wochen vorher ein. Die Einladung hat Angaben zum Tagungsort, Tagungsbeginn, vorläufiger Tagesordnung und der Angabe, wo weitere, aktuelle Veröffentlichungen gemacht werden, zu enthalten. Spätestens 2 Wochen vor dem Parteitag sind die Tagesordnung in aktueller Fassung, die geplante Tagungsdauer und alle bis dahin dem Vorstand eingereichten Anträge im Wortlaut zu veröffentlichen.
- (3) Wenn die Mitgliederzahl 500 übersteigt, entscheidet der Bundesvorstand, ob zum Parteitag alle Mitglieder oder gewählte Delegierte der Landesverbände eingeladen werden. Diese Entscheidung hat der Bundesvorstand den Landesverbänden mindestens drei Monate vor einem Parteitag schriftlich mitzuteilen. Erfolgt keine rechtzeitige Mitteilung, findet ein Mitgliederparteitag statt. Ab einer Zahl von 3000 Mitgliedern findet grundsätzlich ein Parteitag mit Delegierten statt. Die Delegierten werden auf der Mitglieder- bzw. Delegiertenversammlung des Landesverbandes gewählt. Die Landesverbände werden aufgefordert, bei den Delegierten die Parität (mindestens 50% Frauen) zu wahren. Zur Ermittlung der Delegiertenzahl pro Landesverband gilt folgendes Verfahren: Die Zahl der Mitglieder des Landesverbandes wird mit 500 multipliziert. Das Ergebnis wird durch die Zahl der Mitglieder des Bundesverbandes dividiert, wobei das Ergebnis zu einer vollen Zahl gerundet wird. Diese Zahl ist die jeweilige Delegiertenzahl, die aber in jedem Fall mindestens 1 betragen muss (Grundmandat). Maßgeblich für die Berechnung der Delegiertenzahlen sind die dem Bundestagspräsidenten im letzten Jahresrechnungsbild vorgelegten, geprüften Mitgliederzahlen.
- (4) Der Bundesvorstand kann in Zusammenarbeit mit Basis- oder Landesgruppen bundesweit zeitgleich zum Bundesparteitag Satelliten-Parteitage organisieren, bei denen live der Bundesparteitag übertragen wird und bei denen anwesende Parteimitglieder über eine Zählkommission ihre Stimmen abgeben können. Die Ergebnisse der lokalen Auszählungen werden dann sofort per Fax und fernmündlich an die Zählkommission des Bundesparteitages übermittelt und müssen beim Gesamtergebnis einberechnet werden. Hierzu ist es erforderlich, dass die lokalen Ergebnisse binnen einer vom Bundesparteitag festgesetzten Frist an die Zählkommission des Bundesparteitages übermittelt werden. Nach der Frist übermittelte Ergebnisse dürfen nicht mehr berücksichtigt werden.
- (5) Mitglieder können bei der Mitgliederversammlung ihr Stimmrecht nur persönlich wahrnehmen.
- (6) Ist der Bundesvorstand handlungsunfähig, kann ein außerordentlicher Bundesparteitag einberufen werden. Dies geschieht schriftlich mit einer Frist von zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung und des Tagungsortes. Er dient ausschließlich der Wahl eines neuen Vorstandes.
- (7) Aufgaben des Bundesparteitages:

Gelöscht: per

(a) Der Bundesparteitag beschließt über die Grundlinien der Politik von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG und das Parteiprogramm.

Gelöscht: der DiB Deutschlands

(b) Er beschließt im Rahmen der Zuständigkeit des Gebietsverbandes innerhalb der Partei über die Satzung, die Finanzordnung, die Schiedsgerichtsordnung und die Abstimmungsordnung für Initiativen.

Gelöscht: Beitrags

(c) Er beschließt über die Auflösung sowie die Verschmelzung mit anderen Parteien nach § 12.

Gelöscht: v

(d) Er wählt die Mitglieder des Bundesvorstandes gemäß § 8 Abs. 5.

(e) Der Bundesparteitag nimmt den Tätigkeitsbericht des Bundesvorstandes entgegen und entscheidet daraufhin über seine Entlastung.

(8) Über den Parteitag, die Beschlüsse und Wahlen wird ein Ergebnisprotokoll gefertigt, das von der Protokollführung, der Versammlungsleitung und dem neu gewählten Vorsitzenden oder dem stellvertretenden Vorsitzenden unterschrieben wird. Das Wahlprotokoll wird durch den Wahlleiter und mindestens zwei Wahlhelfer unterschrieben und dem Protokoll beigelegt.

(9) Der Bundesparteitag wählt mindestens zwei Kassenprüfer. Diesen obliegen die Vorprüfung des finanziellen Tätigkeitsberichtes für den folgenden Bundesparteitag und die Vorprüfung, ob die Finanzordnung und das PartG eingehalten werden. Sie haben das Recht, kurzfristig Einsicht in alle finanzrelevanten Unterlagen zu verlangen, die ihnen dann vollständig zu übergeben sind. Sie sind angehalten, etwa zwei Wochen vor dem Bundesparteitag die letzte Vorprüfung der Finanzen durchzuführen. Die Amtszeit der Kassenprüfer ist deckungsgleich mit der Amtszeit der Mitglieder des Bundesvorstandes.

(10) Der Bundesparteitag gibt sich eine Geschäftsordnung. Sollten einzelne Bestimmungen der Geschäftsordnung ganz oder teilweise der Satzung widersprechen, so hat die Satzung Vorrang. Die Wirksamkeit der übrigen Geschäftsordnung wird dadurch nicht berührt.

(11) Die Entscheidungen des Bundesparteitages werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen, es sei denn es ist in der Satzung oder in der Geschäftsordnung etwas anderes geregelt. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Stimmenthaltungen werden als ungültige Stimmen gewertet.

§ 10. Einreichung von Wahlvorschlägen

(1) Für die Aufstellung der BewerberInnen für Wahlen zu Volksvertretungen gelten die Bestimmungen der Wahlgesetze und der Satzungen der Bundespartei. Näheres regelt die Wahlordnung, die Bestandteil der Satzung ist und Satzungsrang hat.

§ 11. Urabstimmung

(1) Über alle Fragen der Politik der Partei, insbesondere auch des Programms, kann urabgestimmt werden. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder der Partei.

(2) Die Urabstimmung findet statt auf Antrag

- (a) von zehn von Hundert der Mitglieder, wobei diejenigen Mitglieder nicht berücksichtigt werden, die zum Zeitpunkt der Antragstellung mit ihren Mitgliedsbeiträgen im Rückstand sind, oder
- (b) von drei Landesverbänden oder
- (c) des Bundesparteitages
- (d) des Bundesvorstands

Gelöscht: gruppen

(3) Die Antragsteller legen durch die Antragsschrift den Inhalt der Urabstimmung fest.

(4) Der Bundesvorstand beauftragt eine Person mit der Durchführung der Urabstimmung.

- (5) Die Urabstimmung erfolgt in einem nur für Mitglieder zugänglichen Bereich auf der Abstimmungsplattform.
- (6) Das Nähere wird in Ausführungsbestimmungen geregelt, die der Bundesvorstand erlässt.
- (7) Die Kosten der Urabstimmung trägt die Bundespartei.
- (8) Der Bundesvorstand übernimmt für Urabstimmungsinitiativen die Aufgabe, im Rahmen der regelmäßigen Verteiler der Partei die Mitglieder zu informieren. Der Bundesvorstand hat das Recht, zusammen mit der beantragten Formulierung einen Alternativantrag zur Abstimmung zu stellen. Die Basisgruppen sind gehalten, zum Thema der jeweiligen Urabstimmung Informationsveranstaltungen durchzuführen. Die Information zur Urabstimmung hat sachdienlich, umfassend und neutral zu sein.
- (9) Ein einmal per Urabstimmung beschlossener Inhalt kann erst nach Ablauf von 2 Jahren erneut Gegenstand eines Urabstimmungsverfahrens sein.
- (10) Wenn eine Urabstimmung zu einem Gegenstand nicht möglich ist, wird eine Mitgliederbefragung zu dem Gegenstand durchgeführt und dem folgendem Parteitag zur Bestätigung vorgelegt.

§ 12. Auflösung und Verschmelzung

- (1) Die Auflösung der Bundespartei oder ihre Verschmelzung mit einer anderen Partei kann nur durch einen Beschluss des Bundesparteitages mit einer Mehrheit von 3/4 der zum Bundesparteitag Stimmberechtigten beschlossen werden.
- (2) Ein Beschluss über Auflösung oder Verschmelzung muss durch eine Urabstimmung unter den Parteimitgliedern bestätigt werden.
- (3) Über einen Antrag auf Auflösung oder Verschmelzung kann nur abgestimmt werden, wenn er mindestens vier Wochen vor Beginn des Bundesparteitages beim Bundesvorstand eingegangen ist.
- (4) Die Auflösung oder Verschmelzung von Landesverbänden bedürfen zur Rechtskraft der Zustimmung eines Bundesparteitages.

§ 13. Schiedsgerichte

- (1) Auf Bundes- und Landesebene sind Schiedsgerichte einzurichten. Zusammensetzung, Zuständigkeit und Verfahren regelt die Schiedsgerichtsordnung. Die Schiedsgerichtsordnung ist Bestandteil der Satzung und hat Satzungsrang.

§ 14. Finanzordnung

- (1) Die Bundespartei sowie alle weiteren Gliederungen von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG sind bzgl. der Aufbringung, Verwendung und Verwaltung von finanziellen Mitteln an die Finanzordnung von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG gebunden. Die Finanzordnung ist Bestandteil der Satzung und hat Satzungsrang.

§ 15. Abstimmungsordnung für Initiativen

- (1) Die Bundespartei sowie alle weiteren Gliederungen von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG sind bezüglich der Entwicklung des **Programms** an die Abstimmungsordnung für Initiativen gebunden. Die Abstimmungsordnung ist Bestandteil der Satzung und hat Satzungsrang.
- (2) Initiativen und Gesetzentwürfe können auf Bundes- und auf Landesebene eingebracht werden. Bis zur Bundestagswahl 2017 ist dies nur auf Bundesebene beschränkt.
- (3) Initiativen und Gesetzentwürfe sind jeweils für die Gliederungsebene verpflichtend, auf der

Gelöscht: Wahlprogramms

abgestimmt wurde und die Abgeordnete von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG haben diese in den Parlamenten so weit wie möglich und so weit es mit Ihrem Gewissen vereinbar ist zu vertreten und in Abstimmungen zu unterstützen.

§ 16. Vielfaltsförderung

- (1) Die politische Willensbildung der Frauen und Menschen mit Diskriminierungserfahrung in der Partei ist aktiv zu fördern. Es ist Ziel der Partei, dass keine Personen diskriminiert oder in ihrer politischen Arbeit behindert werden. Frauen und Menschen mit Diskriminierungserfahrung haben das Recht, innerhalb der Partei eigene Strukturen aufzubauen und eigene Plenen einzuberufen.
- (2) Diskriminierte Minderheiten sind Menschen mit Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität. Weitere diskriminierte Minderheiten können vom Bundesvorstand jederzeit per Beschluss ergänzt werden. Streichen kann der Bundesvorstand hingegen keine der genannten Gruppen.
- (3) In allen Versammlungen und Gremien der Partei sprechen, unter der Voraussetzung entsprechender Wortmeldungen, Frauen und Männer abwechselnd. Redelisten werden getrennt geführt.
- (4) In allen Versammlungen und Gremien der Partei wird auf Antrag von mindestens einem Viertel der stimmberechtigten Frauen oder mindestens zwei Personen mit Diskriminierungserfahrung ein die Versammlung unterbrechendes Plenum der jeweiligen Gruppen durchgeführt. Über einen in diesem Plenum abgelehnten Beschluss oder Beschlussvorschlag kann erst nach erneuter Beratung der gesamten Versammlung bzw. des gesamten Gremiums abschließend entschieden werden.
- (5) Vorstände, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierte sollen grundsätzlich mindestens zur Hälfte mit Frauen und zu einem Viertel mit diskriminierten Minderheiten besetzt werden. Im Vorstand von 7 sollen mindestens 2 Personen mit Diskriminierungserfahrung vertreten sein.
- (6) Bei der Aufstellung von Wahlbewerbern/innen für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften ist auf einen mindestens hälftigen Frauenanteil in der Fraktion bzw. in der Abgeordnetengruppe hinzuwirken. Bei Wahlvorschlagslisten sind der erste und dann jeder zweite Listenplatz in Folge Frauen vorbehalten. Unter den ersten drei und dann in Schritten von jeweils vier ist je ein Listenplatz Personen mit Diskriminierungserfahrung vorbehalten. Das genaue Verfahren regelt die Wahlordnung. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit der Versammlung, einzelne Bewerber/innen abzulehnen. Reine Frauenlisten sind möglich.
- (7) Demokratie in Bewegung wird als Arbeitgeberin die Gleichstellung von Männern und Frauen sowie Personen, die diskriminierten Minderheiten angehören, sicherstellen. Bezahlte Stellen werden auf allen Qualifikationsebenen mindestens zur Hälfte an Frauen und zu einem Viertel an Personen, die diskriminierten Minderheiten angehören, vergeben. In Bereichen, in denen Frauen oder Personen, die diskriminierten Minderheiten angehören, nach diesen Zahlen unterrepräsentiert sind, werden sie solange bevorzugt bis das jeweilige Quorum erreicht ist. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit einzelne Bewerber/innen abzulehnen.
- (8) Der Bundesvorstand veröffentlicht mindestens einmal im Jahr einen Vielfaltsbericht mit den aktuellen Beteiligungszahlen in allen Bereichen der Organisation, der Mitglieder, Beweger/innen und Initiatoren/innen. Dieser Bericht enthält auch die geplanten Maßnahmen mit denen die Vielfalt der Organisation gestärkt werden soll.
- (9) Zum Schutz aller Personen gibt sich die Partei einen Verhaltenskodex, der auf allen von ihr durchgeführten Veranstaltungen und betriebenen Online-Plattformen Anwendung findet. Sofern nicht anders bestimmt ist die jeweils höchste Gliederung für die Überwachung und Durchsetzung des Verhaltenskodex verantwortlich. Der Verhaltenskodex ist im Anhang der

Satzung zu finden und kann vom Bundesvorstand jederzeit mit einfacher Mehrheit angepasst werden.

(10) Abweichend von § 17 Absatz 1 kann § 16 der Satzung (Vielfaltsförderung) nur mit einer 2/3-Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen geändert werden.

§ 17. Änderung der Satzung

(1) Die Satzung kann durch einfache Mehrheit der Mitglieder geändert werden.

§ 18. Salvatorische Klausel

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung ganz oder teilweise unwirksam oder nichtig sein, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Satzung nicht berührt.
- (2) Bestandteile der Bundessatzung sind weiterhin, die Abstimmungsordnung für Initiativen, die Wahlordnung, der Ethik-Kodex, die Finanzordnung und die Schiedsgerichtsordnung.
- (3) Die Satzung tritt mit Beschluss des Gründungsparteitages am Samstag, 29. April 2017 in Kraft.

Anhang

- (1) Verhaltens-Kodex

Schiedsgerichtsordnung von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG

Beschlossen am 29. April 2017

§ 1 - Grundlagen

- (1) Diese Schiedsgerichtsordnung regelt das Verfahren vor den Schiedsgerichten der Bundespartei und der Landesverbände.
- (2) Sie ist für alle Schiedsgerichte bindend. Eine Erweiterung oder Abänderung ist nur in dem Rahmen zulässig, in dem diese Ordnung dies ausdrücklich vorsieht.

§ 2 - Schiedsgerichte

- (1) Auf der Bundes- und Landesebene der Partei werden Schiedsgerichte eingerichtet.
- (2) Die Schiedsgerichte sind unabhängig und an keinerlei Weisungen gebunden.
- (3) Die Richter/innen fällen ihre Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen auf Grundlage der Satzungen und gesetzlichen Vorgaben.
- (4) Richter/innen müssen alle Vorgänge des Schiedsgerichtes vertraulich behandeln. Beeinflussungsversuche hat das Schiedsgericht dem Bundesvorstand jedoch unverzüglich mitzuteilen.
- (5) Die Schiedsgerichte geben sich jeweils eine Geschäftsordnung. Diese enthält insbesondere Regelungen über
- die interne Geschäftsverteilung und die Verwaltungsorganisation,
 - die Bestimmung von Berichterstatter/innen, die Einberufung und den Ablauf von Sitzungen und Verhandlungen,
 - die Vergabe von Aktenzeichen, die Veröffentlichung von Urteilen, die Ankündigung von öffentlichen Verhandlungen und weiteren Bekanntmachungen und
 - die Dokumentation der Arbeit des Schiedsgerichtes, der Aufbewahrung von Akten und der Akteneinsicht.

§ 3 - Richter/innenwahl

- (1) Der Parteitag wählt drei Mitglieder zu Richter/innen und zwei zu Ersatzrichter/innen. Die drei Richter/innen wählen aus ihren Reihen eine/n Vorsitzende/n Richter/in, die/der das Schiedsgericht leitet und die Geschäfte führt.

Gelöscht: zur

Gelöscht: n

Gelöscht: der

Gelöscht: über

(2) Schiedsgerichtswahlen finden mindestens alle zwei Jahre statt. Das Schiedsgericht bleibt bis zur abgeschlossenen Wahl eines neuen Schiedsgerichts im Amt.

Gelöscht: in jedem zweiten Kalenderjahr

(3) Richter/innen können nicht zugleich Mitglied des Bundesvorstands oder eines Vorstandes eines Gebietsverbandes sein, in einem Dienstverhältnis zu der Partei oder einem Gebietsverband stehen oder von ihnen regelmäßige Einkünfte beziehen.

Gelöscht: der Partei oder

(4) Mit dem Ende der Mitgliedschaft in der Partei endet auch das Richteramt.

(5) Ein/e Richter/in kann durch Erklärung an das Gericht ihr/sein Amt beenden. Scheidet ein/e Richter/in aus dem Schiedsgericht aus, so rückt für sie/ihn die/der nach der Rangfolge nächste Ersatzrichter/in dauerhaft nach.

(6) Steht beim Ausscheiden eine/t Richter/in kein/e Ersatzrichter/in mehr zur Verfügung, so kann die unbesetzte Richter/innenposition durch Nachwahl besetzt werden. Ebenso können Ersatzrichter/innen nachgewählt werden. Die ursprüngliche Zahl an Richter/innen und Ersatzrichter/innen darf dabei jedoch nicht überschritten werden.

Gelöscht: s

Gelöscht: s

Gelöscht: /innen

Gelöscht: n

Gelöscht: n

Nachgewählte Ersatzrichter/innen schließen sich in der Rangfolge an noch vorhandene Ersatzrichter/innen an. Nachwahlen gelten nur für den Rest der Amtszeit.

§ 4 – Befangenheit

(1) Mitglieder des Schiedsgerichtes können sich selbst für befangen erklären und ihre Mitwirkung am Verfahren ablehnen.

(2) Die Verfahrensbeteiligten können beantragen, einzelne Mitglieder des Schiedsgerichtes wegen der Besorgnis der Befangenheit vom Verfahren auszuschließen. Das Gesuch muss unmittelbar nach Bekanntwerden des Ablehnungsgrundes gestellt werden. Eine nachträgliche Geltendmachung des Ablehnungsgrundes ist nicht mehr möglich.

(3) Das betroffene Mitglied des Schiedsgerichtes kann schriftlich zu dem Befangenheitsantrag Stellung nehmen.

(4) Über das Ablehnungsgesuch verhandeln die übrigen Mitglieder des Schiedsgerichtes unter Einsatz eines/r Ersatzrichter/in. Wird die Befangenheit des Mitglieds festgestellt, scheidet dieses/s beim weiteren Verfahren aus.

Gelöscht: s

Gelöscht: /der Richter/ins

Gelöscht: /r

§ 5 - Zuständigkeit

(1) Zuständig ist generell das Gericht der niedrigsten Ordnung.

(2) Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach der Gebietsverbandszugehörigkeit des Antragsgegners zum Zeitpunkt der Anrufung.

(3) Ist der Antragsgegner ein Organ eines Landesverbandes, so ist das Landesschiedsgericht erstinstanzlich zuständig. Ist der Antragsgegner ein Organ des Bundesverbandes, so ist das Bundesschiedsgericht zuständig.

(4) Für Parteiausschlussverfahren und Einsprüche gegen Ordnungsmaßnahmen ist erstinstanzlich das Landesschiedsgericht des Landesverbandes zuständig, bei dem der/die Betroffene Mitglied ist.

(5) Bei Handlungsunfähigkeit des zuständigen Gerichts verweist das nächsthöhere Gericht den Fall an ein anderes, der Eingangsinstanz gleichrangiges, Schiedsgericht.

§ 6 - Anträge

(1) Antragsberechtigt ist jedes Parteimitglied, sofern es in der Sache unmittelbar betroffen ist, alle Parteiorgane sowie 1/10 der stimmberechtigten Teilnehmer/innen einer Versammlung, sofern eine Wahl oder Entscheidung der Versammlung angefochten wird. Anträge auf Parteiausschlussverfahren können nur von Gebietsorganen gestellt werden.

(2) Jeder Antrag bedarf der Schriftform und muss begründet sowie mit Beweismitteln versehen werden.

(4) Die Anrufung des Schiedsgerichts muss binnen zwei Monaten nach Bekanntwerden der Rechtsverletzung erfolgen. Ein Einspruch gegen eine Ordnungsmaßnahme muss spätestens am 14. Tag nach Mitteilung des Beschlusses erhoben werden. Ein Antrag auf Parteiausschluss soll in einem angemessenen Zeitraum seit Bekanntwerden des entscheidenden Vorfalls gestellt werden. Wird ein Schlichtungsversuch durchgeführt, so wird der Ablauf der Frist für die Dauer des Schlichtungsversuchs gehemmt.

§ 7 - Schlichtung

(1) Eine Anrufung des Schiedsgerichts erfordert einen vorhergehenden Schlichtungsversuch.

(2) Der Schlichtungsversuch wird von den Parteien in eigener Verantwortung ohne Mitwirkung der Gerichte durchgeführt. Dazu sollen sich die Parteien auf eine Schlichtungsperson einigen. Ein Schlichtungsversuch gilt spätestens nach erfolglosem Ablauf von drei Monaten nach dessen Beginn als gescheitert.

(3) Ein Schlichtungsversuch ist nicht erforderlich bei Parteiausschlussverfahren, bei Einsprüchen gegen Ordnungsmaßnahmen, bei einer Berufung sowie in den Fällen, in denen das Schiedsgericht die Eilbedürftigkeit des Verfahrens, die Aussichtslosigkeit oder das Scheitern der Schlichtung feststellt.

§ 8 - Eröffnung

(1) Das zuständige Schiedsgericht entscheidet über die Eröffnung eines Verfahrens mit einem Schreiben an die Verfahrensbeteiligten.

(2) Erweist sich der Antrag als unzulässig oder unbegründet, ist er abzuweisen. Die Gründe hierfür sind der/dem Antragsteller/in schriftlich mitzuteilen; dabei ist auf die Möglichkeit einer Beschwerde hinzuweisen.

Gelöscht: und

(3) Erweist sich der Antrag als zulässig und begründet, ist ein Verfahren zu eröffnen. Der Eröffnungsbeschluss ist den Verfahrensbeteiligten schriftlich zuzustellen. In diesem ist die weitere Verfahrensweise bekannt zu geben.

§ 9 - Verfahren

(1) Grundsätzlich fällt das Gericht seine Entscheidungen im schriftlichen Verfahren. Nur in Ausnahmefällen kann das Gericht eine mündliche oder fernmündliche Anhörung anordnen, wenn es zur rechtlichen und tatsächlichen Klärung geboten scheint.

(2) Den Entscheidungen darf nur zugrunde gelegt werden, was allen Verfahrensbeteiligten bekannt ist und wozu sie Stellung nehmen konnten.

(3) Bei mündlichen und fernmündlichen Entscheidungen bestimmt das Schiedsgericht Ort und Zeit der Verhandlung.

(4) Die mündliche Verhandlung kann auf eine/n Richter/in übertragen werden.

§ 10 - Einstweilige Anordnung

(1) Das Schiedsgericht kann auf Antrag eine einstweilige Anordnung in Bezug auf den Verfahrensgegenstand erlassen. Ausgenommen sind Parteiausschlussverfahren.

(2) Die Anordnung kann ohne mündliche Verhandlung und in dringenden Fällen allein durch die/den Vorsitzende/n Richter/in ergehen.

(3) Gegen eine solche Entscheidung kann die/der Betroffene binnen zwei Wochen nach Zustellung der Anordnung Beschwerde einlegen. Die/Der Betroffene ist in dem Beschluss über diese Möglichkeit zu belehren.

§ 11 - Urteil

(1) Das Urteil enthält eine Sachverhaltsdarstellung und eine Begründung mit Würdigung der Sach- und Rechtslage. Entschieden wird in nicht-öffentlicher Beratung des Schiedsgerichts, das Urteil wird mit einfacher Mehrheit gefällt. Enthaltungen sind nicht zulässig. Das Abstimmungsverhalten der Richter/innen wird nicht mitgeteilt.

(2) Ist gegen das Urteil Berufung möglich, so ist diesem eine Rechtsbehelfsbelehrung beizufügen.

(3) Die Verfahrensbeteiligten erhalten eine Ausfertigung des Urteils in Textform.

(4) Das Schiedsgericht bewahrt eine schriftliche, von allen beteiligten Richter/innen unterschriebene Ausfertigung des Urteils auf.

§ 12 - Berufung

Gelöscht: 3

Gelöscht: 5

Gelöscht: 6

Gelöscht: 7

(1) Gegen erstinstanzliche Urteile steht jeder/r/m Verfahrensbeteiligten die Berufung zu. Gegen Entscheidungen des Bundesschiedsgerichts findet keine Berufung statt.

(2) Die Berufung ist binnen 14 Tagen beim Schiedsgericht der nächsthöheren Ordnung einzureichen und zu begründen. Der Berufungsschrift ist die angefochtene Entscheidung samt erstinstanzlichem Aktenzeichen beizufügen. Maßgeblich für den Lauf der Berufungsfrist ist die Zustellung des Urteils inklusive Rechtsmittelbelehrung. Eine Berufung muss jedoch spätestens nach 3 Monaten nach Urteilsverkündung eingelegt sein.

§ 13 - Kosten

(1) Das Schiedsgerichtsverfahren ist kostenfrei. Jede/r Verfahrensbeteiligte trägt ihre/seine eigenen Auslagen für die Führung des Verfahrens.

(2) Richter/innen erhalten für ihre Tätigkeit keine Entschädigung. Die notwendigen Auslagen, insbesondere Reisekosten, trägt der jeweilige Gebietsverband.

Gelöscht: ¶

§ 14 - Inkrafttreten¶

¶

Diese Ordnung tritt durch Beschluss der Gründungsversammlung der Partei am 29. April 2017 in Kraft.¶

Wahlordnung

von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG

Beschlossen am 29. April 2017

Wahlordnung

§ 1 Geltungsbereich	1
§ 2 Wahlgrundsätze	1
§ 3 Ankündigung von Wahlen	2
§ 4 Wahlkommission	2
§ 5 Wahl für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate	3
§ 6 Wahl für gleiche Parteiämter oder Mandate	3
§ 7 Wahlvorschläge	4
§ 8 Stimmenabgabe	5
§ 9 Stimmenauszählung und ungültige Stimmen	5
§ 10 Erforderliche Mehrheiten	5
§ 11 Reihenfolge der Wahl und Verfahren bei Stimmengleichheit	5
§ 12 Weitere Wahlgänge und Stichwahlen	6
§ 13 Annahme der Wahl, Wahlprotokoll und Nachwahlen	7
§ 14 Wahlwiederholung	7
§ 15 Wahlanfechtung	7

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Wahlordnung gilt für alle Wahlen innerhalb der Partei.
- (2) Sie gilt, vorbehaltlich besonderer Bestimmungen der Wahlgesetze, auch für Versammlungen zur Aufstellung von Wahlbewerber/innen für öffentliche Wahlen.

Gelöscht: n

§ 2 Wahlgrundsätze

- (1) Es gilt allgemein der Grundsatz der freien, gleichen und geheimen Wahl.
- (2) Wahlen, die weder die Besetzung von Organen der Partei oder ihrer Gebietsverbände, noch mittelbar (Wahl von Vertreter/innen) oder unmittelbar die Aufstellung von Wahlbewerber/innen betreffen, können offen durchgeführt werden, wenn kein/e wahlberechtigte/r Versammlungsteilnehmer/in dem widerspricht.
- (3) Eine Versammlung kann im Rahmen des Grundsatzes nach Absatz 1 und im Rahmen der Bundessatzung ergänzende oder abweichende Bestimmungen zu den

Gelöscht: n

Gelöscht: n

§§ 8 und 10 bis 12 treffen. Ein entsprechender Versammlungsbeschluss kann jedoch niemals rückwirkend auf eine bereits stattgefundene Wahlhandlung angewendet werden.

- (4) Nach Versammlungsbeschluss sind auch elektronische Wahlen zulässig, soweit diese das Wahlgeheimnis, den Datenschutz und die Manipulations- und Dokumentationssicherheit gewährleisten. Die Bestimmungen dieser Wahlordnung sind dabei sinngemäß anzuwenden.
- (5) Eine Versammlung kann Wahlen durchführen, wenn fristgerecht eingeladen wurde oder mindestens drei Viertel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

Gelöscht: -

Gelöscht: v

§ 3 Ankündigung von Wahlen

- (1) Wahlen sind anzusetzen, wenn Neu- oder Nachwahlen satzungsgemäß vorgeschrieben sind oder wenn ein zulässiger Antrag auf die Durchführung von Neu- oder Nachwahlen bzw. ein zulässiger Abwahantrag vorliegt.
- (2) Sind Wahlen angesetzt, so lädt der Vorstand jedes Mitglied in Textform (vorrangig per E-Mail, nachrangig per Brief) zur Wahl ein. Die Einladung ist fristgerecht, wenn spätestens 10 Tage vor der Wahl eingeladen wurde. Für Gründungsveranstaltungen gilt diese Frist nicht.
- (3) Soweit die Wahlen nicht satzungsgemäß vorgeschrieben sind, bleibt es der Versammlung unbenommen, angesetzte Wahlen ganz oder teilweise von der Tagesordnung abzusetzen.

Gelöscht: Wahlen können nur stattfinden

Gelöscht: zur Wahl

Gelöscht: vorher

Gelöscht: angekündigte

§ 4 Wahlkommission

- (1) Zur Durchführung einer oder mehrerer Wahlen bestimmt die Versammlung in offener Abstimmung eine Wahlkommission, welche aus ihrer Mitte eine/n Wahlleiter/in bestimmt, sofern diese oder dieser nicht bereits durch die Versammlung bestimmt wurde.
- (2) Die Wahlkommission leitet die Wahlhandlung und stellt das Wahlergebnis fest.
- (3) Die Mitglieder der Wahlkommission müssen der Versammlung nicht angehören. Die Wahlkommission kann bei Bedarf weitere Wahlhelfer/innen hinzuziehen.
- (4) Wer selbst für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat kandidiert, kann nicht der Wahlkommission angehören. Nimmt ein Mitglied der Wahlkommission eine Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus.

§ 5 Wahl für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate

- (1) Wahlen für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate finden in jeweils gesonderten Wahlgängen nacheinander statt. Die Versammlung kann entscheiden, dass Wahlgänge parallel stattfinden können.
- (2) Bei parallel stattfindenden Wahlgängen ist eine gleichzeitige Wahlbewerbung auch dann möglich, wenn die gleichzeitige Annahme der zu wählenden Parteiämter und Mandate ausgeschlossen ist.
- (3) Bei der Aufstellung der einzelnen Listenplätze von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen ist analog zu verfahren.

Gelöscht: (Ausnahme: siehe § 6 Absatz 4)

§ 6 Wahl für gleiche Parteiämter oder Mandate

- (1) Auch Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter, Mandate und Wahlvorschlagslisten werden generell in gesonderten Wahlgängen gewählt, um der Quotenregelung aus §16 der Bundessatzung nachkommen zu können. Dafür wird jeder Platz der Reihe nach geheim gewählt. Dabei gilt, dass der erste Platz einer Frau vorbehalten ist – es folgt immer alternierend ein offener Platz und ein Platz für eine Frau. Frauen können auch auf offenen Plätzen kandidieren. Vor der Wahl von Platz 3 und dann jedem vierten folgend wird des weiteren geschaut, ob die Quote für diskriminierte Gruppen erfüllt wurde, und wenn dem nicht so ist, ist der Platz einer Person aus diskriminierten Gruppen vorbehalten.
- (2) Sollte durch die Durchsetzung einer anderen Quote ein einer Frau zustehender Platz nicht mit einer Frau besetzt werden, verschiebt sich die Alternierung von Frauen um einen Platz, und die nächste darauf folgende Stelle ist dann mit einer Frau zu besetzen. Darüber hinaus soll der nächste nach dieser Quote besetzte Platz mit einer Frau besetzt werden.
- (3) Sollten sich vor der Wahl eines Platzes nicht mehr genug Kandidat/innen finden, um eine Quote durchsetzen zu können, dann beantragt der/die Wahlleiter/in vor der Wahl, dass die jeweilige Quote von da an ausgesetzt wird. Die der jeweiligen Gruppe angehörenden anwesenden, nicht in einem vorangehenden Wahlgang abgelehnten wahlberechtigten Mitglieder können dem mit einfacher Mehrheit unter Ausschluss von Enthaltungen ihre Zustimmung verweigern. Wird es von mindestens einer beteiligten Person beantragt, so findet diese Abstimmung unter Ausschluss der Nicht-Gruppenangehörigen statt. Sofern keine abstimmungsberechtigte Person anwesend ist, gilt die Zustimmung zur Aussetzung der jeweiligen Quote als erteilt.
- (4) Votiert die Gruppe gegen den Antrag der/s Wahlleiters/in, so sollen die verbleibenden Plätze nicht weiter besetzt werden und die Wahl an dieser Stelle enden. In diesem Fall kann die Wahlversammlung in offener Abstimmung entscheiden, ob die Wahl vertagt werden soll oder ob das Wahlergebnis in der dann bestehenden Form angenommen wird.

Gelöscht: einem Mann

Gelöscht: die

Gelöscht: r

Gelöscht: der Abstimmung

Gelöscht: Liste

Gelöscht: Aufstellung der Liste

Gelöscht: die Liste

(5) Für Wahlen von Parteiämtern kann die Versammlung auf Antrag der/s Wahlleiters/in in offener Abstimmung bestimmen, dass die Wahl aller Plätze gemeinsam stattfinden soll. Das Verfahren wird dann in zwei Schritten durchgeführt: Es wird eine reguläre Wahl über alle Kandidat/innen wie in §§ 8, 9 und 10 beschrieben durchgeführt und gemäß §11 in Reihenfolge gebracht. Dann werden die Posten der Reihenfolge nach besetzt, wobei die Quotenregelungen wie oben beschrieben von der Wahlkommission direkt angewandt wird. Die Wahlkommission gibt dann das Ergebnis als Ganzes bekannt.

Gelöscht: en

Gelöscht: die Liste oder Mandate

Gelöscht: g

(6) Bei Bundesvorstandswahlen sind zunächst die zwei Vorsitzenden und ein/e Schatzmeister/in zu wählen, wobei nur bei den Vorsitzenden die Frauenquote einzuhalten ist. Erst nachdem diese Ämter besetzt wurden, wird der restliche Vorstand nach dem oben beschriebenen Verfahren gewählt. Dabei findet dann die Quotierung für Frauen und diskriminierte Gruppen nach dem §16 der Satzung auf den gesamten Vorstand Anwendung. Die Quote für diskriminierte Minderheiten hat hierbei Vorrang vor der Frauenquote. Finden sich nicht genug Kandidat/innen für den Vorsitz oder den restlichen Vorstand, um nach den Quoten zu besetzen, gelten die in Absatz 2, 3 und 4 beschriebenen Aussetzungsverfahren.

Gelöscht: en

Gelöscht: r

§ 7 Wahlvorschläge

(1) Jedes Parteimitglied kann Wahlvorschläge unterbreiten oder sich selbst bewerben. Für weitere Wahlgänge nach § 12 können nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmer/innen Wahlvorschläge unterbreiten.

(2) Wahlvorschläge müssen schriftlich eingereicht werden. Das schriftliche Einverständnis der Vorgeschlagenen muss vorliegen (elektronische Übermittlung ist ausreichend).

(3) Wenn eine vorgeschlagene Person in der Wahlversammlung selbst anwesend ist, kann sowohl der Wahlvorschlag als auch die Zustimmung der/s Bewerbers/in durch Zuruf erfolgen. Auf Zuruf können jedoch nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmer/innen Wahlvorschläge unterbreiten.

(4) Wahlvorschläge sind bis zum Abschluss der Bewerber/innen-Liste für den entsprechenden Wahlgang zulässig.

(5) Bewerber/innen müssen die Wahlleitung vor der Wahl über eine oder mehrere auf sie zutreffende Quotenregelungen informieren, wenn sie für diese berücksichtigt werden wollen.

Gelöscht: n

(6) Alle vorgeschlagenen Bewerber/innen erhalten eine angemessene Redezeit zu ihrer Vorstellung. Über die angemessene Zeit und über Möglichkeit und Umfang von Fragen an Bewerber/innen und Stellungnahmen zu Bewerber/innen ist durch

Versammlungsbeschluss zu entscheiden. Dabei sind die Bewerber/innen für gleiche Parteiämter oder Mandate gleich zu behandeln.

§ 8 Stimmenabgabe

- (1) Stimmzettel in einem Wahlgang müssen in Form und Farbe einheitlich sein.
- (2) In jedem Wahlgang sind alle Bewerber/innen in alphabetischer Reihenfolge auf einen einheitlichen Stimmzettel aufzunehmen.
- (3) Jede/r Wahlberechtigte hat das Recht, hinter dem Namen jedes/r Bewerbers/in mit Ja, mit Nein oder mit Enthaltung zu stimmen. Fehlt eine Kennzeichnung, ist dies eine Enthaltung.
- (4) Die Zahl der zulässigen Ja-Stimmen in einem Wahlgang ist auf die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate begrenzt. Die zulässige Zahl der Ja-Stimmen muss bei der Stimmabgabe nicht ausgeschöpft werden.

§ 9 Stimmenauszählung und ungültige Stimmen

- (1) Die Stimmenauszählung durch die Wahlkommission ist parteiöffentlich. Die ordnungsgemäße Auszählung darf durch die Öffentlichkeit nicht beeinträchtigt werden. Bei der Stimmenauszählung ist zu gewährleisten, dass keine Rückschlüsse auf das Wahlverhalten möglich sind.
- (2) Die Wahlkommission hat Stimmzettel für ungültig zu erklären, wenn auf ihnen der Wille des/r Wählenden nicht gemäß dieser Wahlordnung erkennbar ist, wenn auf ihnen mehr Stimmen als zulässig abgegeben wurden oder wenn sie das Prinzip der geheimen Wahl verletzen.

§ 10 Erforderliche Mehrheiten

- (1) Grundsätzlich sind in einem Wahlgang diejenigen gewählt, bei denen die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist als die Zahl der gültigen Nein-Stimmen (relative Mehrheit). Durch Satzung oder durch Versammlungsbeschluss kann für bestimmte Ämter auch ein höheres Quorum bestimmt werden.

§ 11 Reihenfolge der Wahl und Verfahren bei Stimmengleichheit

- (1) Haben in einem Wahlgang mehr Bewerber/innen die jeweils erforderliche Mehrheit erreicht, als überhaupt Parteiämter oder Mandate zu besetzen waren, sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den höchsten Ja-Stimmen-Zahlen gewählt.
- (2) Bei Delegiertenwahlen sind alle weiteren Bewerber/innen mit der erforderlichen Mehrheit in der Reihenfolge ihrer Ja-Stimmen-Zahl als Ersatzdelegierte gewählt, soweit nicht zur Wahl der Ersatzdelegierten gesonderte Wahlgänge stattfinden.
- (3) Entfällt auf mehrere Bewerber/innen die gleiche Ja-Stimmen-Zahl, gilt die Person als gewählt, die weniger Nein-Stimmen bekommen hat. Ist auch die Zahl der Nein-Stimmen gleich, entscheidet das Los.
- (4) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes sind die Bewerber/innen in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie die erforderliche Mehrheit nach § 10 dieser Ordnung erhalten haben.

Gelöscht: z

Gelöscht: diese

§ 12 Weitere Wahlgänge und Stichwahlen

- (1) Bleiben nach einem Wahlgang Parteiämter oder Mandate unbesetzt, kann durch Versammlungsbeschluss entweder
 - die Wahl vertagt oder
 - ein weiterer Wahlgang (nach den §§ 5 bis 11) aufgerufen oder
 - eine Stichwahl herbeigeführt werden.
- (2) In einer Stichwahl stehen diejenigen noch nicht gewählten Bewerber/innen zur Wahl, die in den zuvor stattgefundenen Wahlgängen die meisten Ja-Stimmen erhalten haben, soweit sie ihre Wahlbewerbung nicht zurückziehen. Neue Bewerbungen sind unzulässig. Dabei stehen höchstens doppelt so viele Bewerber/innen zur Wahl, wie noch Parteiämter bzw. Mandate zu besetzen sind, bei Stimmengleichheit der letzten Bewerber/innen ausnahmsweise auch mehr. Ein Nachrücken in die Stichwahl an Stelle von Wahlbewerber/innen, die ihre Bewerbung zurückgezogen haben, ist nicht möglich. Gewählt sind die Bewerber/innen mit den meisten Ja-Stimmen. Falls nach einem zuvor stattgefundenen Wahlgang so viele Wahlbewerbungen zurückgezogen werden, dass nur noch so viele Bewerbungen wie zu besetzende Funktionen übrig bleiben, ist statt einer Stichwahl ein weiterer Wahlgang aufzurufen.
- (3) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes oder eines Landesvorstandes können an einer Stichwahl mindestens doppelt so viele Bewerber/innen, die keine Mandatsträgerinnen oder-träger der Europa-, Bundes- oder Landesebene sind, teilnehmen, wie noch gewählt werden müssen. Die zulässige Zahl von Mandatsträgerinnen und -trägern verringert sich gegebenenfalls entsprechend. Die Bewerber/innen sind in der Reihenfolge ihrer Ja-Stimmen-Zahlen gewählt.

Gelöscht: Partei

Gelöscht: und

- (4) Bei zweiten und allen weiteren Wahlgängen, sowie Stichwahlen finden die Quoten aus § 16 der Bundessatzung keine Anwendung.

§ 13 Annahme der Wahl, Wahlprotokoll und Nachwahlen

- (1) Eine Wahl gilt als angenommen, wenn die oder der Gewählte dem nicht unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses widerspricht.
- (2) Jede Wahl ist zu protokollieren. Das Protokoll muss alle ergänzenden Versammlungsbeschlüsse zu dieser Wahlordnung und alle Wahlergebnisse enthalten. Es ist durch den/die Wahlleiter/in und zwei weitere Mitglieder der Wahlkommission zu unterzeichnen. Die Wahlunterlagen (Wahlprotokoll, Stimmzettel, Zählzettel, Wahllisten usw.) sind für die Dauer der Wahlperiode der Gewählten aufzubewahren.
- (3) Vakante Parteiämter sind durch Nachwahlen zu besetzen.
- (4) Vakante Delegiertenmandate sind nur dann durch Nachwahlen zu besetzen, wenn unter Beachtung der Vorgaben zur Quotierung keine gewählten Ersatzdelegierten mehr zur Verfügung stehen.

Gelöscht: Vielfaltsquotierung

§ 14 Wahlwiederholung

- (1) Wird während der Wahlhandlung oder während der Stimmenauszählung ein Wahlfehler festgestellt, der relevanten Einfluss auf das Wahlergebnis haben kann, hat die Wahlkommission die Wahlhandlung bzw. die Stimmenauszählung sofort abubrechen und die Wiederholung der Wahlhandlung zu veranlassen. Der Grund für die Wahlwiederholung ist im Wahlprotokoll festzuhalten.
- (2) Im Übrigen kann eine Wahlwiederholung nur infolge einer Wahlanfechtung stattfinden.

§ 15 Wahlanfechtung

- (1) Wahlen können bei dem zuständigen Schiedsgericht angefochten werden, wenn die Verletzung von Bestimmungen dieser Wahlordnung, der Satzung, des Parteiengesetzes, der Wahlgesetze oder des Verfassungsrechts behauptet wird und eine solche Rechtsverletzung zumindest möglich erscheint.
- (2) Wahlanfechtungen haben keine aufschiebende Wirkung.
- (3) Anfechtungsberechtigt sind:
- der Bundesvorstand und die zuständigen Landes- und Kreisvorstände
 - wahlberechtigte Versammlungsteilnehmer/innen
 - unterlegene Wahlbewerber/innen.

Gelöscht: der

Gelöscht: kommission

Gelöscht: Parteis

Gelöscht: Partei

- (4) Eine Wahlanfechtung ist binnen zwei Wochen nach Ablauf des Tages, an dem die Wahl stattfand, zulässig.
- (5) Eine Wahlanfechtung ist nur begründet, wenn und soweit der behauptete Mangel Einfluss auf das Ergebnis der Wahl gehabt haben kann.
- (6) Das Schiedsgericht ist bei einer berechtigten Wahlanfechtung befugt, eine Wahlwiederholung anzuordnen.

Gelöscht: Die

Gelöscht: kommission